JAHRBUCH

Deutschland Digital 2019

E-Government und Modernisierung in Bund, Ländern und Kommunen

Impulse zur Digitalen Agenda aus den Kongressen in Berlin, Düsseldorf/Neuss, München und Stuttgart

In Zusammenarbeit mit W. Kruse und Prof. Dr. F. Hogrebe IVM²

Behörden Spiegel

krz

Kommunales Rechenzentrum
Minden-Ravensberg/Lippe

DIGITALISIERUNGS-STRATEGIE 2025

DER WEG IN DIE KOMMUNE 4.0

Gemeinsame Strategie im krz-Verband

→ Untersuchung Digitalisierungsgrad in der Innen- und Außensicht

→ Erarbeitung von Handlungsempfehlungen

Beratung zur Digitalisierung

Umfassende Services zur Umsetzung

→ E-Government-Gesetz NRW

→ Onlinezugangsgesetz (Servicekonto.NRW, Portalverbund.NRW, OnlineServices)

→ Umfassende Geschäftsprozesse – Digital von A bis Z

«Digitale Zukunft»
sicher _ gemeinsam _ gestalten

www.krz.de

Editorial

Anregungen und Impulse für die digitale Verwaltung in Staat und Kommunen

Seit rund 20 Jahren stehen für den Behörden Spiegel die Themen der Digitalisierung, die damit verbundenen Veränderungen, Modernisierungen, Potenziale, Chancen, Risiken, Ängste und mehr, vorrangig im Öffentlichen Dienst, im jährlichen Fokus.

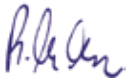
In seinen Printmedien, in den Online-Diensten, in Seminaren, Workshops und in zahlreichen Kongressen haben sich Herausgeber, Redakteure, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Entwicklungen und Konsequenzen auseinandergesetzt und eigene Beiträge geliefert.

Zahlreiche Partner haben den Behörden Spiegel auf diesem Weg in seinen Medien und Veranstaltungen begleitet und unterstützt; sie haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Veranstaltungen mit den Jahren an Attraktivität stetig gewonnen haben und neue Formate erfolgreich kreiert werden konnten.

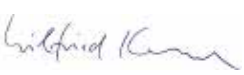
Weil dies so ist und die vielfältigen gemeinsamen Aktivitäten sich insbesondere in den erfolgreichen Kongressgeschichten der letzten Jahre abbilden, hat sich der Behörden Spiegel in Kooperation mit IVM² – Institut für Verwaltungsmanagement, Mittelstandsforschung und Zukunftsplanung – entschlossen, einen jährlichen Almanach neu herauszugeben, in dem sich die wichtigen Impulse und Beiträge zur Digitalisierung der bundesweit etablierten und veranstalteten Kongresse für die interessierten Leser in kompakter Form nachvollziehen lassen.

Der Jahresbericht 2019 ist die erste Dokumentation dieser Art; er erscheint zum Kongress „e-nrw" am 8. November 2018 in der Stadthalle Neuss/Dorint Hotel. Inhaltlich blickt er auf den Vorjahreskongress „e-nrw 2017" und auf die Behörden Spiegel-Kongresse des Jahres 2018 in München, Berlin und Stuttgart zurück. Er soll aber auch erste Kongressthemen und -schwerpunkte für das Jahr 2019 aufzeigen und mit seiner aus 2018 transportierten Basis für die Teilnehmer und Partner in den Kongressen des Jahres 2019 ein kompaktes Begleitmedium zu den aktuellen digitalen Themen sein.

Auch in Zukunft wollen wir Ihnen jährlich mit einem solchen fortgeschriebenen Jahrbuch kompakte Informationen und Anregungen geben, die auch weitergehende „digitale Impulse" für unser Land und seine digitale Zukunft generieren sollen.



R. Uwe Proll
Chefredakteur und Herausgeber des Behörden Spiegel



Wilfried Kruse
Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf a. D., Geschäftsführender Gesellschafter IVM²

Prof. Dr. Frank Hogrebe
Wissenschaftlicher Direktor IVM²

Titelfoto: © everythingpossible, Fotolia.com

Vorwort

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

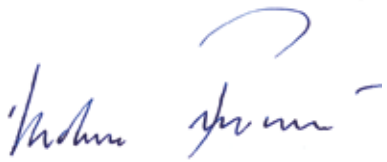
„Deutschland Digital 2019" – das ist nicht als eine Erfolgsmeldung zu verstehen, denn wir sind noch längst nicht am Ziel. Die vorliegende Dokumentation will auch nicht diesen Eindruck vermitteln. Wir wissen vielmehr alle, dass noch viel Arbeit vor uns liegt. Mich stimmt allerdings sehr zuversichtlich, dass Digitalisierung im Jahr 2018 ein Top-Thema in allen Führungsetagen und auf allen politischen Ebenen ist. Jetzt kommt es darauf an, diese Einsicht in praktisches und spürbares Handeln zu transportieren. Denn Digitalisierung bietet riesige Chancen, die wir nutzen müssen.

Foto: MWIDE NRW, F. Wiedemeier

Die Landesregierung ist sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst. Den Weg in ein digitales Nordrhein-Westfalen beherzt und mit klaren Zielen zu steuern, ist zentrales Anliegen unseres Regierungsprogramms. Erste Erfolge sind sichtbar: Der Entwurf unserer Strategie für das digitale Nordrhein-Westfalen liegt vor, ein Förderprogramm für digitale Modellkommunen ist in der konkreten Umsetzung, das Gewerbeservice-Portal ist in Betrieb und wichtige Basiskomponenten für E-Government stehen zur Verfügung – um nur einige Beispiele zu nennen. Diese Beispiele zeigen im Übrigen eines: Wir können erfolgreich sein, wenn alle Akteure an einem Strang ziehen und Digitalisierung als eine große gemeinsame Herausforderung annehmen. Das gilt nicht nur für uns in Nordrhein-Westfalen, sondern ebenso grenz- und ebenenüberschreitend.

Die Publikation beweist: Deutschland bewegt sich. Wir müssen aber an Tempo zulegen, die Zusammenarbeit forcieren und dabei den konkreten Nutzen im Auge behalten. E-Government ist die Antwort auf sich verändernde Ansprüche der Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen an die öffentliche Verwaltung als modernen und leistungsfähigen Dienstleister. Digitale Verwaltung im Interesse und zum Wohle unserer „Kunden" – das muss Anspruch und Leitlinie für uns sein.

Den Herausgebern des Almanachs 2019 gilt mein persönlicher Dank – und das nicht nur für die Publikation, die eine wahre Fundgrube für alle ist, denen Digitalisierung am Herzen liegt. Dank gebührt ihnen darüber hinaus für ihr langjähriges und herausragendes Engagement in Sachen E-Government und Modernisierung in Bund, Ländern und Kommunen. Diese Unterstützung werden wir auch in Zukunft brauchen!



Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Inhalt

„e-nrw 2017“, Neuss/Düsseldorf 6

Digitale & „mentale“ Transformation in NRW?! – die Verwaltung 4.0 als neuer Servicekern im digitalen Zeitalter

„Zukunftskongress Bayern“, München 20

Die digitale Verwaltung in Staat und Kommunen – heute und morgen – für Bürger und Wirtschaft

„Digitaler Staat“, Berlin 32

E-Government – Digitaler Datenschutz – Arbeit und Personal 4.0 – Digitaler Haushalt

„Baden-Württemberg 4.0“, Stuttgart 62

Die Digitalisierung von Kommunen, Land und Verwaltung aktiv gestalten

Schlaglichter für die Digitale Agenda 2019 – ein kleines Themenglossar 74

Unternehmensindex 78

AUTORENTEAM

Wilfried Kruse
Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf a. D., Geschäftsführender Gesellschafter IVM²

Prof. Dr. Frank Hogrebe
Wissenschaftlicher Direktor IVM²

Impressum

Herausgeber: R. Uwe Proll
Autoren: Wilfried Kruse, Prof. Dr. Frank Hogrebe

Verlag: ProPress Verlagsgesellschaft mbH (Behörden Spiegel-Gruppe),
Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn
Telefon: +49-228-970970, Telefax: +49-228-97097-75
E-Mail: redaktion@behoerdenspiegel.de, Internet: www.behoerdenspiegel.de
Registergericht: AG Bonn HRB 3815, UST-Ident.-Nr.: DE 122275444,
Geschäftsführerin: Helga Woll

Layout: Cornelia Liesegang, SpreeService- und Beratungsgesellschaft mbH
Druck: Druckerei WIRmachenDRUCK GmbH
Erfüllungsort und Gerichtsstand: Bonn

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Alle Rechte vorbehalten. Das Buch und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages nicht statthaft und wird urheberrechtlich verfolgt.

ISBN 978-3-934401-49-5

© 2018 ProPress Verlagsgesellschaft mbH (Behörden Spiegel-Gruppe)

e-nrw.

Die Themen des Kongresses

Beim 16. Kongress
am 9. November 2017 erstmalig
in der Stadthalle Neuss/Dorint Hotel

Grußwort
- Reiner Breuer, Bürgermeister der Stadt Neuss, stellv. Verbandsvorsteher ITK-Rheinland

Ein Jahr E-GovG NRW – Masterplan, CC IT-NRW, Projekte von Bund, Ländern und Kommunen: Mentale Transformation auf digitalem Zukunftsweg schon vorangekommen?
- Hartmut Beuß, Beauftragter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Informationstechnik (CIO), Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

Von Industrie 4.0 zu Kommune 4.0: Wie Kommunen den digitalen Wandel als Chance nutzen können
- Dominic Multerer, mps public solutions gmbh

Innovationen und Standortqualität – Kollaboration von digitaler Unternehmensexpertise und Verwaltung 4.0 als Chance
- Elisabeth Slapio, Federführerin E-Government IHK NRW, Geschäftsführerin der IHK zu Köln

Das neue Paradigma – Sicherheitsservices der nächsten Generation
- Dietmar Repges, Panda Security Deutschland

Quo vadis NRW – Kurzresümee aus den Fachforen
- Theodoros Moutsokapas, Management Consultant, Cassini Consulting

Internationale Innovationen für den digitalen Staat
- Kim Bastian Warmbrunn, Prognos AG

Deutschlands organisierter und praktizierter Datenschutz – mit Blick auf Bürger und Wirtschaft: auch ein Kandidat für die mentale Transformation im digitalen Zeitalter?
- Dr. Göttrick Wewer, Staatsekretär a. D.

Föderale IT-Kooperation „FITKO" – die neue Qualität ebenenübergreifender Zusammenarbeit
- Roland Jabkowski, Co-CIO Hessen, Hessisches Ministerium der Finanzen

Weitere Themen in den Fachforen des Kongresses

Das Servicekonto NRW – Konkurrenz oder Ergänzung zu nPA, De-Mail und qualifizierter Signatur?
Moderation: Wilfried Kruse, IVM², Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf a. D., fachlicher Leiter des Kongresses
- Prof. Andreas Engel, IT-Leiter der Stadt Köln
- Dr. Stephan Klein, Geschäftsführer Governikus
- Kerstin Pliquett, Geschäftsführerin Citkomm services GmbH

E-Services, E-Prozesse, E-Akte – neue Qualitäten und Perspektiven auf neuer Basis des E-GovG NRW?
Moderation: Beate van Kempen, Leiterin Produktmanagement Verbundlösungen, LVR Infokom
- Peter Klinger, Lehrbeauftragter der Fernuniversität Hagen
- Präsident Hans-Josef Fischer, Betriebsleiter von Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)
- Eckart Hagenloch, Managing Director BOC Group
- Thomas Walsch, Director Digital Transformation Public Services, Sopra Steria GmbH

E-Payment und E-Rechnung – praxisorientierte Lösungen für das Land und die Kommunen in NRW
Moderation: Prof. Dr. Frank Hogrebe, IVM² – Institut für Verwaltungsmanagement, Mittelstandsforschung und Zukunftsplanung
- Martina Knebel, Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen
- Martin Kroeger, Abteilungsleiter Finanzservice, Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe
- Dr. Markus Hild, Geschäftsführer GiroSolution GmbH
- Heinz-Peter Heggen, Leiter Medialer Service der Sparkasse Krefeld
- Jonas Fischer, Geschäftsführer des Kommunalen Rechenzentrums Niederrhein

Weitere Themen in den Fachforen des Kongresses

Virtualisierte IT-Infrastrukturen und Cloud-Strategien für die öffentliche Verwaltung in NRW 4.0
Moderation: Guido Gehrt, Leiter der Bonner Redaktion des Behörden Spiegel
- Jan Bücherl, Geschäftsbereichsleiter Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe
- Dr. Ralf Resch, Geschäftsführer VITAKO
- Christof Orth, Sales Manager Government, Health Care, Education and Research, Red Hat
- Ansgar Kückes, Chief Architect Public Sector, Red Hat

IT-Sicherheit in der Verwaltung 4.0 – zentraler Vertrauensbaustein im digitalen Zeitalter?
Moderation: Tanja Krins, Leiterin Fachgruppe Digitale Transformationsprozesse, Gesellschaft für Wissensmanagement e. V.
- Dr. Bodo Karnbach, Vorsitzender der Geschäftsführung, ITK-Rheinland
- Robert Wiese, ITK-Rheinland
- Kurt Knochner, Senior Systems Engineer, Fortinet Deutschland GmbH
- Bernd Fuhlert, Geschäftsführer @-yet GmbH

Der neue Portalverbund von Bund, Ländern und Kommunen – Neustart föderaler Kooperation auf neuem Niveau?
Moderation: Wilfried Kruse, IVM², Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf a. D., fachlicher Leiter des Kongresses
- Hartmut Beuß, Beauftragter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Informationstechnik (CIO), Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen
- Dr. Michael Neubauer, Geschäftsführer Citkomm
- Dr. Christian Lantwin, Management Consultant Cassini Consulting
- Sirko Hunnius,]init[AG für digitale Kommunikation

Open Government und Open Data in NRW – zentrale Bausteine der Open-Data-Strategie mit Blick auf Bürger und Standort?
Moderation: Wim Orth, Redaktion Behörden Spiegel
- Claus Arndt, Leiter der Stabsstelle Zentrales E-Government der (Modell-)Stadt Moers
- Björn Fleischer, Leiter der Open.NRW-Geschäftsstelle, Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen
- Marc Kleemann, Market Delivery Manager, con terra – Gesellschaft für Angewandte Informationstechnologie mbH
- Hans Dietrich, Accountmanager Geoinformation, Esri Deutschland GmbH

Synergien nutzen – ganzheitliche Ansätze für durchgängig medienbruchfreie Prozesse in der Verwaltung 4.0
Moderation: Prof. Dr. Frank Hogrebe, IVM² – Institut für Verwaltungsmanagement, Mittelstandsforschung und Zukunftsplanung
- Beate van Kempen, Leiterin Produktmanagement Verbundlösungen, LVR Infokom
- Tanja Krins, Leiterin Fachgruppe Digitale Transformationsprozesse, Gesellschaft für Wissensmanagement e. V.
- Reiner Breuer, Bürgermeister Stadt Neuss
- Alexander Dörner, Head of Government Ceyoniq Technology GmbH
- Thomas Berndtgen, Senior-Vertriebsberater MACH AG

Neue Steuerung, Strukturen und Prozesse für die kommunale IT – Vorgaben? Praxisorientierung? Interessenskonflikte?
- *Moderation:* Lora Köstler-Messaoudi, Redaktion Behörden Spiegel
- Michael Kuzniarek, Abteilungsleiter Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen
- Prof. Andreas Engel, IT-Leiter der Stadt Köln
- Ivo Moszynski, Fachberater DATEV Business Solutions

Digitale kommunale Strategien und Agenden – neue Formen möglicher Kooperationen oder Fusionen?
Moderation: Guido Gehrt, Leiter der Bonner Redaktion des Behörden Spiegel
- Bijan Djir-Sarai, Dezernent für Informations- und Kommunikationstechnologie, Rhein-Kreis Neuss
- Wolfgang Scherer, Stellv. Geschäftsführer, Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe
- Mario Riedel, Senior Sales Connected Mobility, T-Systems International GmbH

„e-nrw“ 2017

Digitale & „mentale“ Transformation in NRW?! – die Verwaltung 4.0 als neuer Servicekern im Digitalen Zeitalter

Nach 15 Jahren Behörden Spiegel-Kongress „e-nrw“ in Düsseldorf siedelte die Veranstaltung im November 2017 erstmalig auf die linke Rheinseite in das benachbarte Neuss über. Im sechsten Jahr der fachlichen Leitung, inhaltlichen Vorbereitung, Planung sowie der Ansprache und Gewinnung hochrangiger Referenten/-innen durch IVM², Wilfried Kruse und Prof. Dr. Frank Hogrebe, war es ein Location-Relaunch mit besonderer Qualität.

Davon zeugte nicht nur die positive Stimmung in der wesentlich größeren, offeneren und für alle Kongressteilnehmer komfortableren Neusser Stadthalle/Dorint Hotel, sondern auch das wiederum reichhaltige und anspruchsvolle Programm mit seinen über 40 Vorträgen im Hauptprogramm und seinen zehn Fachforen.

Die 530 Teilnehmer/-innen überraschten der Behörden Spiegel und die fachliche Leitung mit einer (Sonder-) Publikation – ausschließlich für den Kongress erstellt – zu den Impulsen von „e-nrw“ aus den zurückliegenden fünf Jahren für das E-Government in NRW. Sie konnte den Kongressbesuchern mit aktiver und dankenswerter Unterstützung des KDN-Zweckverbandes – Zusammenschluss der kommunalen IT-Dienstleister in NRW – der KDVZ

Über 500 Teilnehmer in der Stadthalle Neuss

Citkomm, Hemer und des krz Lemgo als Teilnehmergabe überreicht werden.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen erklärte im Vorwort dieser Publikation: *„Die rasant fortschreitende Digitalisierung wird unsere Lebens- und Arbeitswelt grundlegend und nachhaltig verändern. Diese Aussage erscheint inzwischen fast wie eine Binsenweisheit – und doch ist die Botschaft noch nicht in allen Köpfen angekommen. Deshalb sind diejenigen, die in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung Verantwortung tragen, besonders gefordert. Es gilt, Deutschland fit zu machen für die Herausforderungen einer digitalen Welt. Dies kann nur in einer großen gemeinsamen und dauerhaften Anstrengung gelingen.*

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat sich vor diesem Hintergrund neu aufgestellt. Die digitalen Themen sind in einem Ressort gebündelt. Als zuständiger Minister sehe ich es als eine meiner Kernaufgaben an, den Prozess der digitalen Transformation auf allen Ebenen zu fördern und zu beschleunigen. E-Government ist dabei ein wesentlicher Eckpfeiler.

Die Verwaltung ist Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen – zugleich aber auch ein wichtiger Standortfaktor.

Daraus folgt, dass Behörden und Einrichtungen in Bund, Ländern und Kommunen ihre Dienstleistungen und internen Abläufe anpassen müssen. Die Umstellung ist bereits in vollem Gange; doch wir müssen das Tem-

www.e-nrw.info

Rege Diskussionen in Fachforen und im Foyer Fotos: Giessen

E-Government der Zukunft in Nordrhein-Westfalen – Impulse und Beiträge aus fünf Jahren „e-nrw“ Behörden Spiegel-Kongresse von 2012 – 2016

„Es gilt, Deutschland fit zu machen für die Herausforderungen einer digitalen Welt. Dies kann nur in einer großen gemeinsamen und dauerhaften Anstrengung gelingen." Prof. Dr. Andreas Pinkwart

po weiter erhöhen und die Abstimmung zwischen allen Beteiligten intensivieren.

Der Kongress ‚e-nrw' ist ein etablierter und erfolgreicher Ort des Austausches. Die überwältigende Resonanz und die Impulse und Beiträge der vergangenen Jahre belegen dies nachdrücklich. Ich wünsche den Veranstaltern und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kongresses für 2017 spannende Begegnungen und fruchtbare Anregungen. Ihr Engagement für E-Government in Nordrhein-Westfalen bleibt auch in Zukunft unverzichtbar."

Mit seinem Leittitel **„DIGITALE und ‚MENTALE' Transformation in NRW?! Mit dem E-GovG NRW: die Verwaltung 4.0 als neuer Servicekern im digitalen Zeitalter"** setzte der Kongress seine thematischen Grundlinien in Zeiten der Digitalisierung 4.0 konsequent fort.

Die *„MENTALE Transformation im digitalen Zeitalter"*, als Appell und Kernbotschaft an alle im Zeichen von E-Government aktiven Verantwortlichen und Player von **Wilfried Kruse** auf dem Kongress des Jahres 2015 als Conclusio und als Begriff kreiert, war auch 2017 zentraler Leitgedanke vieler Vorträge und Diskussionen.

Der Behörden Spiegel als Veranstalter und IVM² als fachliche Leitung von „e-nrw" haben mit der „4.0-Ausrichtung" des Kongresses in Zeiten schneller und umfassender werdender Digitalisierung nicht nur früh nach der CeBIT 2013 noch im Herbst desselben Jahr begonnen, sondern mit dem „roten 4.0-Faden" mittlerweile einen Trend gesetzt, der im Sinne bundesweiter „4.0-Evolution" viele unterschiedliche Segmente, Bereiche und Branchen adressiert und erreicht hat.

Einen wichtigen Niederschlag hat dieser Trend im Sinne einer Evolution auch bereits in der im Jahre 2016 erschienenen Publikation *„Deutschland als Standort 4.0 – Konzepte und Lösungen zur 4.0 Evolution"* gefunden (vgl. http://managementverlag.de/9783946232063).

Dass die Kongressmacher von „e-nrw" mit ihrem „weiten Blick" auf die Zündung durch „Industrie 4.0" richtig gelegen und am Standort Deutschland mit der „Verwaltung 4.0" eine gesamtkonzeptionelle Modernisierung eingefordert und letztlich eingeleitet haben, zeigen die in der vorgenannten Publikation benannten 4.0-Initiativen, die – wie die „Verwaltung 4.0" – über die reinen technischen Aspekte von Sensoren, Aktoren, M2M pp. weit hinausgehen. Sie spiegeln die vom Kongress „e-nrw" über die zurückliegenden Jahre geprägte Leitformation der *„MENTALEN Transformation im digitalen Zeitalter"* in zahlreichen Segmenten und Branchen, in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Wissenschaft pp. wider.

„MENTALE Transformation" im digitalen Zeitalter als Markenzeichen

Auch die seit 2013 auf „e-nrw" konsequent thematisierten, zukunftsbezogenen E-Government-Services für Unternehmen (G2B-Services) am Standort Deutschland, am Standort NRW, an den vielen kommunalen Standorten, fanden ihre Fortsetzung auf dem Kongress im Jahr 2017.

Digitalisierung sei Führungsaufgabe, so der Neusser Bürgermeister Reiner Breuer. *Foto: Giessen*

Veranstalter und fachliche Leitung führen auch darauf die in den zurückliegenden Jahren stark gestiegene Teilnehmerzahlen zurück, denn: Unternehmen an ihren Standorten haben den „zig-fachen" elektronischen, medienbruchfreien – zumindest medienbrucharmen – schnellen und kostengünstigen Bedarf an elektronischer Kommunikation und Transaktion als der „Normalbürger", der im Jahr nur im Durchschnitt 1,4 Rathausbesuche benötigt, aber eben – anders als die Unternehmen – zahlreicher seine Stimme an der Wahlurne abgibt. Dies für die Zukunft in den Prioritäten von E-Government, von Digitalisierungsoffensiven, von Verwaltung 4.0 als Korrespondenz zu Industrie 4.0 zu verinnerlichen und nachhaltig voranzubringen, gehört ebenfalls und mit besonderer Gewichtung zur *„MENTALEN Transformation im digitalen Zeitalter"* am Standort Deutschland, am Standort NRW…

„E-nrw 2017" hat auch dazu wieder entscheidende Wegmarken gesetzt: In seinem Grußwort stellte bereits **Reiner**

Breuer, Bürgermeister der Stadt Neuss, die Kernpunkte der digitalen Herausforderung in den Mittelpunkt; seine Forderung – prägnant formuliert – lautete mit Blick auf die große Kommunikationsplattform, die der Kongress erstmals in „seiner" Stadt bot: *„Diskutieren Sie, transformieren Sie!"*

Seinen über das Grußwort hinausgehenden Beitrag als Referent im Fachforum *„Synergien nutzen – ganzheitliche Ansätze für durchgängig medienbruchfreie Arbeit und Prozesse in der Verwaltung 4.0"* nutzte er, vor einem hochinteressierten Publikum, zu weiterer, engagierter persönlicher Botschaft. Nur wenn es gelinge, die Mitarbeiterschaft offen und vorurteilslos am notwendigen Change-Prozess in der Digitalisierung wirklich zu beteiligen, werde man in der Lage sein, in der demografischen Veränderung und anstehenden Pensionierungen in Zukunft die Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen auf heutigem Stand zu halten und für Bürger/-innen und im Standortsinne für Unternehmen zu sichern. Digitalisierung sei Führungsaufgabe, so der Neusser Bürgermeister in aller Deutlichkeit.

Dr. Erich Köster, ständiger Vertreter des CIO-NRW: „MENTALE Transformation" sei auch Kernaufgabe der Landesvewaltung. *Fotos: Giessen*

Mitarbeiter/-innen: Begleiten und Wissen sichern Digitalisierung als Führungsaufgabe

Im Fachforum wurde durch die weiteren Beiträge deutlich, wie absolut notwendig ein (spätestens) jetzt aufzusetzendes, digital basiertes Wissensmanagement in den Verwaltungen ist, soll Expertise und Fachlichkeit nicht mit der Pensionierung von ca. 50 Prozent der Leistungs- und Wissensträger in den nächsten zehn Jahren verloren gehen.

Der stellvertretende CIO-NRW, **Dr. Erich Köster,** wies in seinem Eröffnungsreferat ausdrücklich auf die Kernaufgabe der „MENTALEN Transformation" und ihr besonderes Ausmaß für die Landesverwaltung und ihre zahlreichen Dienststellen in NRW hin: Angesichts von zwölf Ressorts, ca. 700 Ämtern und Behörden mit rund 120.000 Mitarbeitern/-innen im bevölkerungsreichsten Bundesland sei dies eine absolute Mammutaufgabe, die höchste Kraftanstrengung auf allen Funktionsebenen erfordere. Er forderte ausdrücklich, die digitale und die mentale Transformation gleichermaßen anzugehen und insbesondere den Mitarbeiter/-innen auch und besonders die persönlichen Chancen dieser Entwicklung zu vermitteln.

Minister Prof. Pinkwart habe sein eigenes Ressort, zu dem jetzt auch die früher im Innenministerium angesiedelte Stabsstelle CIO NRW gehöre, auf diesem Wege bereits adressiert und deutlich gemacht, dass an jedem Arbeitsplatz die Digitalisierung persönlich mitgestaltet und verantwortet werden solle/müsse.

Aus Sicht des Landes und der Erfahrung des stellv. CIO-NRW wird es für einen gemeinsamen Erfolg der von der neuen Landesregierung angekündigten Digitalisierungsoffensive entscheidend darauf ankommen, dass die Kooperation mit den Kommunen, ihren Spitzenverbänden und ihren IT-Dienstleistern sowie dem KDN als ihrem Spitzenverband nachhaltig und wirksam gelingt.

Servicekonto.NRW: gemeinsamer Erfolg von Land und Kommunen

Dass das jetzt an den Start gehende „Servicekonto.NRW" über den KDN und seine kommunalen Mitglieder auch für das Land seine Funktionalitäten bereitstellen wird, ist nach Auffassung Kösters ein großer Meilenstein in dieser notwendigen neuen Kooperationsqualität der Zukunft. Als gemeinsames „Vorzeigeprojekt" im frühen Stadium der Anforderungen des neuen Onlinezugangsgesetzes des Bundes erfüllt es beispielgebend die Anforderungen des kommenden Portalverbundes, mit dem die digitalen Nutzeransprüche an die öffentliche Verwaltung in der Bundesrepublik auf eine neue und im europäischen Vergleich dringend notwendige, komfortable, rechtssichere Ebene in Sachen Authentifizierung und Identifizierung gehoben werden sollen.

Elisabeth Slapio, Geschäftsführerin und Fachfrau für E-Government bei der IHK zu Köln, gab den Verwaltungen konkrete Tipps auf dem Weg zur Digitalisierung an die Hand.

DIGITALISIERUNG

MIT UND FÜR POLITIK UND VERWALTUNG

www.msg.group/public-sector

msg ist der kompetente Partner für die vielfältigen strategischen, organisatorischen und technischen Führungsaufgaben, die sich der Öffentlichen Hand in der digitalen Transformation stellen. Wir kennen die besonderen Herausforderungen der Verwaltung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Als das größte inhabergeführte Beratungsunternehmen aus Deutschland ist msg in vielen Branchen zu Hause. Unsere Berater verfügen über ein weitreichendes technisches Verständnis. Individuelle Beratung ist unser Anspruch, stets zugänglich, kritisch und kreativ. Der Projekterfolg ist unser Maßstab: Kunden bewerten unsere Arbeit durchschnittlich mit der Note 1,25.

Unser Leistungsspektrum umfasst sämtliche Aspekte der Entwicklung und Umsetzung von Modernisierungsvorhaben in Politik und Verwaltung:

- Strategieberatung
- Organisationsentwicklung
- Programmmanagement
- Informationsmanagement
- Architekturmanagement
- Implementierung

.consulting .solutions .partnership

.msg

Dominic Multerer, Marketing- und Management-Querdenker, ging mit der Verwaltung hart ins Gericht. Man müsse mehr Mut haben und Digitalisierung endlich wagen.

Foto: Giessen

Mit Blick auf das in 2016 in Kraft getretene E-Government-Gesetz NRW (E-GovG NRW) berichtete der stellvertretende CIO-NRW, dass sich derzeit 22 „Grundlagenprojekte" in der Planungsphase befänden, mit deren Umsetzung 2018 begonnen werden solle. Mit dem Beginn der Produktivphase des E-Akte-Betriebs sei 2019 zu rechnen.

Elisabeth Slapio, Geschäftsführerin der IHK zu Köln und Federführerin der IHK in NRW zum Thema E-Government, oblag es, den „roten Faden" des Kongresses, den gezielten Blick auf elektronische Services der öffentlichen Verwaltungen in NRW für den täglichen und vielfältigen Bedarf der Unternehmen am Standort NRW, zu richten und zu schärfen.

Mit ihrem Beitrag *„Innovationen und Standortqualität – Kollaboration von digitaler Unternehmensexpertise und Verwaltung 4.0 als Chance"* legte sie u. a. den Finger in die Wunde sowohl fehlender bzw. knapper Finanz- und Personalressourcen in den wirtschaftsaffinen Verwaltungen wie in ihren „traditionellen" Arbeitsstrukturen und -kulturen. Letztere seien noch zu sehr vom „Wasserfallprinzip" – ein Schritt nach dem anderen – geprägt. Lineare Vorgehensmodelle der Vergangenheit seien aber nicht die Zukunftslösung für die Kooperations- und Transaktionsfelder im „4.0-Zeitalter", in das sich Wirtschaft und Verwaltung auf Augenhöhe und in gegenseitigem Verständnis neu wachsender, digitaler Herausforderungen hineinentwickeln müssten.

Neue agile Qualität der Verwaltung 4.0

Sie plädierte für einen konsequenten Kulturwandel der Verwaltung (4.0), iterative Denke und Handlungsstränge neu und mutig mit den Kunden/Unternehmen anzugehen. Bereichsübergreifende, agile Zusammenarbeit in neuer Qualität – auch jenseits traditioneller Hierarchien – sei im digitalen Zeitalter absolut unverzichtbar, ein Appell nicht nur an die öffentlichen Verwaltungen in Land und Kommune sondern auch an die eigene Klientel der Kammern, den Unternehmen, die in solch neuartiger Kooperation und Transaktion mit dem öffentlichen Sektor ihre Rolle und Verantwortung neu definieren und finden müssten.

„Die Digitalisierung der Verwaltung ist mehr, als von der Website ein PDF runterzuladen. Das konnte man schon 1990", konstatierte **Dominic Multerer,** mps public solutions. Als Management-Querdenker und Digital Native las er der Verwaltung ordentlich die Leviten: Der Weg zur Kommune 4.0 sei noch sehr lang, er forderte sie aber mit Blick auf Industrie 4.0 als öffentlichen Dienstleister der Zukunft mit deutlichen Worten und konsequentem Handeln ein.

Er bemängelte, dass in den Kommunen die Investitionsbereitschaft für die Digitalisierung viel zu gering sei, mit Blick auf die Standortqualitäten der Zukunft sei dies auf Dauer verhängnisvoll. Auch die Bereitschaft der Verwaltungen, sich z. B. an bewährten Authentifizierungsverfahren der Wirtschaft zu orientieren, wie z. B. am Video-Ident-Verfahren der Bankenwirtschaft forderte er ebenfalls ein. Es sei für Bürger und Unternehmen letztlich keine wirkliche und nutzerorientierte Alternative, in Staat und Kommunen weiter auf viel zu komplizierte eigene Insellösungen hinzuarbeiten, die am Ende nicht auf Akzeptanz und Nutzen stoßen, wie z. B. der neue Personalausweis.

Er war/ist der Überzeugung, dass das Video-Ident-Verfahren früher oder später in der öffentlichen Verwaltung Einzug halten wird – der notwendige Mut, auch in der Verwaltung die Digitalisierung zu Ende zu denken, sei jetzt gefragt und werde sich – hoffentlich – bald durchsetzen.

Die FITKO kommt

"Die FITKO kommt...endlich": Mit diesen Worten begann **Roland Jabkowski**, Co-CIO der hessischen Landesregierung im Finanzministerium des Landes, seine Rede auf e-nrw. Zu Recht, denn seit der ersten Idee zur föderalen IT-Kooperation (FITKO) waren in der Zwischenzeit fünf Jahre vergangen. Und bis die neue Einrichtung in Frankfurt/Main mit aktuell vier Mitarbeitern – nach Anpassung des IT-Staatsvertrages – in

> **„Die Digitalisierung der Verwaltung ist mehr, als von der Website ein PDF runterzuladen. Das konnte man schon 1990."**
>
> Dominic Multerer

OPERATIONAL SERVICES
YOUR ICT PARTNER
TOP SERVICE DEUTSCHLAND
Handelsblatt
2018
BESTE BERATER
SMART CITY IN LICHTGESCHWINDIGKEIT
Beschleunigte Umsetzung digitaler Fachverfahren
Digitale Fachverfahren gehören schon lange zum guten Ton. Doch bisher sind sie komplex und aufwändig in der Umsetzung. ServiceNow bietet neue Perspektiven: Geringer Aufwand auch bei komplexen Verfahren, individuell und bedarfsgerecht. Ob auf Kommunal-, Landes- oder Bundesebene, stets mit maximaler Umsetzungsgeschwindigkeit und Chancen zur Standardisierung. Selbstverständlich inklusive der Anbindung von Bürgerportalen und E-Akten. Kurzum: Smart City in Lichtgeschwindigkeit. Exklusiv von operational services aus sicheren deutschen Rechenzentren – selbstverständlich DSGVO-konform. Lassen Sie sich begeistern!
www.operational-services.de

> **„Entweder machen wir mit Datenschutz in aktueller, föderaler und zersplitterter Form auf den existierenden rechtlichen, einschränkenden Grundlagen und Erlaubnissen der Datenverarbeitung weiter – oder wir machen E-Government!“**
>
> Dr. Göttrick Wewer

finaler Form mit 40 Mitarbeitern ihre Arbeit aufnehmen wird, dürfte, so schätzte auch Jabkowski, das Jahr 2019 bereits begonnen haben. Ob dann eine neue Qualität der verwaltungsebenenübergreifenden Zusammenarbeit Einzug halte, hänge jedoch nicht alleine von FITKO ab.

Die FITKO könne und werde Ideen entwickeln, ein Katalysator sein, Methodenkompetenz bereitstellen und auch die Kompetenz aufbauen, um Partnerschaften zu managen, so Jabkowski. “Mit der FITKO wird der organisatorische und rechtliche Rahmen gesetzt, in dem Kooperationen einfacher umgesetzt werden können”, so der Co-CIO weiter. Voraussetzung für eine erfolgreiche, ebenenübergreifende Zusammenarbeit sei aber vor allem die Bereitschaft aller Beteiligten, sich darauf einzulassen. Neben der FITKO brauche man daher eine positive Zusammenarbeitskultur, getragen von offener und ehrlicher Kommunikation und gegenseitigem Vertrauen. Nur mit einem starken, strategisch-politisch agierenden IT-Planungsrat, der FITKO als schlagkräftiger Umsetzungsorganisation, einem ordentlichen Digitalisierungsbudget und der Kooperation aller Ebenen könne der Digitalisierungsstau in Deutschland überwunden werden.

Datenschutz und E-Government: Gegensätze unüberbrückbar?

Der Vortrag von **Staatssekretär a. D. Dr. Göttrick Wewer** *„Deutschlands organisierter und praktizierter Datenschutz: auch ein Kandidat für die mentale Transformation im digitalen Zeitalter“* war einer der besonderen Höhepunkte des Kongresses.

Insbesondere mit einem Blick nach Dänemark und die dortigen nutzerfreundlichen E-Government-Funktionalitäten und eine Sicht- und Arbeitsweise von produktiven und effizientem behördlichem Zusammenarbeiten anstelle (wie in Deutschland üblich) „ständiger neuer Verifizierungspflichten“ zeigte er auf, woran die Nutzung von E-Government in unserem Land ganz wesentlich hake:

Das nach seiner Ansicht unzeitgemäße grundsätzliche Datenverarbeitungsverbot müsse durch eine grundsätzliche Erlaubnis zum Datenaustausch zwischen Behörden ersetzt werden, selektiv könne man ggf. auf Basis einer solchen *„Verfahrens- und Vermutungsumkehr“* Einzelbelange speziell davon aus den Übermittlungssträngen ausnehmen.

Um den Schutz der Bürger/-innen seitens des Staates wirksam zu gewährleisten, plädierte er ersatzweise auch für härtere Strafregelungen bei Datenmissbrauch, auch mit Blick auf die großen Internetkonzerne und ihre bisweilen zu beanstandenden Praktiken.

Hessens Co-CIO Roland Jabkowski gab einen Einblick in die FITKO und seine Erwartungen an die Entwicklung der föderalen IT-Kooperation. *Fotos: Giessen*

Dr. Göttrick Wewer, Staatssekretär a. D., fordert ein grundsätzliches Umdenken beim Thema Datenschutz, wenn das E-Government in Deutschland ordentlich funktionieren soll.

Prof. Dr. Andreas Engel, IT-Leiter der Stadt Köln, Geschäftsführer des KDN-Dachverbandes, hat einen Traum: das „Servicekonto NRW“. Foto: Giessen

Darüber hinaus beklagte er deutlich, dass der Datenschutz in Deutschland mit seinen unterschiedlichen Datenschutzgesetzen von Bund und Ländern im Schwerpunkt immer noch Ländersache und damit gerade auch für Unternehmen mit Standorten in mehreren Bundesländern ein echtes Investitionshemmnis und ein großer Unsicherheitsfaktor sei. Er forderte eine Vereinheitlichung der Datenschutzregeln und deren nachhaltige Reduzierung auf ihre Kernbestandteile.

In ähnlicher Weise hatte sich bekanntlich die Bundeskanzlerin bereits im Sommer 2017 geäußert, indem sie (sinngemäß) gesagt hatte, dass der Datenschutz in Deutschland sicher die private Datensphäre schützen müsse, aber nicht die digitalen Fortschritte im Lande behindern dürfe.

Die ebenso treffende wie markante These des Vortrags auf „e-nrw 2017“dazu lautete sinngemäß wie folgt: *Entweder machen wir mit Datenschutz in aktueller, föderaler und zersplitterter Form auf den existierenden rechtlichen, einschränkenden Grundlagen und Erlaubnissen der Datenverarbeitung weiter – oder wir machen E-Government!*“

Beides, so Wewer, gehe in heutiger Struktur und Ausprägung nicht gleichzeitig und zusammen!

Aus den zehn Fachforen seien nachfolgend einige exemplarische Themen und Beiträge aufgeführt, die insbesondere auch die Themenfelder für „e-nrw 2018“ ausmachen werden:

Das Servicekonto.NRW als Kooperationsprojekt

Prof. Andreas Engel, IT-Leiter der Stadt Köln und Geschäftsführer des KDN, sowie **Dr. Thomas List**, Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie, gaben einen umfassenden und hochinteressanten Einblick in die Funktion und Integration dieses neuen Authentifizierungsdienstes im Hintergrund für die „Online-Welt“ der Zukunft. Prof. Engel

hatte das Thema bereits auf e-nrw 2015 als seinen Traum einer einfachen und komfortablen Authentifizierung und Identifizierung in der digitalen Welt skizziert, der nun mit der Freischaltung Wirklichkeit geworden sei.

Sie warben intensiv dafür, das Konto, das auch für Unternehmensservices mit einer zweiten Stufe weiterentwickelt werden soll, nun mit möglichst vielen Online-Diensten der Städte, Verwaltungen des Landes, der IT-Dienstleister zu füllen, damit es seinen Nutzwert für Bürger/-innen schon 2018 und in den Folgejahren auch voll entfalten könne.

Servicekonto.NRW, Stufe 2: G2B-Services für den Standort NRW wichtig

Dr. Stephan Klein, Geschäftsführer Governikus, Bremen, klärte insbesondere über die aktuell auf EU-Ebene laufenden Notifizierungsverfahren zu elektronischen Signaturen auf, auch mit Blick auf die eIDAS-Verordnung der EU. Erster akkreditierter Dienst mit höchstem Vertrauensniveau ist der deutsche neue Personalausweis. Andere EU-Staaten ziehen jetzt, teils mit Signaturen auf geringerem Niveau, nach, wie z. B. Dänemark, wo ein Koppelmodell mit der Kreditwirtschaft angepeilt wird. Das ServiceKonto.NRW reiht sich nach seinen Ausführungen mit seinen Funktionalitäten und unterschiedlich möglichen Vertrauensniveaus in die schon vorhandenen Signaturlösungen ein, macht sie aber nicht überflüssig.

Kerstin Pliquett, Geschäftsführerin Citkomm Services GmbH, stellte das „citkoPortal" des kommunalen IT-Dienstleisters aus Hemer vor, das im Frontend nachgefragte Bürgerdienste komfortabel und nutzerfreundlich bündelt und bereits im Sinne des nun gestarteten ServiceKonto.NRW mit seinen Funktionen als ein Pilot zukünftiger medienbruchfreier, elektronischer Prozesse bezeichnet werden könne. Sie wies darauf hin, dass es noch viel zu wenig durchgängige Prozesse und DMS gebe, in die auch entsprechend investiert werden müsse. Sie sieht, dass die Digitalisierung zunehmend auch in der Politik „angekommen" sei und das Thema nunmehr Chancen habe, wirklich voranzukommen.

E-Payment, E-Rechnung pp. – auf gemeinsamen Plattformen in NRW?

Besonders die Themen „E-Payment" und „E-Rechnung" erfordern von den Kommunen neue Strukturen und Prozesse. Auf "e-nrw" widmete sich das von **Prof. Dr. Frank Hogrebe,** Wissenschaftlicher Direktor im fachlich kongressleitenden Institut IVM², moderierte Fachforum mit praxisorientierten Lösungen für das Land und die Kommunen in NRW daher ausführlich diesen Themen. Neben Referenten aus Politik und Wirtschaft wurde das Fachforum auch durch Vertreter der Sparkassen in NRW und der Giro-Solution gestaltet. Unter dem Thema "E-Government- Lösungen der Sparkassen-Finanzgruppe für die Kommunen in NRW" stellte **Dr. Markus Hild,** Geschäftsführer GiroSolution GmbH, Lösungen vor, die Sparkassen für Kommunen zur Bewältigung der digitalen Herausforderungen vorhalten. Wie die erfolgreiche Zusammenarbeit bei der Umsetzung von gesetzlichen Vorschriften in der Praxis erfolgen kann, wurde in den Vorträgen von **Heinz-Peter Heggen,** Sparkasse Krefeld, und **Jonas Fischer,** KRZ Niederrhein, dargestellt.

Der neue Portalverbund und seine Chancen

Mit den neuen Qualitätsanforderungen an Inhalte, Strukturen, Komponenten und Zeitplanungen für den notwendigen Portalverbund nach Verabschiedung des Online-Zugangsgesetzes des Bundes (OZG), setzte sich **Dr. Michael Neubauer,** Geschäftsführer des KDVZ Citkomm, Hemer, in der ihm eigenen Art treffsicher und pointiert auseinander. Er zeigte mit treffenden Beispielen und Metaphern auf,

Dr. Stephan Klein, Geschäftsführer Governikus, Bremen, im Dialog mit Wilfried Kruse, IVM², fachlicher Leiter „e-nrw" *Foto: Giessen*

wie sich die Digitalisierung und die elektronischen Prozesse, Infrastrukturen, Hard- und Software in den letzten 20 Jahren gravierend verändert und entwickelt haben. Für die Zukunft der elektronischen Services warb er eindringlich für einfache Lösungen, die in sinnvollerweise gebildeten Stufen realisierbar sein sollten.

Digitale Lösungen: Einfach müssen sie sein und Step by Step

Das aktuelle NRW-Konzept und der Weg des ServiceKonto.-NRW als Basis in gemeinsamer Trägerschaft von Land und kommunalen IT-Dienstleistern für die digitale Zukunft sieht er als bundesweite Blaupause.

Dr. Michael Neubauer, Geschäftsführer Südwestfalen IT, SIT, Hemer *Foto: BS, Archiv*

Kommunale Mitgestaltungschancen zu Planung und Realisierung mit Blick auf die Weichenstellungen der digitalen und mentalen Transformation in NRW nahm **Dr. Christian Lantwin,** Management Consultant Cassini Consulting, in den Focus. Er skizzierte zu den digitalen Pfaden der Zukunft ein *„digitales Utopia"* und verdeutlichte, dass wirkliche Innovationen, auch mit Bezug auf E-Government, stets bottom-up und nicht top-down erfolgten; die Rolle der Kommunen, die stets nah am Bürger und an den Anforderungen der Unternehmen am Standort seien, seien die wichtigsten Treiber für neue Ideen.

Kundenorientiertes E-Government: Priorisierung der Leistungen und Aufgabenverteilung im föderalen System war für **Sirko Hunnius,**]init[AG, das Leitthema. In seinem spannenden Vortrag machte er die Herausforderungen deutlich, die mit dem neuen OZG verbunden sind: Alle Verwaltungsverfahren von Bund, Ländern und Kommunen innerhalb von fünf Jahren, also bis 2022, elektronisch anzubieten, sei eine riesige Herausforderung, die als solche noch nicht wirklich erkannt sei.

Das OZG: auf existierenden Katalogen aufbauen – Bürokratie abbauen

Mehrere Tausend Verfahren, z. B. auch im sog. Leika-Katalog schon erfasst, müssten komplett umgebaut werden, Prioritäten müssten dazu im föderalen Staatsgefüge gebildet und gemeinsam abgearbeitet werden. Dabei könnten ggf. Lebens- und Geschäftslagenszenarien eine Hilfe und Leitlinien werden, die Nutzerorientierung müsse Hauptansatz und Treiber sein; für die Unternehmen und die Bürger müsse die Bürokratiebelastung dadurch entscheidend gesenkt werden.

Wissensmanagement, Demografie, digitale Zukunft

Beate van Kempen, Abteilungsleiterin LVR Infokom, und **Tanja Krins,** Vorstand der Gesellschaft für Wissensmanagement GfWM, referierten zu den Themen Verwaltung 4.0 – Führung 4.0 – Wissensmanagement – neue Bewährungsprobe der Verwaltungskultur?

Schlagworte aus den Beiträgen von Beate van Kempen – Anforderungen im „4.0-Zeitalter"

Die Wissensarbeit der Zukunft:

eigenständig, innovativ, selbstverantwortlich, autonom, qualitätsfokussiert, lebenslang lernend, wertschöpfend. Mehr mentale, soziale und konzeptionelle Kompetenzen statt fachlicher Expertise.
Und: Wissensarbeit (er-)fordert Führung 4.0!

Die Spannungsfelder zur Bewältigung der Herausforderungen:

Routinearbeit >>> blockiert Wissensarbeiter! Übertriebene Spezialisierung >>> verhindert den Blick über den Tellerrand! Kompetenzmanagement fehlt >>> Wissensarbeiter entwickeln Kompetenzen in Eigenregie!

Die Strategien und individuellen Ansätze:

Scrum, Working out loud, Hackathon, Future Backwards, ... Vielfältige Methoden und Ansätze, Werkzeuge und Plattformen, um Kompetenzen zu fördern, Experimentierräume auszutesten, Kreativität zuzulassen und neue Führung zu wagen! Aber: keine allgemein gültige Lösung für alle. Verwaltungskultur entscheidet sich immer vor Ort! Informations- und Reizüberflutung „managen"! Der Multikanalansatz ist wichtig, um alle abholen zu können: digital, analog, Mensch-zu-Mensch! Vorleben, vorleben, vorleben und: Transparenz aushalten! Fehlende Struktur von Kollaboration braucht gute Verschlagwortung! So wenig Berechtigungseinschränkungen wie möglich! Loslassen etablieren/einfordern/vorleben! Vorhandenen Ängsten Raum und Forum bieten!

Mut haben und einfach anfangen

Das war der Appell von **Theodoros Moutsokapas** von Cassini Consulting, der gemeinsam mit dem Fachlichen Leiter des Kongresses, **Wilfried Kruse,** den Teilnehmern verschiedene Highlights aus den Diskussionen in den Fachforen vorstellte.

Ausblick:

Die weiteren Fragestellungen und Themen aus dem Kongress und seinen Fachforen, die im Jahr 2019 und in den Folgejahren in fortgeschrittener Zeit und drängender denn je für den Standort Deutschland, den Standort NRW, für die nutzerorientierte Digitalisierung auf der Tagesordnung stehen werden, lassen sich im Schwerpunkt wie folgt benennen:

- Das Onlinezugangsgesetz des Bundes als neuer Katalysator? Der Portalverbund auf dem Weg und wie weit vorangekommen? Das Thema Servicekonto mit seinen unverzichtbaren und differenzierten Authentifizierungsmodalitäten? Wie weit sind wir bundesweit, wie weit in NRW, wie weit in der kommunalen Landschaft vorangekommen? Auch mit Blick auf komfortable und sichere Nutzung und die notwendige Akzeptanz bei Bürgern/Unternehmen und kommunalen Dienste-Anbietern und deren (IT)-Partnern?
- Die Verwaltung 4.0, auch und insbesondere als Korrespondenz zu Industrie 4.0 – Standortqualität 4.0 in NRW mit dem Zielfokus auf medienbruchfreie Unternehmens- und Gründerservices?
- IT-Sicherheit als zentrales Zukunftsthema mit mannigfachen Bedrohungspotenzialen?
- E-Akte, E-Prozesse, E-Payment, E-Rechnung als entscheidende Merkmale und Big Points für Land und Kommunen und unmittelbar vor verbindlichen Einführungsterminen?

Theodoros Moutsokapas, Cassini Consulting, und Wilfried Kruse, IVM², ziehen im Zwiegespräch ein erstes Kongressresumee. *Foto: Giessen*

- Digitale kommunale Strategien und Agenden in neuer Kooperation und Mut zu neuen Wegen?
- Die zwangsläufige Demografie mit notwendiger neuer Verwaltungskultur 4.0 und zentriertem Wissensmanagement mit transparenten Strukturen und Methoden?

Die Digitalisierungsoffensive der seit Mai 2017 amtierenden neuen Landesregierung wird mit den Themenstellungen rund um die Modellkommunen und -Regionen einen weiteren wichtigen Part nach „e-nrw 2018" auch auf „e-nrw 2019" einnehmen. Dies auch zu den Fragestellungen, wie sich die zahlreichen Modellansätze miteinander gekoppelt, zentral geführt, sich gegenseitig befruchtend und landesweit übertragbar dann im Dreijahresverlauf des Projekts darstellen. Dazu gehören auch die Erfahrungen mit den neuen Förderrichtlinien, ihrer konkreten Handhabung vor

Ort, ihren festgelegten Strukturen und Mechanismen sowie dem daraus resultierenden, notwendigen Beitrag und Erfolg zum Gelingen der Digitalisierungsoffensive NRW.

Über die Fragen der insoweit erforderlichen, gesamtkonzeptionellen und landesweiten Kommunikation und Koordination der vielfältigen Ideen und Modellansätze wird dabei auch zu beleuchten und ggf. schon im ersten Eindruck zu bilanzieren sein, wie die notwendigen Akteure der Praxis aus dem Landes- und Kommunalbereich, insbesondere die kommunalen IT-Dienstleister, erfolgreich adressiert und zur Mitwirkung eingeladen werden konnten.

Dass **Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen den „e-nrw-Kongress" des Jahres 2018 mit seiner Keynote eröffnen wird, ist ein besonderes Ereignis in der Geschichte des Kongresses und erfüllt den Behörden Spiegel als Veranstalter sowie IVM² als fachliche Leitung des Kongresses mit Dankbarkeit und Stolz.

Es wird Ansporn sein, die Erfolgsgeschichte von „e-nrw" auch in Zukunft mit den richtigen und notwendigen Themen der Verwaltungsmodernisierung im digitalen Zeitalter als zentralen „E-Gov-Hub" für NRW und darüber hinaus auszurichten.

Hält die Keynote 2018: Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen. *Foto: Dombrowsky*

Blockchain – Infrastruktur für den Öffentlichen Sektor?

Seit einigen Jahren wird die Blockchain durch das digitale Dorf getrieben. Sie verspricht eine Welt ohne Mittelsmänner oder zentrale Instanzen. Sie verschiebt die Vertrauensfrage von der Organisation auf die Technologie und greift damit gewachsene öffentliche Strukturen an. Zugleich kann sich der öffentliche Sektor die Technologie zu nutzen machen, um so Transparenz und Vertrauenswürdigkeit in Verwaltungsprozessen zu erhöhen.

Im täglichen Leben sind wir ständig auf Dritte angewiesen: Unser Geld vertrauen wir einer Bank an, digitale Einkäufe erledigen wir bei vertrauenswürdigen Online-Shops und Verträge die uns besonders wichtig sind, lassen wir durch einen Notar besiegeln. Auch der Staat fungiert als Intermediär: er führt Register, beglaubigt Dokumente oder bestätigt Identitäten. Die Hauptfunktion solcher Intermediäre liegt darin Vertrauen zu schaffen, Eigentumsverhältnisse zu regeln oder Werttransaktionen abzusichern. Die Blockchain-Technologie tritt an, solche Intermediäre abzulösen und dabei trotzdem das notwendige Vertrauen zu ermöglichen.

Was ist eine Blockchain?

Der Ursprung der Blockchain-Technologie liegt in der Kryptowährung Bitcoin. Deren Ziel war (und ist) es eine Währung zu etablieren, die völlig ohne Banken auskommt. Damit Transaktionen trotzdem manipulationssicher und korrekt ablaufen, werden sie im Konsens zwischen allen Teilnehmern genehmigt, durchgeführt und nachvollziehbar protokolliert. Was aufwändig klingt, wird weitestgehend automatisiert. Durch eine geschickte Kombination aus Wettbewerb, Kryptografie und Transparenz bietet die Blockchain hierfür die technologische Basis. Die Transaktionen werden gesammelt und in mehr oder weniger festen Zeitabständen blockweise in einem Register gespeichert. Die Blöcke des Registers sind über kryptografische Verfahren untrennbar miteinander verknüpft. Das komplette Register wird regelmäßig an alle Teilnehmer verteilt, sodass jeder einen Überblick über alle Transaktionen hat.

Die Blockchain ist also zunächst eine Technologie für Kryptowährungen. Überall da, wo Transaktionen durch vertrauenswürdige Mittelsmänner bzw. Intermediäre abgesichert werden, kann die Blockchain eine technologische Alternative darstellen. Durch ihre Dezentralität und Nachvollziehbarkeit wird sie zunehmend auch für andere Anwendungsfälle interessant. So sehen einige in ihr einen Ansatz für dezentrale Datenbanken oder verteilte Register. Andere wiederum sehen in der Blockchain gar eine ganze Software-Plattform. Diese Vielfalt möglicher Einsatzsze-

Unterschiedliche Perspektiven auf die Blockchain Grafik: ????

narien macht den Begriff Blockchain schwer eingrenzbar.

Grundsätzlich kann zwischen offenen (public) und geschlossen (private) Blockchains unterschieden werden. Während public Blockchains öffentlich einsehbar sind, zielen private Blockchains eher auf eine Prozessoptimierung oder bessere Zusammenarbeit in und zwischen Organisationen ab.

Blockchain im Öffentlichen Sektor

Es ist nicht gerade überraschend, dass einige Staaten sich schon seit vielen Jahren mit der Technologie auseinandersetzen. Schließlich kommt dem Staat in vielen Fällen die Aufgabe einer vertrauensstiftenden Instanz zu. Einer der Vorreiter ist (mal wieder) Estland, wo bereits seit längerem Blockchain-Technologie produktiv eingesetzt wird, bspw. im Gesundheitswesen, um die Integrität medizinischer Dokumente abzusichern. Seit 2015 bietet das Land mit dem eResidency-Programm zudem einen Blockchain-basierten Notariatsservice an, unter anderem für Geschäftsverträge oder Geburtsurkunden.

Viele weitere Länder experimentieren mit der Blockchain: Großbritannien, die Schweiz oder die USA, um nur einige zu nennen. Die Motivation für den Einsatz der Technologie ist sehr unterschiedlich. Das Spektrum reicht von Korruptions- oder Missbrauchsvermeidung über Transparenz bis hin zu klassischem Bürokratieabbau.

Auch in der deutschen Verwaltung gibt es bereits diverse Aktivitäten zum Thema, die hier nur kurz angerissen werden können: So arbeitet der Bund seit dieser Legislaturperiode an einer eigenen Blockchain-Strategie. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge untersucht, wie die Blockchain für die ebenenübergreifende Zusammenarbeit im Asylprozess eingesetzt werden kann. In einem Erfahrungsbericht heißt es, die Blockchain könnte ein „digitaler Enabler" des europäischen Föderalismus im Asylkontext sein. Auch das BSI befasst sich seit längerem mit dem Thema Blockchain und arbeitet an Leitfäden und Empfehlungspapieren.

Die Rolle des Staates

Für den Staat ist die Blockchain-Technologie in vielerlei Hinsicht relevant. Auf der einen Seite tritt er als Regulierer auf, beispielsweise wenn es darum geht Gewinne aus dem Handel mit kryptografischen Währungen zu besteuern. Die spannende Frage wird jedoch sein, für welche Anwendungsfälle der Staat die Blockchain-Technologie selbst einsetzen kann. Dabei ist Augenmaß erforderlich, denn Technologie ist kein Selbstzweck. Schließlich darf nicht verschwiegen werden, dass die Blockchain-Technologie bei weitem noch nicht ausgereift ist. Trotzdem macht es Sinn sich mit ihr auseinanderzusetzen und Erfahrungen zu sammeln. Denn vielleicht liegt gerade in der Dezentralität der Blockchain ihre Stärke. Eine Technologie, die ohne zentrale Instanz auskommt und bei der alle Teilnehmer gleichberechtigt zusammenarbeiten bietet womöglich das Potenzial föderale Verwaltungsstrukturen wesentlich passgenauer abzubilden, als herkömmliche IT-Systeme.

Wie die Blockchain im Detail funktioniert und welche Konsequenzen sich daraus für den öffentlichen Sektor ergeben, können Sie im White Paper: „Mythos Blockchain: Herausforderung für den Öffentlichen Sektor" nachlesen unter: http://www.oeffentliche-it.de/publikationen

Autor

Christian Welzel

ist Informatiker und stellvertretender Leiter des Kompetenzzentrums Öffentliche IT (ÖFIT) am Fraunhofer-Institut FOKUS. Dort beschäftigt er sich mit den gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung und der Rolle der öffentlichen Hand in diesem Zusammenhang. Seit 2005 ist er im Bereich E-Government aktiv, und befasst sich vorrangig mit den Themen Sicherheit & Vertrauen, Identitätsmanagement und IT-Architekturen.

4. Zukunftskongress Bayern

Die Plattform für einen länder- und ebenenübergreifenden Dialog

Die Themen des Kongresses

Zum vierten Mal in München am 1. Februar 2018

Die digitale Verwaltung im Staat – heute und morgen – für Bürger und Wirtschaft

- **Dr. Rainer Bauer,** IT-Abteilungsleiter, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

Podiumsdiskussion

Wie stellen wir uns das digitale Bayern in der Zukunft vor?

Impuls: **Jan-Lars Bey,** Partner, Cassini Consulting

u. a. mit:
- **Dr. Rainer Bauer,** IT-Abteilungsleiter Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
- **Dr. Uwe Brandl,** Bürgermeister Stadt Abensberg, Präsident des Bayerischen Gemeindetags sowie des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
- **Roland Jabkowski,** Co-CIO des Landes Hessen, Hessisches Ministerium der Finanzen
- **Florian Wüchner,** msg systems ag

Moderation: **Prof. Dr. Manfred Mayer,** fachlicher Leiter des Kongresses

Digitalisierung der Bundesverwaltung

Klaus Werth, Referatleiter Gemeinsame IT des Bundes, Bundesministerium des Innern

E-Government kontrovers – der heiße Stuhl

u. a. mit:
- **Dr. Andreas Mück,** IT-Leiter Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie
- **Peter Onderscheka,** Leiter des Geschäftsbereichs IT-Strategie und IT-Sicherheit, Landeshauptstadt München
- **Dr. Thomas Dickert,** IT-Abteilungsleiter Bayerisches Staatsministerium der Justiz

Moderation: **Prof. Dr. Manfred Mayer,** fachlicher Leiter des Kongresses

Fotos: Giessen

Weitere Themen in den Fachforen des Kongresses

IT-Kooperation im Zeichen von Servicekonto, Portalverbund und FITKO

Moderation: **Prof. Dr. Manfred Mayer,** fachlicher Leiter des Kongresses

- **André Meixner,** Leiter Barrierefreiheits- und Ergonomietest, T-Systems Multimedia Solutions GmbH
- **Dr. Florian Theißing,** Senior Consultant Cassini Consulting
- **Sandra Grether,** Niederlassungsleiterin München,]init[AG für digitale Kommunikation
- **Christopher Hetz,** Territory Account Executive Public, Software AG

E-Rechnung und E-Payment erfolgreich implementieren

Moderation: **Werner Achtert,** msg systems ag

- **Klaus Geiger,** Abteilungsleiter Organisation, Verwaltungsmodernisierung, digitale Verwaltung, Bayerischer Landkreistag
- **Georg Kuhnert,** Senior Business Consultant, msg systems ag
- **Dr. Gerhard Laga,** Leiter E-Center, Wirtschaftskammer Österreich
- **Gerd Rampelt,** Sales Executive Public Healthcare, Software AG

Backbone von Smart City und Smart Village – das Gigabitnetz für ein digitales Bayern

Moderation: **Adrian Bednarski,** Behörden Spiegel

- **Bernd Geisler,** Referatsleiter Breitbandausbau, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
- **Dr. Ernst-Olav Ruhle,** Vorstand SBR-net Consulting AG

IT-Sicherheit – Showstopper der Digitalisierung?

Moderation: **Dr. Andreas Mück,** CISO, IT-Leiter, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, und **Frank Moses,** CISO, Stabsstelle Informationstechnik und IT-Sicherheitsmanagement im Saarländischen Ministerium für Finanzen und Europa

- **Thomas Rehbohm,** Zentrales IT-Management und E-Government bei der Senatorin für Finanzen in der Hansestadt Bremen
- **Stephan Grosser,** Leiter der IT, IT-Sicherheitsbeauftragter, Geschäftsführer Kommunales Behördennetz, Landratsamt Weilheim-Schongau
- **Ansgar Kückes,** Chief Architect Public Sector, Red Hat
- **Markus Walting,** Systems Engineer, Fortinet

E-Prozesse – auf dem Weg zu vollautomatisierten Verwaltungsservices

Moderation: **Prof. Dr. Manfred Mayer,** fachlicher Leiter des Kongresses

- **Roman Breitfuss,** ITK-Amtsleiter Stadt Salzburg
- **Frank Jorga,** Vorstand FJD Information Technologies AG
- **Jenny Höse,** Bereichsleitung Personal und Organisation im Projekt eAkte, Landeshauptstadt Wiesbaden
- **Enrico Kropfgans,** Business Development, PDV-Systeme GmbH

Digitale Bildung – die nächste Generation digital fit machen

Moderation: **Guido Gehrt,** Behörden Spiegel

- **Gerhard Dix,** Referatsleiter Bildung und Soziales, Bayerischer Gemeindetag
- **Georg Eisenreich,** MdL, Staatssekretär Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst
- **Michael Lindemann,** Abteilung Bildung und Integration, Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. – vbw

„Zukunftskongress Bayern“

Die digitale Verwaltung in Staat und Kommunen – heute und morgen – für Bürger und Wirtschaft

Zum vierten Mal trafen sich am 1. Februar 2018 hochrangige Vertreter des Freistaats und der Kommunen zum Austausch über den aktuellen Stand der Verwaltungsmodernisierung im digitalen Zeitalter in Bayern und darüber hinaus im föderalen Staat.

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung (auch) in Bayern befindet sich derzeit und aktuell vor dem Hintergrund des 2017 in Kraft getretenen Onlinezugangsgesetzes (OZG) in einer besonders dynamischen Phase und steht bei allen Fortschritten der jüngsten Vergangenheit vor weiteren großen, zukünftigen Herausforderungen.

Der Freistaat war und ist einer der Vorreiter der Verwaltungsmodernisierung im digitalen Zeitalter auf den föderalen Ebenen; Bayern hat die Potenziale von E-Government, elektronischen Services für Bürger/-innen und die Wirtschaft aus der Standortperspektive früh erkannt. Der unter dem Strategierubrum „Montgelas 3.0“ („Vom Blatt zum Byte“) begonnene und intensivierte Weg der Digitalisierung der Staats- und Kommunalverwaltung hat auf der Grundlage des bayerischen E-Government-Gesetzes in den vergangenen Jahren bemerkenswerte Fortschritte gemacht, ein Anlass für die ca. 300 Teilnehmer, im Kongress strategisch und operativ im Haus der Bayerischen Wirtschaft in München nach vorn in die Zukunft zu schauen.

Dr. Rainer Bauer, IT-Abteilungsleiter im Bayerischen Finanzministerium, führte in den aktuellen Digitalisierungsstand im Freistaat ein: An das Bayern-Portal, als Bündelungskomponente der Informations- und

Information und intensive Gespräche in München

Fotos: Giessen

www.zukunftskongress.bayern

Dienstleistungsangebote der bayerischen Verwaltungen, seien mittlerweile rund 1.700 Kommunen im Freistaat angebunden (über 80 Prozent). Unter den Ländern sei Bayern damit Spitzenreiter. Die Zahl der Online-Bürgerkonten liege aktuell bei über 80.000; dies sei, ebenso wie die Zahl der Portalbesucher (250.000 im Monat), auch noch weiter ausbaufähig. Mit dem Masterplan Bayern Digital II hätte der Freistaat ein drei Milliarden schweres Programm aufgelegt; es soll die Digitalisierung in verschiedenen Bereichen massiv vorantreiben und u. a. auch noch 2.000 neue Stellen schaffen.

Der Masterplan „Bayern Digital II“ als Leitmaxime der Digitalisierung

Der IT-Fachkräftemangel auch in Bayern soll in den nächsten Jahren konkret mit einem Zuschlag von bis zu 400 Euro monatlich über maximal zehn Jahre, auch mit der Aussicht auf schnellere Verbeamtung pp., bekämpft werden.

Um das E-Government in der Fläche weiter zu unterstützen und die Kommunen als wichtige Partner in die Lage zu versetzen, bis 2020 ihre Services weitgehend online und gemäß Onlinezugangsgesetz anzubieten, hat der Freistaat ein neues Förderprogramm aufgelegt. Es sieht neben der klassischen finanziellen Unterstützung eine weitere Säule vor, um für Bürger und Kommunen über die schon existierenden „BayernLabs“ hinaus mithilfe sog. „Digitalwirte“ sowie weiteren E-Government-Ansprechpartnern Beratung und Know-how zielgerichtet auszubauen.

Obwohl die bayerische Verwaltung sich beim Thema Digitalisierung in einer Vorreiterrolle für die gesamte Bundesrepublik sieht, müssen laut **Dr. Uwe Brandl,** Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, noch einige Hürden zu konstruktiven, aber gleichzeitig effizienten Datenschutznormen genommen werden.

Roland Jabkowski, Co-CIO Hessen, **Dr. Uwe Brandl,** DStGB-Präsident, **Prof. Dr. Manfred Mayer,** fachlicher Leiter des Kongresses, **Dr. Rainer Bauer,** IT-Abteilungsleiter, **Jan-Lars Bey,** Cassini, und **Florian Wüchner,** msg systems ag, bestritten im Anschluss an die Eröffnung die erste Podiumsdiskussion, die sich den zentralen Fragen der weiteren Digitalisierung im Freistaat widmete.

In der von **Prof. Dr. Manfred Mayer** moderierten Diskussion

Dr. Rainer Bauer, IT-Abteilungsleiter im Bayerischen Finanzministerium, bei seiner Einführung *Fotos: Giessen*

zu den Vorstellungen eines digitalen Bayerns in der Zukunft nannte **Dr. Uwe Brandl** als wichtigste Herausforderung ein einheitliches Datenschutzrecht, das zwar strenge Vorgaben erfüllen müsse, aber gleichzeitig für einen realistischen Alltagseinsatz ausgelegt sein sollte.

Als Beispiel verwies er auf das Baltikum: „Die Esten sind vollständig digitalisiert. Die Menschen sind transparent, aber das Leben mit der Verwaltung ist viel entspannter als bei uns." Als konkrete Praxisbeispiele, die heute schon möglich seien, nannte er das digitale Ablesen von Strom-und Wasserzählern; auch Personalausweis und Reisepass könnten theoretisch schon online beantragt werden, der Nutzerkomfort müsse sich dazu allerdings noch weiter verbessern; dafür brauche es u. a. realistische Anpassungen der heute geltenden Gesetze. Gleichzeitig sieht er den Staat in der Pflicht, die starken Unterschiede in der digitalen Infrastruktur aufzuarbeiten: „Die Gigabit-Infrastruktur muss endlich zum Recht werden, dann gibt es auch keine rechtlichen Probleme bei der Förderung mehr." Dabei müsse, so seine Forderung, auch die Wirtschaft mit ins Boot geholt werden, um graue Flecken auf der digitalen Landkarte nachhaltig zu entfernen.

Auch **Roland Jabkowski,** Co-CIO im Finanzministerium des Landes Hessen, sieht als Grundvoraussetzung für eine funktionierende digitale Verwaltung einen flexibel angepassten Datenschutz, vor allem bei der behördenübergreifenden Informationsweitergabe.

In dieser Beziehung sieht er sein Heimatland Österreich als positives Beispiel: „Das antragslose Kindergeld funktioniert dort bestens. Sobald ein Kind geboren wird, werden die Daten digital freigegeben und das Geld wird automatisch an die Eltern ausgezahlt."

Mittelfristiges Ziel: vollständige Automatisierung der Prozesse!

Als mittelfristiges Ziel bei der Datenweitergabe sieht der Hessische Co-CIO dabei die vollständige Automatisierung aller Verwaltungsprozesse in allen Instanzen, in denen kein menschliches Abwägen oder Bewerten notwendig sei. Darin bestätigte ihn **Florian Wüchner,** msg systems AG, ausdrücklich und brachte es auf die griffige Formel: „Was digital geht, muss online machbar sein, und was nicht geht, muss soweit wie möglich online vorbereitbar sein, um Bürger und Sachbearbeiter zu entlasten."

Jan-Lars Bey, Cassini Consulting, plädierte dafür, dass die öffentliche Verwaltung sich einige Grundsätze aus der Wirtschaft zu eigen macht. Neben einer dynamischen Flexibilität

Lebhafte Diskussion mit DStGB-Präsident Dr. Uwe Brandl

und einem breit aufgestellten Ansatz brauche die Verwaltung „heute eine gewisse Risikofreudigkeit. Ein Scheitern muss dabei im experimentellen Rahmen möglich sein." Dazu sollten Projektarbeiten anders angegangen werden und althergebrachte Arbeitsmuster hinterfragt werden. Bisher sieht er eine solche digitale Bereitschaft allerdings noch nicht. Darum forderte der Verwaltungsberater Coachings und Fortbildungen für alle Mitarbeiterstufen, um auch in Zukunft junge Menschen für den Öffentlichen Dienst begeistern zu können: „Ein solcher Wandel wird junge Menschen anziehen.

> **„Die Esten sind vollständig digitalisiert. Die Menschen sind transparent, aber das Leben mit der Verwaltung ist viel entspannter als bei uns."**
>
> Dr. Uwe Brandl

Software leistungsstark, Partnerschaft langfristig –
genau die Zuverlässigkeit,
die ich brauche.
Zertifizierte Software nach den Anforderungen im öffentlichen Dienst
Für Kommunen und andere öffentliche Einrichtungen ist DATEV der zukunftsweisende Digitalisierungspartner: mit moderner Standard-Software für Finanz- und Personalwesen sowie weitere Verwaltungsaufgaben. Flexibel anpassbar auf Ihre spezifischen Anforderungen, rechtssicher und zertifiziert. So bekommen Sie die ideale Lösung, die Sie für die Prozesse in Ihrer Verwaltung benötigen.
www.datev.de/public-sector
DATEV
Zukunft gestalten. Gemeinsam.

Podium zum Thema „Wie stellen wir uns das digitale Bayern in der Zukunft vor?“ *Fotos: Giessen*

„Das antragslose Kindergeld funktioniert in Österreich bestens. Sobald ein Kind geboren wird, werden die Daten digital freigegeben und das Geld wird automatisch an die Eltern ausgezahlt.“ Roland Jabkowski

Heute ist Geld nicht mehr alles, ein Job muss auch spannend sein, um gute Mitarbeiter zu gewinnen.“

Gleichzeitig sprach sich auch er für pragmatische Datenschutzgesetze aus, um Angebote attraktiv zu machen: „Wenn man immer nur um starre Gesetze herumprogrammieren muss, wird es fast unmöglich, ein Angebot zu schaffen, das die Bürger auch annehmen.“

Die digitale Bildung mit besonderem Fokus auf die Digitalisierung im Schulbereich stand im Mittelpunkt einer spannenden und leidenschaftlichen Diskussion, die deutlich machte, dass zwischen Kommunen und Freistaat zwar überwiegend Einigkeit in der Zielsetzung herrscht, man aber bei den erforderlichen Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele durchaus unterschiedliche Ansichten vertritt.

Ideen und Konzepte vor Ort gefragt: Digitale Bildung fordert Freistaat, Kommunen und Schulen

Zum aktuellen Stand der digitalen Bildung an bayerischen Schulen hat die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) Ende 2017 eine Studie veröffentlicht, die sich insbesondere auf die Bereiche Infrastruktur, Konzepte, Lehrerbildung und Unterricht konzentrierte. **Michael Lindemann,** Diplom-Pädagoge und Referent für Bildungspolitik in der vbw, stellte die Studie in ihren Kernaussagen vor. Dabei wurde deutlich, dass es an den Schulen mittlerweile zumeist eine gute technische Basisausstattung gibt, bei der Medienkompetenz (der Schüler und Lehrkräfte) und deren konzeptioneller Unterfütterung aber noch deutlicher Nachholbedarf besteht.

Der Freistaat werde auch die Schulen in Bayern in den kommenden Jahren auf der Grundlage des Masterplans Bayern Digital II massiv finanziell unterstützen. Die Schulen und Schulaufwandsträger in den Kommunen müssten hierzu jedoch vor Ort entsprechende Medienkonzepte erstellen, um staatliche Förderung zu erhalten. Ein Umstand, den **Gerhard Dix,** Referatsdirektor für den Bereich Bildung und Soziales beim Bayerischen Gemeindetag, scharf kritisierte. Er vertrat die Ansicht, es müsse staatliche Vorgaben geben, welche Ziele man bei der Digitalisierung der Schule erreichen wolle; er forderte zugleich einen Zeitplan, klar geregelte Zuständigkeiten, eine eindeutige Kosteneinschätzung und Klarheit zur Kostenträgerschaft. Nur so könne eine völlig heterogene digitale Schullandschaft in Bayern verhindert werden.

Bildungsstaatsekretär Georg Eisenreich zur kommunalen Förderung und zur Konnexität

„Was digital geht, muss online machbar sein, und was nicht geht, muss soweit wie möglich online vorbereitbar sein, um Bürger und Sachbearbeiter zu entlasten.“ Florian Wüchner

„Uns ist aber bewusst, dass mit 1,5 Milliarden Euro kein flächendeckender Glasfaserausbau möglich ist."

Bernd Geisler

Bernd Geisler, Referatsleiter Breitbandausbau im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen

Foto: Giessen

Die Staatsregierung: kommunale Förderung ja, aber kein Konnexitätsfall!

Bildungsstaatsekretär **Georg Eisenreich** wies demgegenüber darauf hin, dass der Freistaat die Schulen und Kommunen auf freiwilligem Wege bei der Digitalisierung unterstützen und dazu im Haushalt im Jahr 2018 über 160 Millionen Euro bereitstellen werde. Allerdings werde man die Förderungsempfänger nicht aus ihrer Verpflichtung entlassen, lokale Medienkonzepte zu erstellen. Auch hier werde man gerne mit den Schulaufwandsträgern eng zusammenarbeiten, jedoch keine Maßnahmen ergreifen, die getreu dem Motto „Wer bestellt, der bezahlt" dann anschließend unter Konnexitätsgesichtspunkten eine Finanzierungspflicht des Freistaats auslösen würden.

Jan-Lars Bey fordert Coachings und Fortbildungen für alle Mitarbeiterstufen:

„Ein solcher Wandel wird junge Menschen anziehen. Heute ist Geld nicht mehr alles, ein Job muss auch spannend sein, um gute Mitarbeiter zu gewinnen."

2025 in der Gigabit-Gesellschaft: Gegenwart und Zukunft des Breitbands in Bayern

Mit 1,5 Milliarden Euro Fördervolumen sei der Breitbandausbau vorangetrieben worden. „Uns ist aber bewusst, dass mit 1,5 Milliarden Euro kein flächendeckender Glasfaserausbau möglich ist", betonte **Bernd Geisler,** Referatsleiter Breitbandausbau im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat. Schnelleres Internet sei jedoch deutlich auf den Weg gebracht worden, der Glasfaserausbau stehe in den Startlöchern und auch der neue Mobilfunkstandart 5G werde die Internetzugänge im Freistaat weiter verbessern.

Mittels der bayerischen Breitbandrichtlinie, die 2018 auslaufe, sei in kurzer Zeit den Menschen schnelleres Internet zur Verfügung gestellt worden. Denn: „Denen, die gar nichts haben, können wir nicht sagen: Du kriegst schnelles Internet, aber erst in zehn Jahren", erklärte Geisler. Deshalb sei mittels Förderung der Ausbau der Netze in Kommunen vorangetrieben worden. Dort, wo Wirtschaftlichkeitslücken existierten, sei der Freistaat mit seinen finanziellen Anreizen eingesprungen. Bis zu einer Million Euro seien als Fördersumme möglich gewesen. Dadurch bedingt würden von den bayerischen Haushalten 96 Prozent über einen Internetzugang mit mindestens 30 Mbit/s verfügen – so der Stand Mitte 2017.

Förderprogramm für die Gigabitgesellschaft Bayerns

Das nächste Programm werde konzipiert, um Bayern in die Gigabitgesellschaft zu führen. So seien drei Milliarden Euro geplant, um den Ausbau des Glasfaserkabelnetzes zu fördern und voranzutreiben. Das Zwischenfazit des Referatsleiters: „Bisher läuft es sehr gut. Wir werden das Ziel voraussichtlich erreichen."

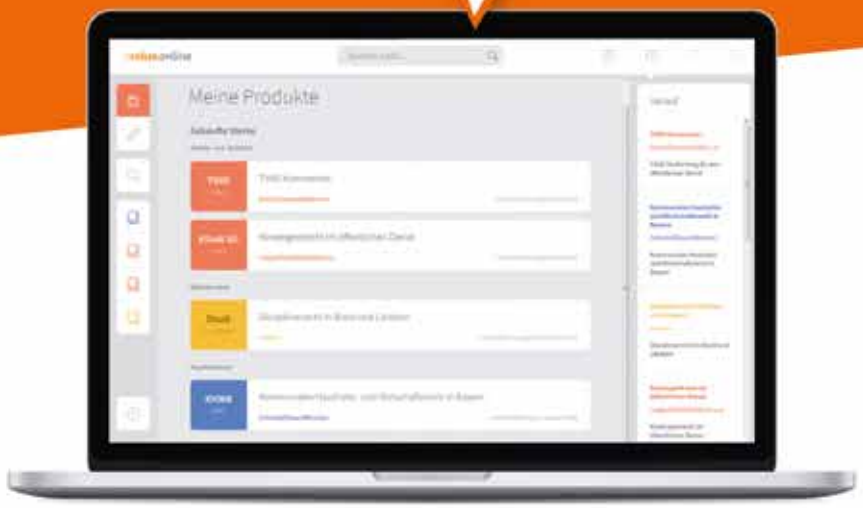
Ernst-Olav Ruhle, Vorstand der SBR-net Consulting AG, erläuterte, dass, auf die Glasfasertechnologie aufbauend, der neue 5G Mobilfunkstandard kommen könne. „5G wird schneller sein, eine höhere Qualität aufweisen und vor allem für das Internet der Dinge (IoT) sowie für kritischen Service unerlässlich sein". Letzteres beziehe sich besonders auch auf autonomes Fahren, wo Signale und Reaktionen sich im Millisekunden-Bereich, also in Echtzeit, abspielen müssten. Damit könnten dann im Weiteren auch Smart Cities wirklich und nachhaltig entstehen, wenn dann auf diesem Weg z. B. auch Parkraum-Management-Systeme u. a. Realität werden könnten.

„Dadurch sparen die Menschen 20 Prozent ihrer Zeit bei der Parkplatzsuche ein und schonen gleichzeitig die Umwelt", fuhr der Wirtschaftswissenschaftler fort. Neben der Glasfaser-Technologie brauche es aber auch genügend

4 Wochen
gratis testen!

Über 80 führende Online-Lösungen für die öffentliche Verwaltung.

Einfach
Aktuell
Sicher



Probieren Sie jetzt aus, wie Sie einfach, schnell und rechtssicher mit rehm online arbeiten!

Starten Sie Ihren Gratis-Test auf

www.rehm-verlag.de/rehm-online

::rehmonline

rehm, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH. Hultschiner Str. 8, 81677 München.
Im Fachbuchhandel erhältlich. Preisänderung vorbehalten! Weitere Informationen unter
www.rehm-verlag.de WAN 521182 / September 2018

Sendestandorte, die ausgebaut werden müssten, trotz aller rechtlichen Hürden, die den notwendigen Genehmigungen nicht selten entgegenstünden.

Die E-Akte als Ressourcenschoner!
Ein Projekt der Stadt Wiesbaden als Beispiel

Einen Einblick in die Aufgabenstellung und die Realisierung einer stadtweiten E-Akte in der Hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden gab im Sinne eines föderalen Erfahrungsaustausches die Leiterin des Projekts in Wiesbaden, **Jenny Höse.**

In Wiesbaden gebe es seit 2012 das Projekt der stadtweiten E-Akte, bei der nach und nach die meisten Fachverfahren in einen digitalen Kreislauf/Workflow integriert würden. Bis Ende 2018 sollen insgesamt 1.100 Benutzer der Stadtverwaltung in das System eingegliedert sein und damit ein Drittel aller Fachverfahren auf elektronischem Wege abgewickelt werden. Die Stadt habe bisher größtenteils gute Erfahrungen mit der Einführung gemacht, so Jenny Höse: „Die Arbeit wird effizienter, was Vorteile für Verwaltung, Politik und Bürger mit sich bringt, denn unsere Mitarbeiter können jederzeit und von überall mit sicherem Zugang auf die Daten zugreifen." Diese neue Mobilität werde unterstützt durch eine eigens entwickelte App für die städtischen Mitarbeiter. So könne z. B. der Wasserwerksmitarbeiter beim Kunden mobil über dasselbe Portal auf seine Daten zugreifen wie der Gutachter beim Termin vor Gericht. Dazu passend gebe es einen „DigiPen", der mithilfe einer kleinen Kamera die Schrift beim Ausfüllen echter Papierformulare von Sachbearbeitern und Kunden sofort in das Verwaltungssystem übertragbar mache.

„Die Arbeit wird effizienter, was Vorteile für Verwaltung, Politik und Bürger mit sich bringt, denn unsere Mitarbeiter können jederzeit und von überall mit sicherem Zugang auf die Daten zugreifen."

Jenny Höse

Jenny Höse berichtete über die E-Akte aus der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden. *Foto: Giessen*

Der „Wiesbadener DigiPen" als kleines „Helferlein"!

Um ein solches System in der gesamten Verwaltung einzuführen, ist ein hohes Sicherheitsniveau unerlässlich. Der Zugriff muss bei Verlust im Endgerät sperrfähig sein, Sicherungen gegen Systemausfälle, Weiterentwicklungen sowie der Support müssen gewährleistet sein.

Auch **Enrico Kropfgans,** Business Development PDV-Systeme GmbH, sieht eine Verlagerung der Behördenarbeit direkt zum Kunden vor Ort. Dennoch sieht er automatisierte Prozesse noch nicht als weit genug entwickelt an, um komplexe Fachverfahren ersetzen zu können. Mithilfe der PDV-eigenen VIS-Suite könnten revisionssicher und gesetzeskonform die E-Akte und weitere Prozesse auf modularer Basis erledigt werden. Der Einsatz der Software eigne sich dabei als Plattform, als Back-End-System oder als Stand-alone-Anwendung.

IT-Sicherheit: kein Showstopper!
Strategien konsequent entwickeln und umsetzen!

Mit dem Länderfinanzausgleich habe der Bund den Ländern das Mitspracherecht bezüglich der IT-Sicherheit entzogen. Das BMI könne nun die IT-Sicherheitsstrategien und -prozesse bestimmen. **Thomas Rehbohm,** zentrales IT-Management der Hansestadt Bremen, fasste dies zusammen: „Der Bund gibt den Takt vor."

Gleichzeitig sei das Thema Sicherheit auch im neuen Jahr wichtig und zentral. So wurden Anfang Januar die Schwachstellen Spectre und Meltdown einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Jede Behörde könne jedoch erste Schutzmaßnahmen ergreifen, um ihre IT-Sicherheit zu erhöhen. Spectre und Meltdown seien Schwächen in nahezu allen Prozessoren, die seit 1995 produziert wurden. Aber sie seien nicht die Einzigen: „Die Zahl der Schwachstellen, die entdeckt werden, steigt enorm. Waren es 2011 noch unter 800, so sind es jetzt bereits über 1.300 jährlich", betonte **Ansgar Kückes,** Chief Architect Public Sector, Red Hat.

Die erste Reaktion auf Schwachstellen sei das Einspielen von Patches. „Regelmäßiges Zusammensetzen, beispielsweise wöchentlich, um sich über aktuelle Sicherheitslücken auszutauschen und inwieweit diese gepatcht werden können, ist essenziell", so **Stephan Grosser,** Leiter IT, Landratsamt Weilheim-Schongau.

Proaktives IT Sicherheitsmanagement ist unverzichtbar!

Auch das Informationsmanagementsystem (ISMS) auf Basis von „ISIS12" könne erste Abhilfe schaffen. Es könne als eine Vorstufe des vom Bund geforderten ISMS nach

dem BSI-IT-Grundschutz angesehen werden. „Neben dem Grundschutz ist ein Risikomanagement entscheidend: die Überwachung, dass alles regelkonform geschieht und die Zentralisierung des Fach-Know-hows an wenigen Stellen", erläuterte Rehbohm weitergehend.

„Neben dem Grundschutz ist ein Risikomanagement entscheidend: die Überwachung, dass alles regelkonform geschieht und die Zentralisierung des Fach-Know-hows an wenigen Stellen." Thomas Rehbohm

Thomas Rehbohm, zentrales IT-Management der Hansestadt Bremen, zum Thema IT-Sicherheit

Foto: Giessen

Entscheidend für die Zukunft würden intelligente Sicherheitssysteme werden, so **Markus Waiting,** Systemingenieur Fortinet, und weist darauf hin: „Viele Behörden haben nicht die nötigen Finanzmittel, um sich IT-Fachpersonal leisten zu können, die alles rund um die Uhr überwacht. Deshalb kann automatisierter Schutz da weiterhelfen."

Online-Services nutzerorientiert ins Netz: neue Kooperationen ansteuern!

Sarah Grether, Leiterin der Münchner Niederlassung der init AG, empfahl für die Umsetzung des OZG, auf eine smarte Priorisierung und ein hohes Maß an Nutzerorientierung der angebotenen Leistungen zu setzen. Hierzu eigne sich eine Ausrichtung an den verschiedenen Lebenslagen der Bürger sowie an den Geschäftslagen der Unternehmen. Am Beispiel der „Lebenslage Kind" zeigte sie auf, wie eine OZG-konforme und nutzerorientierte Umsetzung von der Schwangerschaft der Mutter bis zum Erwachsenwerden des Kindes unter Einbeziehung aller potenziell relevanten Behörden aussehen könnte.

Um Online-Services überzeugend und mit Blick auf die Nutzer zu realisieren, brauche es eine Software, die in der Lage sei, die verschiedenen Verwaltungsleistungen und -prozesse entsprechend in ein Portal zu integrieren. Zudem müsse die Lösung schnell, flexibel und dynamisch an zukünftige Entwicklungen anpassbar sein. Einen entsprechenden Prototypen stellte **Christopher Hetz,** Software AG, München, mit dem „Servicezentrum E-Government" vor.

Gemäß der EU-Richtlinie 2016/2102 müssen ab September 2020 zudem alle bestehenden Webseiten öffentlicher Stellen barrierefrei sein. **André Meixner,** Leiter Barrierefreiheits- und Ergonomie Tests bei T-Systems, gab den Teilnehmern einen ersten Einblick in eine Untersuchung der Länderportale, an dem sein Team momentan arbeite. Anhand der Portale von Bayern, NRW und Baden-Württemberg machte er deutlich, dass diese Webseiten gegenwärtig noch ähnlich zugänglich bzw. unzugänglich für Menschen mit Behinderung seien wie kommerzielle Portale, etwa von Versicherungen.

Websites: ab 2020 Barrierefreiheit EU-weit vorgeschrieben!

Diese und die weiteren Herausforderungen der Digitalisierung der Verwaltung werden nur zu meistern sein, wenn die IT-Kooperation zwischen den verschiedenen staatlichen Akteuren weiter intensiviert wird. So sieht **Dr. Florian Theißing,** der für das Beratungsunternehmen Cassini schon zahlreiche Projekte in der öffentlichen Verwaltung begleitet hat, zwar eine Zunahme der Bereitschaft zur Zusammenarbeit; er wies aber auch auf das nach wie vor bestehende Konfliktpotenzial hin, das nicht zuletzt in länder- bzw. ebenenübergreifenden Vorhaben liege und besondere Anforderungen an die Projektsteuerungen stelle.

Entsprechend arbeite sein Unternehmen aktuell an einer Studie zum Thema „Gute Praxis in kooperativen IT-Vorhaben".

Lebendige Interaktion und vielfältige Themen

Unter der Überschrift *„E-Government kontrovers"* saßen drei Vertreter aus der öffentlichen Verwaltung (freiwillig) auf dem „heißen Stuhl", um sich den Fragen des Publikums zu stellen: **Peter Onderscheka,** Leiter des Geschäftsbereichs IT-Strategie und IT-Sicherheit, Landeshauptstadt München, **Dr. Andreas Mück,** IT-Leiter im Bayerischen Staatsministerium für

„Regelmäßiges Zusammensetzen, beispielsweise wöchentlich, um sich über aktuelle Sicherheitslücken auszutauschen und inwieweit diese gepatcht werden können, ist essenziell." Stephan Grosser

Peter Onderscheka, Leiter des Geschäftsbereichs IT-Strategie und Sicherheit, Landeshauptstadt München (li.), Dr. Andreas Mück, IT-Leiter im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie Fotos: Giessen

Dr. Thomas Dickert, IT-Abteilungsleiter im Bayerischen Staatsministerium der Justiz

Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, sowie **Dr. Thomas Dickert,** IT-Abteilungsleiter im Bayerischen Staatsministerium der Justiz. Die von den Fachbesuchern persönlich oder über Moderator **Prof. Dr. Manfred Mayer** eingebrachten Fragestellungen zeigten sehr gut die Vielfalt der aktuellen praktischen Herausforderungen im Zuge der zukünftigen Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung auf.

Ausblick

Auf dem 5. Zukunftskongress Bayern am 7. Februar 2019 wird es unter dem Motto „Staat und Kommunen als digitale Heimat für Bürger und Wirtschaft" natürlich um aktuelle Themen wie OZG, IT-Sicherheit, Smart City/Smart Region oder Künstliche Intelligenz gehen. Diese Instrumente liefern aber „nur" die technologische Grundlage, um die öffentliche Verwaltung in den kommenden Jahren im Netz zu dem zu machen, was sie in der analogen Welt traditionell schon ist: ein Stück Heimat. Ein gewaltiger Transformationsprozess, den der Kongress diskutieren wird.

Die von IVM² unmittelbar nach der CeBIT 2013 ins Leben gerufene Verwaltung 4.0: mehr als Technik und Co. – Modernisierung im digitalen Zeitalter als neues Gesamtkonzept öffentlicher Services! Mehr: www.ivmhoch2.de

Grafik: IVM²

Messenger mit Vorbildfunktion

Der regelmäßige Bürgermeister-Chat, die Einladung für die kommende Sitzung des Fachausschusses oder die nächste Mitarbeiterschulung – Messenger kommen zuhauf in der öffentlichen Verwaltung zum Einsatz.

Und das aus gutem Grund: Sie sind praktisch, die Kommunikation läuft direkt, schnell und unkompliziert. Um bis zu 35 Prozent können Chat-Apps die Produktivität in Verwaltungen und Unternehmen erhöhen, so eine Berechnung von McKinsey. Und: Die Integration von mobilen Anwendungen in den Workflow ist ein wesentlicher Schritt in der digitalen Transformation.

Foto: IStock, bunditinay, Deutsche Post

Datenschutz im Fokus

Zu den bedeutendsten Herausforderungen der gesamten Digitalisierung gehört der geregelte und verantwortungsvolle Umgang mit persönlichen Daten von Bürgern, Kunden und Mitarbeitern. Viele Messenger, allen voran WhatsApp, sind aus Sicherheits- und Datenschutzgründen für den behördlichen Einsatz ungeeignet.

Die Deutsche Post bietet mit SIMSme Business Verwaltungen und Unternehmen einen Messenger, der speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist. In der Usability und in puncto Datenschutz und Sicherheit. Unser Messenger ist compliance- und datenschutzkonform und bietet höchste Sicherheitsstandards. Sämtliche Anforderungen der geltenden EU- und Bundesgesetze sowie des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik erfüllen wir voll und ganz. Alle Server von SIMSme stehen auf deutschem Boden. Das verhindert nicht zuletzt den Zugriff ausländischer Nachrichtendienste auf die Daten.

Messenger als News-Portal

Verwaltungen können SIMSme Business dabei nicht nur zur interaktiven Kommunikation nutzen; über News-Kanäle lassen sich auch Mitarbeiter gezielt informieren – beispielsweise zum Arbeitsschutz, zu Weiterbildungsmaßnahmen und vielem mehr. Das Steuerungstool der App zieht sich dabei vollautomatisch Inhalte, etwa aus dem Intranet oder Fachpublikationen wie dem Behörden Spiegel, und leitet diese dann gezielt an Mitarbeiter weiter.

Behörden können News-Kanäle übrigens auch in die Privatkunden-App von SIMSme einspeisen. Jeder, der die App auf dem Smartphone hat, kann einen solchen Kanal abonnieren. Damit sind News-Kanäle ein ideales Medium, um Bürger zu informieren. Erste Städte setzen sie bereits erfolgreich ein.

Mit SIMSme Business bieten Verwaltungen den Bürgern eine neue Dimension von digitalen Diensten. Sie können interne Prozesse sehr viel effizienter machen und gleichzeitig der Vorbildfunktion gerecht werden, die Politik und Verwaltung zukommt, indem sie den sicheren Umgang mit Daten vorleben. Dazu gehört auch der Gebrauch eines sicheren Messengers.

Kontakt

Marco Hauprich

Senior Vice President
Digital Labs, Deutsche Post
www.sims.me/business
Marco.Hauprich@deutschepost.de

verimi.com

Auf alle rechtlichen Anforderungen im Digital-geschäft vorbereitet sein?

Das macht Verimi

Verimi kommt

JETZT PARTNER WERDEN

Verimi ist die große europäische Identitätsplattform, die Ihr Unternehmen dabei unterstützt, regulatorische und technologische Komplexität zu reduzieren.

Mit Verimi erfüllen Sie alle Anforderungen an die DSGVO und sind schon heute für zukünftige Entwicklungen gewappnet.

verimi

Mein digitales Ich

Am 20./21. März 2018 in neuer Location im ehemaligen Premierenkino KOSMOS in Berlin

DIGITALER STAAT

Die Themen des Kongresses

Eröffnung des Kongresses durch die Moderatoren
R. Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber Behörden Spiegel
Guido Gehrt, Leiter Redaktion Bonn, Behörden Spiegel

Die neue Digitale Agenda 2017–2021
Dorothee Bär, Staatsministerin, Bundeskanzleramt

Innovation organisieren
Jürgen Fritsche, Geschäftsleitung Brancheneinheit Public Sector, msg

E-Government made in Norway
Paul Chaffey, Staatssekretär, Norwegisches Ministerium für öffentliche Verwaltung und Modernisierung

Zukunftsstark – eine Frage der Architektur
Christian R. Maierhofer, General Director A/V Software Solutions 360°, Bechtle

Herausforderung Portalverbund – Anmerkungen aus der Wissenschaft
Prof. Dr. Jörn von Lucke, Direktor des Lehrstuhls für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik, Zeppelin Universität Friedrichshafen

Once-Only: der neue Portalverbund von Europa, Bund, Ländern und Kommunen
Impuls: *Mathias Oberndörfer,* Bereichsvorstand Öffentlicher Sektor, KPMG
Prof. Dr. Jörn von Lucke, Direktor des Lehrstuhls für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik, Zeppelin Universität Friedrichshafen
Klaus Vitt, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik
Hartmut Beuß, Beauftragter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Informationstechnik
Dorothea Störr-Ritter, Landrätin des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald, Mitglied des Nationalen Normenkontrollrates
Moderation: *Matthias Kammer,* Vorsitzender Nationales E-Government-Kompetenzzentrum

Schaffung einer Kohärenz der innovativen Ansätze im digitalen Dänemark
Lars Frelle-Petersen, Stellvertretender Staatssekretär, Finanzministerium Dänemark

Digitale Plattformen im Spannungsfeld zwischen Effizienz und Datenschutz
Prof. Dr. Louisa Specht, Universität Passau

Staat als Plattform für digitale Ökosysteme
Prof. Dr. Peter Parycek, Leitung des Kompetenzzentrum Öffentliche IT am Fraunhofer-Institut FOKUS

Die Digitalisierung meiner Stadt – Kommunikation, Kollaboration, Partizipation
Gunter Czisch, Oberbürgermeister der Stadt Ulm
Jochen Partsch, Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt
Dr. Ulf Kämpfer, Oberbürgermeister der Stadt Kiel
Manfred Schnur, Landrat des Landkreises Cochem-Zell
Moderation: *Guido Kahlen,* Stadtdirektor der Stadt Köln a. D.

Start-up-Pitch
Moderation:
Dr. Markus Richter, Abteilungsleiter für Infrastruktur und IT, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Verena Hubertz, Geschäftsführerin Kitchen Stories
Thomas Langkabel, National Technology Officer, Microsoft Deutschland
Christian Mohr, Head of Innovation, KPMG

Den digitalen Staat bewusst gestalten – Rechts- und Verwaltungsvereinfachung als Grundbedingung einer erfolgreichen Digitalisierung

Dr. Johannes Ludewig, Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrates

Weg in die digitale Zukunft

Ulrich Meister, Vorsitzender der Geschäftsführung, BWI

Der „Online-Behördengang" als personalisiertes Erlebnis

Dr. Thomas Meyer, Director Business Development, Adobe Central Europa

Auf dem Weg zum vollautomatisierten Verwaltungsakt

Impuls und Moderation:

Dr. Matthias Flügge, Leiter Geschäftsbereich Digital Public Services, Fraunhofer FOKUS

Teilnehmer:

Dr. Markus Richter, Abteilungsleiter für Infrastruktur und IT, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Dr. Martin Deeg, Leiter des IT-Systemhauses, Bundesagentur für Arbeit

Roland Jabkowski, Co-CIO des Bundeslandes Hessen

Dr. Kay Ruge, Beigeordneter Deutscher Landkreistag

Thomas Langkabel, National Technology Officer, Microsoft Deutschland

Smarte Verwaltung durch Innovation

Susanne Diehm, Leiterin Public Services & Healthcare, Mitglied der Geschäftsleitung, SAP Deutschland

Die Digitale Agenda der Bundesagentur für Arbeit

Dr. Markus Schmitz, Generalbevollmächtigter und Chef der IT, Bundesagentur für Arbeit

Arbeit – Beschäftigung – Bildung in der Verwaltung 4.0 : Was müssen wir tun, damit die Transformation gelingt?

Prof. Dr. Manfred Becker, Lehrstuhl für Personalwirtschaft und Business Governance an der Universität Halle-Wittenberg

Upskilling, Grundeinkommen und Society 5.0

Impuls: *Dr. Ralph Bürk*, Präsident Führungsakademie, Baden-Württemberg

Kapitän zur See Roland Obersteg, Abteilungsleiter Führung, Kommando Cyber- und Informationsraum

Prof. Dr. Hilmar Schneider, Vorsitzender der Geschäftsführung, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

Dr. Georg Thiel, Präsident Statistisches Bundesamt

Frank Dethlefsen, Personalrat der Stadt Köln

Moderation: *Dr. Petra Wolf,* Expertin in Digitalisierung der Verwaltung, Nutzerorientiertes E-Government, Capgemini

Vorstellung des neuen Trendreports „Auf dem Weg zur digitalen Organisation"

Marcel Hölterhoff, Bereichsleiter Managementberatung, Prognos

Jan Tiessen, Senior-Projektleiter im Bereich Organisation & Umsetzungsberatung, Prognos

DIGITALER STAAT

Weitere Themen in den Fachforen des Kongresses

Digitaler Datenschutz in Kooperation mit D21

Moderation: *Prof. Dr. Wilfried Bernhardt,* Universität Leipzig

Once-Only-Prinzip – Gefahren oder Chancen für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung?

Peter Büttgen, Ministerialrat, Bundesamt für Datenschutz und Informationsfreiheit

DSGVO ante portas: Rettet uns technischer Datenschutz?

Moderation: *Björn Stecher,* stellvertretender Geschäftsführer Initiative D21 e. V.

Prof. Dr. Thomas Petri, der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz

Prof. Dr. Dirk Heckmann, Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht, Sicherheitsrecht und Internetrecht, Universität Passau

Marc Reinhardt, Präsidiumsmitglied Initiative D21

Carsten Maßloff, Geschäftsführer Ceyoniq Technology

Chancen und Herausforderungen der DSGVO für Kommunen

Dr. Ariane Berger, Referentin für E-Government und Verwaltungsorganisation, Deutscher Landkreistag

Arbeitnehmerdatenschutz

Prof. Dr. Martin Franzen, Lehrstuhl für deutsches, europäisches, internationales Arbeitsrecht und Bürgerliches Recht, Juristische Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität

Marta Böning, Referatsleiterin Individualarbeitsrecht, Deutscher Gewerkschaftsbund

Die Bedeutung der eIDAS-Verordnung für Behörden

Steffen Schwalm, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Fraunhofer FOKUS

Silos waren gestern – heute ist NExT! Behördenübergreifende Digitalisierungsarbeit

Vorstellung von NExT und der sechs thematischen Werkstätten – Leitung und inhaltliche Arbeit

Arbeit & Personal

Zukunftslabor in Kooperation mit Prognos

Studenten und Studentinnen tragen ihre Vision über die Verwaltung 2030 mithilfe von Kim Bastian Warmbrunn (prognos) zusammen. Die Ergebnisse werden hier präsentiert. Die Studenten werden die Ergebnisse des Zukunftslabors mit Personalverantwortlichen aus Behörden und dem Publikum diskutieren.

Lucia Wecker, Amtsleiterin Haupt- und Personalamt, Landeshauptstadt Dresden

Dr. Michael Frehse, Unterabteilungsleiter ZII, Bundesministerium des Innern

Janna Gall, Mitglied im Hauptpersonalrat, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Arbeit & Personal

Moderation: *Ralf Münchow,* Bundesministerium für Bildung und Forschung

What's up in der Verwaltung – sicheres Messaging in der Behördenkommunikation

Marco Hauprich, Senior Vice President Digital Labs, Deutsche Post

Schlagwort „Reskilling" – Aus- und Weiterbildung als Voraussetzung für erfolgreiche Digitalisierung in Verwaltung und Unternehmen

Dr. Anna Wiesinger, Associate Partner McKinsey & Company, Düsseldorf

PLENUMSDISKUSSION: Flexibles und mobiles Arbeiten

Moderation und Impuls: *Beate van Kempen,* Leiterin Produktmanagement Verbundsysteme, LVR-InfoKom

Dr. Ralf Kleindiek, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Günther Schmitz, Vizepräsident, Deutsches Patent- und Markenamt

Christoph Verenkotte, Präsident Bundesverwaltungsamt

Thomas Langkabel, National Technology Officer Microsoft Deutschland

Nachhaltiges Wissensmanagement durch offene Wissensressourcen

Celina E. Raffl, Duale Hochschule Baden-Württemberg

Prof. Dr. Sabine Möbs, Studiengang Wirtschaftsinformatik, DHBW Heidenheim

Prof. Dr. Jan Pawlowski, Institut für Informatik, Lehrgebiet Wirtschaftsinformatik, HRW

Interne Mitarbeiterkommunikation im digitalen Zeitalter

Nikolaus Bertermann, Fachanwalt für IT-Recht, SKW Schwarz

Dr. Martin Römermann, Fachanwalt für Arbeitsrecht, SKW Schwarz

Organisation der Arbeit im digitalen Zeitalter

Katrine Winding, Generaldirektorin Gewerbeamt, Ministerium für Industrie und Unternehmen Dänemark

Digitaler Haushalt

Haushalt 4.0 – digitale Instrumente für mehr Transparenz und bessere Steuerung kommunaler Finanzen

Moderation und Impuls: *Dr. Ulrich Keilmann,* Leiter Überörtliche Prüfung, Hessischer Rechnungshof

Michael Peters, Data Scientist im Bereich Finanztransparenz, Open Knowledge Foundation Deutschland e. V.

Arne Schneider, Haushaltsdirektor, Freie Hansestadt Bremen

Modernisierung der HKR-Verfahren bei Bund, Ländern und Kommunen

Moderation und Impuls: *Kirsten Pedd,* Präsidentin des Bundesverbands Deutscher Inkasso-Unternehmen

Dr. Michael Wojahn, Leiter Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin

André Zeranski, Projektleiter, Robotron Datenbank-Software

EPSAS – mehr nachhaltige Tragfähigkeit für die öffentlichen Haushalte in Europa?

Moderation und Impuls: *Dr. Birgit Frischmuth,* Hauptreferentin Dezernat Finanzen, Deutscher Städtetag

Prof. Dr. Dennis Hilgers, Institutsvorstand Johannes Kepler Universität Linz

Dr. Andreas Glöckner, Referent, Hessischer Rechnungshof

DIGITALER STAAT

Weitere Themen in den Fachforen des Kongresses

E-Government

E-Rechnung – Einsparpotenzial für Unternehmen und Verwaltung

Moderation und Impuls: *Dr. Stefan Werres,* Referat O5, Bundesministerium des Innern/Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Lehrgebiete Datenverarbeitung und Unternehmensführung

Prof. Dr. Georg Rainer Hofmann, Hochschule Aschaffenburg, eco – Verband der Internetwirtschaft

Hans-Henning Lühr, Staatsrat im Finanzressort, Freie Hansestadt Bremen

Georg Kuhnert, Senior Business Consultant, msg systems

Rolf Wessel, Produktmanager SEEBURGER und Projektleiter UN/CEFACT

Dr. Markus Hild, Geschäftsführer GiroSolution und Leiter Bereich DSV-Gruppensteuerung Öffentliche Auftraggeber, Deutscher Sparkassenverlag

Prozessoptimierung – Grundlage einer erfolgreichen Digitalisierung

Moderation und Impuls: *Björn Bünzow,* Leiter Projektgruppe Digitale Verwaltung 2020, Bundesministerium des Innern

Annette Kirchner, Referatsleiterin Management für Prozesse und Service Orientierte Architektur, Deutsches Patent- und Markenamt

Sabine Möwes, Leiterin der Stabsstelle Digitalisierung, Stadt Köln

Torsten Müller, Director für Public Sector Consulting, KPMG

Sebastian Seifert, Geschäftsführer Finanzen und Business Development, Cash Payment Solutions

Eckart Hagenloch, Managing Director, BOC Group

E-Government made in Norway

Moderation: *Charlotte Geerdink*, Norwegische Botschaft

Tor Alvik, Head of Department, DIFI – Agency for Public Management and E-Government

Cathrine Holten, Abteilungsleiterin Digitalisierung, The Brønnøysund Register Centre

IT-Sicherheit in der Verwaltung 4.0 – zentraler Vertrauensbaustein im digitalen Zeitalter

Moderation und Impuls: *Dirk Meyer-Claassen,* Abteilungsleitung E-Government, Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Berlin

Heino Sauerbrey, Fachbereich IT-Sicherheit beim Deutschen Landkreistag

Heiko Franke, IT-Sicherheitskoordinator beim Landkreis Vorpommern Greifswald

Günter Junk, CEO Virtual Solution

Bernd König, Director Product Line Security EMEA, Akamai Technologies

Dr. Jörg Kebbedies, Principal (Sicherheitsberater), secunet Security Networks

Digitalisierung ohne Innovation – ist das sinnvoll?

Ing. Roland Ledinger, Geschäftsführer Plattform Digitales Österreich, Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

Stefan Salz, Referatsgruppenleiter IT-Fachverfahren, Bundesverwaltungsamt

Richard Hudson, Lead IT Consultant, msg Research

Axel Drengwitz, Executive Business Consultant, msg

E-Government

Microservices, DevOps, Agilität: Trends für IT-Entwicklung und Deployment

Moderation und Impuls: *Roman Konzack,* Forschungskommunikation und Labore, Fraunhofer FOKUS

Jan Gottschick, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Fraunhofer FOKUS

Benjamin Dittwald, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Fraunhofer FOKUS

Jan Ziesing, Fachgruppenleiter Fachprozesse und sichere Infrastrukturen, Fraunhofer FOKUS

René Böcker, Gruppenleiter Prozesse, Informationstechnik, Projektmanagement, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Rainer Münster, Consulting Director SAP Deutschland

E-Akte – Eingangstor in den medienbruchfreien Verwaltungsprozess

Moderation und Impuls: *Dr. Thomas Ortseifen,* Referent für Informations- und Kommunikationstechnologie, Landeshauptstadt Wiesbaden

Dr. Lydia Tsintsifa, Referentin im Referat O 1, Bundesministerium des Innern

Dr. Markus Brakmann, Referatsleiter Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

Christian R. Maierhofer, General Director A/V Software Solutions 360°, Bechtle

Alexander Dörner, Leiter Government, Ceyoniq Technology

Das StadtLabor – digitale Lösungen, Konzepte, Impulse

Adrian Gelep, Manager, PwC

Dieses Forum wird vom Kongresspartner PricewaterhouseCoopers ausgestaltet.

Programminformationen folgen in Kürze: www.digitaler-staat.org

Future of work

Moderation und Impuls: *André Tonn,* Wirtschaftsredakteur, Rundfunk Berlin-Brandenburg

Markus Müller, Referatsleiter Grundsatzfragen der Arbeitspolitik und der Arbeitskräftesicherung, Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Lars Frelle-Petersen, Stellvertretender Staatssekretär, Finanzministerium Dänemark

Per Tejs Knudsen, CEO cBrain

Marco Hauprich, Senior Vice President Digital Labs, Deutsche Post

Implementierung von Cloud-Strukturen in der öffentlichen Verwaltung

Moderation und Impuls: *Prof. Klaus Gennen,* Professor für Wirtschaftsrecht und Recht des elektronischen Geschäftsverkehrs, TH Köln

Jens Fromm, Stellvertretender Vorstand IT-Dienstleistungszentrum Berlin

Jürgen Gökemeier, Internetsicherheit & Innovationen, Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe

Jürgen Breithaupt, Senior Solutions Consultant, T-Systems

Thomas Telgheider, Direktor Systemberatung, Oracle

Dr. Carsten Jürgens, Berliner Digital Initiative

DIGITALER STAAT

Weitere Themen in den Fachforen des Kongresses

E-Government

Digitalisierung über alle föderalen Ebenen – nächste Generation

Moderation: *Marc Reinhardt,* Head of Public Sector & Health, Capgemini

Ernst Bürger, Stellvertretender Abteilungsleiter Verwaltungsmodernisierung & Verwaltungsorganisation, Bundesministerium des Innern

Christian Pfromm, CDO Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, Senatskanzlei

Dr. Markus Schmitz, Generalbevollmächtigter und Chef der IT, Bundesagentur für Arbeit

Ramona Schumann, Bürgermeisterin Stadt Pattensen

Digitalisierung Bund – Konsolidierung, Prozesse und Dienstleistungen

Moderation: *Guido Gehrt,* Leiter der Bonner Redaktion, Behörden Spiegel

Impuls: *Dr. Alfred Kranstedt,* Direktor Informationstechnikzentrum Bund

Sven Stephen Egyedy, Chief Technology Officer, Auswärtiges Amt

Michael Krause, Mitglied der Geschäftsleitung / Leiter Account Management, BWI

Frederik Blachetta, Mitglied der Geschäftsleitung, PwC Strategy

Anika Wilczek, Executive Director Clientmanagement, Aperto – An IBM Company

Eröffnung des elektronischen Rechtsverkehrs mit der Justiz – aktueller Sachstand und zukünftige Entwicklung

Moderation und Impuls: *Dr. Martin Wachter,* Regierungsdirektor, Bayerisches Staatsministerium der Justiz

Dr. Wolfram Viefhues, Geschäftsführender Vorstand Deutscher EDV-Gerichtstag

Dennis Müller, Abteilung Informations- und Telekommunikationstechnologie, Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz

Marc Horstmann, Prokurist, Governikus

GovBot – KI in der öffentlichen Verwaltung

Moderation: *Wim Orth,* Redakteur, Behörden Spiegel

Matthias Lichtenthaler, Bereichsleiter Digitale Transformation, Bundesrechenzentrum Österreich

Helmut Nehrenheim, CIO-Stabsstelle, Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie NRW

Wolfgang Glock, Leiter Stabsstelle E-/Open-Government & Smart City, Landeshauptstadt München

Dr. Christian Knebel, Geschäftsführer publicplan

Sören Müller, Innovation Center, Materna

E-Government

Blockchain – Zukunftstechnologie für den öffentlichen Sektor

Moderation und Impuls: *Dr. Markus Richter,* Abteilungsleiter für Infrastruktur und IT, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Joachim Lohkamp, Co-Initiator und Mitglied des Vorstands, Blockchain Bundesverband

Martin Würmli, Stadtschreiber der Stadt Zug in der Schweiz

Christine Siegfried, Bereichsleitung Digitalisierung, Vitako Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister

Markus Kaiser, Geschäftsführer Bundesrechenzentrum Österreich

IT-Sicherheitsstrategien in Bund, Ländern und Kommunen

Moderation und Impuls: *Dr. Astrid Schumacher,* Fachbereichsleiterin Beratung und Unterstützung, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

Marian Wendt, MdB, CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Regina Holzheuer, Sachgebiet Information und Kommunikation, Landratsamt Esslingen

Marc Schieder, CIO Dracoon

Peter Morwinski, Leiter Technologie Center / IT-Sicherheit, Bechtle

Dirk Kretzschmar, Geschäftsführer TÜV Informationstechnik

Digitale Kommune – smart, vernetzt, bürgerorientiert

Moderation und Impuls: *Dr. Stefan Ostrau,* Leitzielverantwortlicher Digitalisierung, Kreis Lippe

Norbert Weißenfels, Amtsleiter Digitale Dienste, Stadt Norderstedt

Olaf Neumann, Amtsleiter Zentrale Organisation, Ortenaukreis

Dr. Jan Fritz Rettberg, Kompetenzzentrum für interoperable Elektromobilität, Infrastruktur und Netze, Technische Universität Dortmund

Mario Riedel, Senior Sales Connected Mobility, T-Systems

Authentifizierung und Identifizierung leicht gemacht – Alternativen zum Personalausweis

Moderation und Impuls: *Prof. Dr. Andreas Engel,* IT-Leiter Stadt Köln

Prof. Dr. Peter Parycek, Leitung des Kompetenzzentrums Öffentliche IT am Fraunhofer-Institut FOKUS / Leiter Department für E-Governance an der Donau-Universität Krems

Dr. Marianne Wulff, Mitglied der Strategischen Unternehmenssteuerung, Dataport

Patrick von Braunmühl, Berliner Digital Initiative

Stefan Rauner, Prokurist, Governikus

„Digitaler Staat“, Berlin“

E-Government – Digitaler Datenschutz – Arbeit und Personal 4.0 – Digitaler Haushalt

Der *„Digitale Staat 2018“*, den der Behörden Spiegel mit Unterstützung zahlreicher Partner am 20. und 21. März im ehemaligen Premierenkino KOSMOS in Berlin veranstaltete, stieß gleich in mehrerlei Hinsicht auf eine bislang noch nicht dagewesene Resonanz: Zum einen wurde mit rund 1.400 Besuchern ein neuer Teilnehmerrekord erreicht und dieser Wert gegenüber dem Rekordjahr 2017 gar verdoppelt.

Das neue Kongressformat schaffte es zudem, dass das Thema Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung an diesen Tagen von zahlreichen Print- und TV-Medien aufgegriffen wurde und an prominenter Stelle Eingang in bundesweite Berichterstattung, nicht nur in den einschlägigen Fachmedien, sondern in den überregionalen Medien insgesamt, fand.

Der Kongress vermittelte eine neue Aufbruchstimmung zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland: Sie kann und muss zu einem Durchbruch in der Modernisierung der Verwaltung im digitalen Zeitalter führen und genutzt werden, damit Deutschland auch in seinen zukünftigen, digitalen öffentlichen Dienstleistungen für Bürger/-innen und ganz besonders für die Wirtschaft zu den Spitzenreitern in Europa und weltweit aufsteigt, der nachfolgende Link führt zur Startseite des Digitalen Staats: www.digitaler-staat.org.

Zahlreiche Projekte und Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles wurden auf dem Kongress intensiv diskutiert.

Besondere Höhepunkte und zukunftsträchtige Ideen, Lösungen und Partnerschaften wie die Vision der Arbeitsplätze 4.0 im Jahre 2030, die Start-ups mit ihren frischen Befruchtungsanstößen für die Verwaltung, die Stadtlabore und vieles mehr sind auch in der erstmals produzierten Videodokumentation nachzuvollziehen:

https://www.youtube.com/watch?v=HxKMjzwkrRg

Zur Eröffnung des Kongresses sprach **Dorothee Bär,** erste und frisch ins Amt gekommene Staatsministerin für Digitalisierung im Bundeskanzleramt vor den rund 1.400 Zuhörern. In ihrer Keynote betonte sie: „Wir müssen uns einig sein, dass wir in der digitalen Champions League spielen

www.digitaler-staat.org

Ein ehemaliges Kino diente als neuer Veranstaltungsort und bot den Teilnehmern den Charme eines Lichtspielhauses. *Fotos: Dombrowsky*

wollen“, und bezog dies auf die notwendige Beschleunigung der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Alle gemeinsam, so ihr Appell – Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft –, müssten den unbedingten Willen zur aktiven Gestaltung der Zukunft haben. Es gehe dabei nicht um Visionen, sondern um einen konkreten, ambitionierten Plan und anschließende Aktion – nach einer quasi verlorenen digitalen Legislaturperiode, in der die Digitalisierung insbesondere der Verwaltung nicht wirklich und entscheidend vorangekommen sei.

Deutschlands digitale Zukunftsvision: Die öffentliche Verwaltung ganz vorn

„Es wäre gut, wenn die Verwaltung in Zukunft an der Spitze voranmarschieren und zur digitalen Champions League zählen möchte“, so Bär weiter. Der mitunter noch zu spürende „herablassende Blick“ auf die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung müsse demnächst der Vergangenheit angehören; die Verwaltung müsse in der digitalen Kompetenz in Deutschland in Zukunft eine führende Rolle einnehmen.

> **„Es wäre gut, wenn die Verwaltung in Zukunft an der Spitze voranmarschieren und zur digitalen Champions League zählen möchte.“**
>
> Dorothee Bär

> **„Jeder soll am Ende spüren können, dass Digitalisierung nicht nur das Land voranbringt, sondern auch jedem Einzelnen etwas bringt."**
>
> Dorothee Bär

Sie forderte dazu u. a. nutzerorientierte Bürger- und Unternehmensportale und Servicekonten, die den Maßstäben und Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes gerecht werden. Wichtig sei es hier, zu zeigen, welche Gewinne an Lebensqualität eine durchgängige Nutzung von elektronischer Identifikation und einmalige Datenerhebung (Once-Only) in einer flächendeckend vernetzten Landschaft von Verwaltungsdienstleistungen bringen könnten. „Jeder soll am Ende spüren können, dass Digitalisierung nicht nur das Land voranbringt, sondern auch jedem Einzelnen etwas bringt", so Bär. „Die Bürger werden die Verwaltung in Zukunft deutlich schneller, flexibler und komfortabler erleben."

Mit Blick auf die Thematik der Künstlichen Intelligenz (KI) wies sie auch darauf hin, dass durch solche neuen digitalen Assistenz- und Unterstützungssysteme die Mitarbeiter/-innen der Verwaltung von einer Reihe von Routineabläufen und -Aufgaben entlastet werden könnten. Dies ermögliche Spielräume, sich mit anspruchsvolleren Aufgaben zu befassen und sich darauf – auch vor dem Hintergrund der Demografie – zu konzentrieren.

Den Fachkongress Digitaler Staat bezeichnete sie für das E-Government der Zukunft als wichtigen Impulsgeber und

> **„Die Bürger werden die Verwaltung in Zukunft deutlich schneller, flexibler und komfortabler erleben."**
>
> Dorothee Bär

Dorothee Bär, CSU, Staatsministerin für Digitalisierung im Bundeskanzleramt, bei ihrer Begrüßungsansprache

hob die proaktive Herangehensweise hervor, nicht mehr länger über das „Ob", sondern nur noch über das „Wie" der Digitalisierung zu diskutieren.

Staatssekretär Paul Chaffey, norwegisches Ministerium für öffentliche Verwaltung und Modernisierung in Oslo, war oberster Repräsentant das Partnerlandes Norwegen, auch begleitet und „flankiert" im Sinne eines „skandinavischen

Staatssekretär Paul Chaffey, Norwegen, als digitaler Wegweiser *Fotos: Dombrowsky*

Gesamtkonzeptes" von **Lars Frelle-Petersen,** Geschäftsführer für Digitalisierung des Dänischen Industrieverbandes.

Skandinavien als Heimat der digitalen Spitzenreiter

Wenn Vertreter aus Norwegen oder Dänemark ihre digitale Wirklichkeit berichten, wird immer wieder schnell und bisweilen „deprimierend" deutlich, dass Deutschland europaweit nicht zu den digitalen Vorreitern gehört und sich manch „digital Begeisterter" nach dortigen gesamtkonzeptionellen und nutzerorientierten, flexiblen Lösungen der öffentlichen Verwaltung sehnt.

Lars Frelle-Petersen ergänzte die Betrachtungen aus skandinavischer Sicht und näherte sich dem Thema humorvoll. "Die Wahrheit ist, Norwegen hat von uns geklaut, aber wir auch von ihnen", erläuterte er den engen Austausch zwischen den Ländern. Dänemark, so der norwegische Staatssekretär, sei da angekommen, wo wir gerne wären. Aktuell seien die Behörden in Dänemark sogar digital besser aufgestellt als viele Unternehmen, ein Kompliment aus seiner Funktion sicher mit besonderer Bedeutung für die digitale Spitzenstellung der Skandinavier im Europa- und weltweiten Vergleich.

Dänemark habe es allerdings leichter als Deutschland, weil die Dänen größeres Vertrauen in den Staat hätten, was einen großen Unterschied in der gesellschaftlichen und politischen Kultur darstelle. Er pointierte es: "Die Menschen erwarten sogar, dass der Staat ihre Daten besitzt und diese sinnvoll nutzt. Wir wissen viel über unsere Bürger." Ein Beispiel

> **„Das Wichtigste ist die Identifikation und Authentifikation der Menschen. Die Technik dahinter muss stabil, sicher und bedienungsfreundlich sein."**
>
> Tor Alvik

hierfür sei die Steuererklärung, 85 Prozent der dänischen Bürger brauchten für eben diese nur fünf bis zehn Minuten, weil die Steuererklärung automatisch aus den vorhandenen Daten generiert werde. In einem bestimmten Zeitraum im Jahr werde deshalb die Erklärung einsehbar gemacht, damit die Bürger diese nachrechnen und nachvollziehen könnten, sie müssten sie aber nicht mehr selbst erstellen.

Das Vertrauen der Menschen in Norwegen und Dänemark in ihre Verwaltung

Norwegen, so **Tor Alvik,** Head of Department der Agency for Public Management and E-Government, Oslo, sei im Vergleich zu Dänemark Deutschland ähnlicher. Norwegen habe – anders als Dänemark, das seinen Bürgern die digitalen Kommunikationskanäle vorgeschrieben habe –, den Bürgern die Wahl gelassen, ob sie digital oder analog den Service und die Dienstleistungen des Staates in Anspruch nehmen möchten. Aber zuvor habe auch gegolten, dass der norwegische Staat sich das Vertrauen der Bürger im digitalen Zeitalter neu aufbauen musste. Es habe in der Digitalisierungsstrategie in Norwegen durchaus eine Reihe von Problemen in der Anfangszeit gegeben, die das Vertrauen zu den digitalen Services zunächst untergraben hätten.

Die Lehren daraus ließen sich aus norwegischer Sicht wie folgt formulieren: nicht zu groß starten und auf Qualität und Benutzerfreundlichkeit fokussieren. Es brauche nicht von heute auf morgen eine breite Angebotspalette, sondern einen schrittweise Ausbau. "Das Wichtigste ist die Identifikation und Authentifikation der Menschen. Die Technik dahinter muss stabil, sicher und bedienungsfreundlich sein", so Alvik. Hierfür sei der Schlüsselfaktor die eID. Diese habe der Norwegischen Staat keinesfalls selbst (neu) erfunden. "Wir nutzen das Bank-ID-Verfahren, da es bereits geprüft und sicher war", so der Head of Department. Ein Ansatz, den Norwegen konsequent verfolgt, denn auch Staatssekretär Chaffey merkte an: "Wieso sollte die Regierung eine Lösung erarbeiten, wenn diese bereits sehr gut im privaten Sektor existiert und funktioniert? Damit sparen wir auch Steuergelder." Ein Gedanke vielleicht auch für Deutschland?

Norwegen: Bewährte und vorhandene private Lösungen nutzen

Auch Norwegen habe im Zuge der digitalen Transformation viel dazugelernt und befand sich auch teilweise auf Wegen, die nicht konsequent fortgesetzt werden konnten. Deutschland könne – so die skandinavischen Vertreter auf dem Kongress – nicht nur von ihren Best-Practice-Beispielen, sondern auch aus ihren Fehlern lernen. Dafür wiederum solle Deutschland lernen, nicht nur über Digitalisierung zu diskutieren, sondern sie konkret und nachhaltig umzusetzen.

> **„Die Menschen in Dänemark erwarten sogar, dass der Staat ihre Daten besitzt und diese sinnvoll nutzt. Wir wissen viel über unsere Bürger."**
>
> Lars Frelle-Petersen

Lars Frelle-Petersen, Geschäftsführer für Digitalisierung des dänischen Industrieverbandes *Foto: Dombrowsky*

Jürgen Fritsche, Geschäftsleitung Brancheneinheit Public Sector, msg, und **Christian R. Maierhofer,** General Director A/V Software Solutions 360°, Bechtle, nahmen die Thematik um innovative Organisationen und zukunftsstarke Architekturen in den Fokus.

„Technik als solche ist nicht innovativ. Technik ist nicht die Innovation, die wir brauchen." So Jürgen Fritsche, es gehe beim digitalen Wandel um mehr, als nur um die Frage nach der richtigen Technik. Die OECD definiere beispielsweise vier Typen von Innovation: die Produkt-, die Prozess-, die Marketing- und die Organisationsinnovation. Da sei nirgends von Technik die Rede, so Fritsche. Bei Innovationen gehe es hauptsächlich um Produkte und Services. Der größte Hebel für Innovationen innerhalb der Verwaltung seien nach seiner Überzeugung die Prozess- und Organisationsinnovationen, die tief in der Aufbau- und Ablauforganisation der Verwaltungen adressiert werden müssten.

Digitalisierung: Der Mensch selbst ist das „dicke Brett“, nicht die IT

Der wahre Kern der Innovation liege im Wandel des Menschen, das sei das „wirklich dicke Brett“, das es zu bohren gelte. Die Diskussion über die Technik sei da einfacher zu führen, allerdings solle man stattdessen mehr über den Wandel, die Innovationen für die Menschen, über den notwendigen Kulturwandel diskutieren. Seine Forderung: Jede staatliche und jede kommunale Einheit müsse ihre eigene politische und administrative Digitalisierungsstrategie definieren und aufsetzen.

Ohne moderne und neue Architekturen sei die Transformation der öffentlichen Verwaltung hin zur Digitalisierung nicht möglich. Davon zeigte sich Christian R. Maierhofer überzeugt. Außerdem betonte er insbesondere, dass das bloße Aneinanderreihen neuer Technologien keinen wirklichen Mehrwert zur Folge habe. Zentrales und unverzichtbares Fundament der Transformation sei eben die digitale Architektur der Zukunft, die sich z. B. als Cloud-Komponenten über die heutigen serviceorientierten Architekturen zu einer Vielzahl von Micro-Services weiterentwickeln würden.

Nur so sei es möglich, den „gordischen Knoten“, der innerhalb der Verwaltung und ihrer Informationstechnologie existiere und aus mehreren verschiedenen Elementen bestehe, zu zerschlagen, auch um so die alte und neue Welt zusammenzubringen. Zu den Elementen des gordischen Knotens zählte er unter anderem das Personal, die genutzte Informationstechnologie, die interbehördliche Kollaboration sowie die Legislative und die Bürger selbst. Und was nicht vergessen werden dürfe: die Benutzerfreundlichkeit von Software.

Jürgen Fritsche, Geschäftsleitung Public Sector bei msg, und Christian R. Maierhofer, General Director bei Bechtle *Fotos: Dombrowsky*

Die neuen Herausforderungen nach Verabschiedung des Onlinezugangsgesetzes im August 2017 waren zentrales Thema in der anschließenden, hochrangig besetzten Podiumsdiskussion unter Moderation von **Mattias Kammer,** Vorsitzender Nationales E-Government Kompetenzzentrum. Der kommende Portalverbund und die unter dem Rubrum „Once-Only“ anstehende Registerbereinigung im föderalen Staat standen dabei im Vordergrund.

Das OZG als Herkulesaufgabe

Als eine “Herkulesaufgabe” bezeichnete **Prof. Jörn von Lucke,** Direktor des Lehrstuhls für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformation an der Zeppelin-Universität Friedrichshafen, die Verpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen, bis Ende 2022 ihre Verwaltungsdienstleistungen auch elektronisch anzubieten. Diese Pflicht ergebe sich aus dem Online-zugangsgesetz (OZG). Dabei sieht er die Gefahr, dass bis zu diesem Zieldatum nur ein “Flickenteppich” entstehe.

„Jede staatliche und jede kommunale Einheit muss ihre eigene politische und administrative Digitalisierungsstrategie definieren und aufsetzen.“ Christian R. Maierhofer

Diskussionspanel zum Thema Once-Only (v.l.n.r.): Dorothea Störr-Ritter, Klaus Vitt, Matthias Kammer (Moderator), Mathias Oberndörfer, Prof. Dr. Jörn von Lucke

Beigeordnete Dr. Ariane Berger, Deutscher Landkreistag, Berlin *Fotos: Dombrowsky*

Ungeachtet dessen sollte der Ansatz des Bürgertelefons 115 mittelfristig in den Portalverbund integriert werden. Notwendig seien unter anderem eine Übersicht über alle deutschen Gebietskörperschaften sowie ein Verzeichnis über jegliche Verwaltungsdienstleistungen.

Dazu **Beate Lohmann,** Abteilungsleiterin im BMI: "Wir müssen die Mehrwerte der Digitalisierung gemeinsam heben." Denn: Ohne Digitalisierung gehe es in der öffentlichen Verwaltung nicht mehr. Der Anpassungsdruck sei riesig. Es gehe ein "kleines Erdbeben durch die Verwaltung", berichtete sie. Schließlich werde jeder Arbeitsplatz von der Digitalisierung betroffen sein, wenn auch in unterschiedlichem Maße.

"Wir werden lernen müssen, lebenslang zu lernen." Der Chief Digital Officer (CDO) Hamburgs, **Christian Pfromm,** gab zu bedenken, dass die Digitalisierung ein Transformationsprozess sei. Dementsprechend führe die verstärkte Bereitstellung von Online-Dienstleistungen auch dazu, dass interne Verwaltungsabläufe und -Prozesse verändert werden müssten.

Digitalisierung als anspruchsvollen Transformationsprozess begreifen

Klaus Vitt, Staatssekretär im Bundesinnenministerium (BMI) und Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik, wiederum kündigte an, dass der Portalverbund ab Oktober dieses Jahres schrittweise aufgebaut werden solle. In diesem Zusammenhang verlangte **Mathias Oberndörfer,** Bereichsvorstand für den öffentlichen Sektor bei KPMG, aber: "Wir brauchen digitale Anwendungen." Und er forderte, die Verwaltung bei der Digitalisierung mitzunehmen. Das müsse gelingen, auch wenn es sich um eine Mammutaufgabe handele.

Ramona Schumann, Bürgermeisterin der niedersächsischen Stadt Pattensen, erklärte, dass im gesamten Digitalisierungsprozess der Wunsch zahlreicher Bürger nach Nähe zur Verwaltung nicht unterschätzt werden dürfe. Sie wies auch ausdrücklich darauf hin, dass die Bedürfnisse der Bürger vor Ort nicht immer wirklich bekannt und ausreichend gewürdigt seien.

Dorothea Störr-Ritter, Landrätin im Landkreis Breisgau Hochschwarzwald und Mitglied im Nationalen Normenkontrollrat, postulierte eine weiter gehende Forderung: Sie verlangte einen Digitalisierungspakt, in dem sich Bund, Länder und Kommunen auf Augenhöhe wiederfinden. Noch besser ist nach ihrer Überzeugung ein Staatsvertrag! Was es bei der Digitalisierung der Verwaltung hierzulande keineswegs (wieder) geben dürfe, seien weitere Insellösungen, wie sie aus der Vergangenheit leidlich bekannt seien.

Überzeugt zeigte sie sich zudem, dass die Umsetzung des Portalverbundes nicht ohne zusätzliche finanzielle Mittel möglich sein werde. Darüber hinaus bemängelte die

Prof. Dr. Lousia Specht, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, zu Risiken im Plattformbetrieb

Landrätin im Hinblick auf die öffentliche Verwaltung, dass es momentan noch stark darum gehe, das bisherige analoge Leben digital zu machen, was aber keine Zukunftslösung im digitalen Zeitalter sei. Auch kritisierte sie, dass es keine bundesweit einheitliche Lösung zur E-Akte gebe.

DSGVO ante Portas

Die Folgen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) waren ein zentrales Gesprächsthema im Fachprogramm

> **„Was es bei der Digitalisierung der Verwaltung hierzulande keineswegs (wieder) geben darf, sind weitere Insellösungen, wie sie aus der Vergangenheit leidlich bekannt sind."** Dorothea Störr-Ritter

> **„Die öffentliche Hand ist im Großen und Ganzen überhaupt nicht gut vorbereitet und ich befürchte, dass Bayern im Bundesvergleich noch weit vorne steht."**
> Prof. Thomas Petri

"Digitaler Datenschutz", das der Behörden Spiegel in Kooperation mit der *Initiative D21* im Rahmen des Kongresses Digitaler Staat veranstaltete. Trotz der insgesamt zweijährigen Übergangsfrist bis zur Geltung am 25. Mai hätten bisher noch längst nicht alle öffentlichen Stellen alle Anpassungen vorgenommen.

So sei davon auszugehen, dass Prozesse zur Erfüllung von Auskunftspflichten gegenüber Betroffenen in vielen Landkreisen erst in den nächsten Monaten etabliert würden, berichtete **Dr. Ariane Berger,** Referentin für E-Government und Verwaltungsmodernisierung beim Deutschen Landkreistag. Noch ernüchternder fiel die Einschätzung des Bayerischen Datenschutzbeauftragten **Prof. Thomas Petri** aus. "Die öffentliche Hand ist im Großen und Ganzen überhaupt nicht gut vorbereitet." Einzelne Behörden seien schon gut aufgestellt, fasste Petri seine Wahrnehmung aus Prüftätigkeiten zusammen, andere hätten dagegen noch nicht einmal angefangen, Änderungsprozesse in Gang zu setzen. "Und ich befürchte, dass Bayern im Bundesvergleich noch weit vorne steht."

Die Datenschutzthematik infolge der DSVGO, besonders im verfassten traditionellen bundesdeutschen, föderalen Datenschutz mit seinen Konsequenzen und Auswirkungen auf die eher „gegenläufigen" Interessenlagen und die konsequente Digitalisierung öffentlicher, nutzerorientierter Services (Once Only, Servicekonten pp.) wird ein zentrales Diskussionsfeld der Zukunft bleiben.

In ihrem nachdenklich stimmenden Beitrag zu digitalen Plattformen im Spannungsfeld von Effizienz und Datenschutz zählte **Prof. Dr. Louisa Specht** die vielseitigen Bezüge und vor allem die relevanten Risiken aus den Aspekten des Deutschen Datenschutzes auf, die von Plattformbetreibern stringent zu beachten seien, wollte man nicht unnötige rechtliche Risiken mit z. T. gravierenden Folgen und Haftungskonsequenzen eingehen.

Oberbürgermeister der Städte Ulm, Kiel und Darmstadt und der Landrat von Cochem-Zell zur Digitalisierung in Kommunen *Fotos: Dombrowsky*

Digitale Plattformen: Betreiberrisiken berücksichtigen

Der in Deutschland verfasste Datenschutz mache eine Datenerhebung nur dann möglich, wenn sie gesetzlich ausdrücklich vorgesehen und erlaubt sei, ansonsten nur mit Genehmigung des Betroffenen. Letzteres habe hohe Anforderungen an Aufklärung und Genehmigungseinholung gegenüber Betroffenen zur Folge, vergleichbares gelte für Plattformbetreiber, die Bewertungen pp. erlaubten. In diesen Fällen obliege den privaten und öffentlichen Betreibern eine „Bewertungshaftung", die ein u. U. umfangreiches und rechtlich forderndes Tätigwerden notwendig mache, soweit dazu Hinweise beim Betreiber eingingen.

Sie riet in ihrem Vortrag Kommunen davon ab, auf eigenen Plattformen solche Bewertungen aufzunehmen, erst recht, wenn mit der Datenschutzgrundverordnung ab Mai 2018 noch weiter gehende Regeln und Betreiberpflichten entstünden.

Die Digitalisierung als neuer „gesamturbaner Prozess" mit seinen großen Herausforderungen und Chancen wie Risiken war ein zentraler Baustein des Digitalen Staats 2018 im Hauptprogramm und diversen Fachforen.

Über die Digitalisierung ihrer Stadt, ihres Landkreises diskutierten unter Leitung von **Guido Kahlen,** Stadtdirektor der Stadt Köln a. D., die Oberbürgermeister **Gunter Czisch,** Ulm, **Jochen Partsch,** Darmstadt, **Dr. Ulf Kämpfer,** Kiel, sowie Landrat **Manfred Schnur,** Landkreis Cochem-Zell.

Das aktuelle OB-Barometer zeige, so Kahlen, dass das Thema der Digitalisierung aktuell an Bedeutung gewinne, das große Interesse am Kongress zeige und beweise dies ausdrücklich.

„StadtLabore" als neue Gestaltungsräume

StadtLabore, verbunden mit einem Beteiligungsprozess als Instrument zur Stadtent-

Oracle Government 360

ORACLE Cloud

Eine Strategie für die kontinuierliche Modernisierung der öffentlichen Verwaltung

Die öffentliche Verwaltung und das Gesundheitswesen sind für Oracle seit seiner Gründung äußerst wichtige Kundensegmente. Weltweit vertrauen unsere Kunden auf Oracle-Technologien und -Lösungen und erwarten von uns, dass wir ihnen immer wieder neue Mittel zur Verfügung stellen, um ihre IT Systeme und Anwendungen auf dem Stand der Technik zu halten und gleichzeitig Innovationen zu ermöglichen.

Wir haben unsere Ansätze dazu in der Strategie „Oracle Government 360" zusammengefasst. Als Konzept beinhaltet es eine moderne, flexible Infrastruktur und umfassende Automatisierung und Mobilität. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung und aller damit verbundenen Chancen und Risiken ist es unumgänglich, zur Sicherung der Handlungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung und des Gesundheitswesens ihre Strukturen und Prozesse den aktuellen Anforderungen der Gesellschaft und der Wirtschaft anzupassen.

Neue Technologien, welche mit der Digitalisierung zur Verfügung stehen, eröffnen neue Möglichkeiten für die Verwaltungen, sich ständig zu erneuern und zu verbessern. Oracle setzt sich vor allem auch damit auseinander, wie mithilfe der Informationstechnik die Resilienz und Autonomie der öffentlichen Verwaltung sichergestellt werden kann.

Mit Oracle Government 360 werden die Anforderungen an die Modernisierung gesamtheitlich aus einer 360°-Perspektive betrachtet.

Eine moderne Infrastruktur, die in die Cloud mündet
Cloud versetzt die Verwaltungen in die Lage, effizienter und agiler zu werden und Ressourcen für Innovationen freizumachen. Auch wenn die Sicherheitsbedenken oftmals nur kleine Schritte in die Cloud zulassen: Oracle bietet organisationsübergreifende Sicherheitsfunktionalitäten. Zunehmend stellen wir hier autonome Services zur Verfügung. Die Autonomous-Eigenschaften bringen unmittelbare und deutliche Vorteile für alle Services in den vier Segmenten, insbesondere bei Datenbank- und Data-Warehouse-Anwendungen. Diese Technologie setzt darauf, vor allem Routine-Prozesse nach zuvor definierten Regeln automatisch ausführen zu lassen. Menschliches Eingreifen wird auf ein Minimum reduziert und nur bei Non-Standard-Situationen erforderlich.

Automatisiertes und mobiles Backoffice zur Unterstützung aller Verwaltungstätigkeiten.

Analytics, Künstliche Intelligenz, Maschinelles Lernen und andere Technologien zur Bearbeitung großer Datenmengen und Analysen mithilfe von Data Mining und Predictive Analytics.

Smarte Lösungen für ein Connected Government: Die Automation der Verwaltungsprozesse wird mithilfe von innovativen Services wie Chatbots, Blockchain oder digitalen Assistenten gefördert. Digitale Assistenten in Verbindung mit Maschinellem Lernen und Künstlicher Intelligenz helfen, komplexe IT-Aufgaben deutlich einfacher, schneller und präziser auszuführen.

Grafik: Oracle

Mit der Strategie Oracle Government 360 und den von Oracle angebotenen Produkten und Services stellen wir der öffentlichen Verwaltung Technologien, Lösungen und Services zur Verfügung, um sie Schritt für Schritt und angepasst an die individuelle Situation bei der Modernisierung zu begleiten.

Besonders wichtig ist uns dabei der Schutz der Investitionen in Oracle-basierte Anwendungen und Technologien. Oracle steht seit Beginn für die Kontinuität in seiner gesamten Plattform. Die von unseren Kunden bisher getätigten Investitionen liefern auch nach vielen Jahren noch lauffähige Programme und können bei der anstehenden Modernisierung weiter genutzt werden. Dies gilt auch auf dem Weg in die Cloud. Damit helfen wir unseren Kunden, mit den Herausforderungen der Digitalisierung und den Disruptionen in Wirtschaft und Gesellschaft leichter umzugehen. Die öffentliche Verwaltung und das Gesundheitswesen bekommen Hilfestellung, um ihre Handlungsfähigkeit zu erhalten und die Zukunftsfähigkeit zu verbessern.

Kontakt: Magdalene Kahlert, magdalene.kahlert@oracle.com

Der frühe Nachweis, dass Industrie 4.0 ohne eine Verwaltung 4.0 auf Augenhöhe und mit vergleichbar ambitionierten Zielen am Standort Deutschland nicht wirklich gelingt! Mehr: http://www.ivmhoch2.de/Verwaltung40.html

Grafik: BS, Archiv

wicklung im Ökosystem Stadt, hob der Oberbürgermeister von Darmstadt, **Jochen Partsch,** im Besonderen hervor. Darmstadt als Wissenschaftsstadt und “digitales Ökosystem” stehe vor der Frage, wie die Kaufkraft in der Stadt gehalten werden könne. Hierfür sei die Erforschung digitaler Mobilitätsketten u. a. durch intelligente Verkehrsführungen notwendig. Damit verbunden seien Fragen der Cyber-Sicherheit und des Datenschutzes, die bei jeder Strategie mitgedacht werden müssten. Darmstadt werde gemeinsam mit dem Land Hessen das Servicekonto bereitstellen; es soll auch für andere Kommunen nutzbar werden.

“Kommunen müssen einen Spagat machen”, beschrieb **Dr. Stefan Ostrau,** Leitzielverantwortlicher für Digitalisierung im Kreis Lippe, die aktuelle Situation einer fehlenden Gesamtstrategie und eines “Förderdschungels”. Das Themenspektrum, in dem sich praktische Herausforderungen zeigten, umfasse Bereiche wie digitales Planen und Bauen, digitalen Tourismus, digitale Gesundheit, digitale Umwelt und Energie sowie digitale Mobilität.

“Digitalisierung ist kein Strohfeuer”, betonte der Oberbürgermeister der Stadt Kiel, **Dr. Ulf Kämpfer.** Den Blick auf Partnerstädte oder andere Länder, die schon weiter seien, empfiehlt er deutschen Kommunen als leuchtendes Beispiel und als ermutigend. Er plädierte für einen “reflektiert optimistischen Zugriff auf Digitalisierung”.

„Das StadtLabor basiert auf Methoden, die eine individuelle Anpassung an die jeweilige Problemstellung in der Kommune ermöglichen sollen. So werden Digitalisierungsvorhaben erlebbar gemacht.“

Adrian Gelep

Digitalisierung: Emotionalisierung und neue Ideen entwickeln

Einen solchen forderte auch der Oberbürgermeister der Stadt Ulm, **Gunter Czisch.** Er betonte, dass Digitalisierung bedeute, auch neue Wege zu gehen und teilweise Kontrollverluste auszuhalten. Städte müssten einen authentischen Weg finden, das digitale Mammutprojekt umzusetzen, das aber bisher zu sehr (nur) von IT getrieben sei. “Wir müssen das Thema Digitalisierung stärker emotionalisieren”, postulierte er. Ein Projekt, das in Ulm in diese Richtung weise, sei der 3D-Flugsimulator “Birdly”. Das Programm ermögliche eine digitale Animation und die Zeitreise durch die Stadt Ulm im Jahr 1890. Mit einer 3D-Brille könne der Nutzer einen virtuellen Rundflug durch die Stadt erleben.

Die IT-Entwicklung in Baden-Württemberg mit der aktuell anstehenden Fusion der dortigen Datenzentralen hob er als besonderes, positives Beispiel zur Gewinnung neuer kommunaler, digitaler Potenziale hervor. Sein Appell an die vielen kommunalen Stadtwerke: Nicht nur Glasfaser in den Boden legen, sondern intelligente Dienste für Bürger und Unternehmen in der eigenen Stadt entwickeln und anbieten.

Leuchttürme im ländlichen Bereich

Der Landrat des Landkreises Cochem-Zell, **Manfred Schnur,** deutete indes auf die Digitalisierung als Problemlöser in

> **„Bei Amazon sieht das alles so einfach aus. Und dann fragen sich die Leute natürlich schnell, warum das nicht auch bei Behörden so geht."**
>
> Dr. Thomas Meyer

puncto Daseinsvorsorge hin. Gerade für den ländlichen Raum bedeute dies die Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe. "Der ländliche Raum hat die Wichtigkeit der Digitalisierung für das Überleben erkannt." Er verwies zudem auf den flächendeckenden Glasfaserausbau, den der Landkreis im Wissen darum selbst und proaktiv vorangetrieben habe. Dass dort in den 100 Ortschaften und ihren Ortsteilen damit eine Grundinfrastruktur geschaffen worden sei, die es auch den mittelständischen Unternehmen erlaube, wettbewerbsfähig zu bleiben, sei ein besonderes Kennzeichen. Er wies darauf hin, dass bereits 2015 88 Prozent des Landkreises mit einer Bandbreite von 30 Mbit in „Eigenregie" hätten versorgt werden können.

Zur Umsetzung der kommunalen Digitalisierungsvorhaben hat die PricewaterhouseCoopers GmbH (PwC) ein Methodenlabor konzipiert – das "StadtLabor". Es basiert auf Methoden, die eine individuelle Anpassung an die jeweilige Problemstellung in der Kommune ermöglichen sollen. "So werden Digitalisierungsvorhaben erlebbar", erläuterte **Adrian Gelep,** PwCDeutschland. Um zukünftigen Herausforderungen innovativ begegnen zu können, liege dem StadtLabor die Methode des Design-Thinking-Prozesses zugrunde.

Digitale Dienste emotional erlebbar machen, Bürger abholen

Um ihre Dienstleistungen attraktiv für den Bürger zu gestalten, sollte die öffentliche Verwaltung die Gestaltung des digitalen Behördengangs an erlebnisorientierten Angeboten im digitalen Raum orientieren. Das ist das Ergebnis einer Studie, die von Adobe in Auftrag gegeben wurde und deren Inhalte auf dem Kongress erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

Für **Dr. Thomas Meyer,** Director Business Management bei Adobe Central Europe, haben Vorbilder wie Amazon, die als One-Stop-Shop viele Dienstleistungen unter einem Dach mit einem positiven Erlebnis verbinden, eine riesige Anspruchshaltung im Bereich der Consumer Experience bei Konsumenten aufgebaut: "Bei Amazon sieht das alles so einfach aus. Und dann fragen sich die Leute natürlich schnell, warum das nicht auch bei Behörden so geht."

Die Vorstellung des neuen Netzwerks „NExT"

Um einen effizienten Austausch bei der Konzeption von Maßnahmen zur digitalen Transformation in der Verwaltung zu schaffen, hat sich Anfang des Jahres das behördenübergreifende Netzwerk NExT gegründet, das sich auf dem Digitalen Staat erstmals der Öffentlichkeit präsentierte. Seine Arbeit verteilt sich auf sechs "Werkstätten".

So gibt es unter anderem Arbeitsgruppen zu Themen wie "Digitale Projekte", in denen beispielsweise Projekte zur Digitalisierung von Unterstützungsprozessen untersucht werden, mit dem Ziel, sie ggf. in mehreren Behörden auf gleiche Weise durchführen zu können. Im Themenbereich "Neue Technologien" soll eine Agenda von themenspezifischen Experten-Communities erstellt werden mit dem Ziel, Best-Practice-Lösungen und Proof-of-Concept-Portfolios zu entwickeln. Und im Feld "Organisation und Arbeitsweise" soll die interne und externe Kommunikation koordiniert

Behörden Spiegel-Herausgeber R. Uwe Proll bei der Präsentation des neuen Netzwerks „NExT" *Foto: Dombrowsky*

Dienstleister für Ihre Digitalisierungsvorhaben

Materna ist einer der führenden deutschen IT-Dienstleister mit fast 40 Jahren Erfahrung im Bereich Systemintegration und modernen IT-Lösungen für die öffentliche Verwaltung.

Bereit für die digitale Transformation in Ihrer Behörde?

www.materna.de/ps

werden. Die Teilnehmer des Netzwerkes sehen sich dabei als Macher, die abseits der aktuellen Politik etwas bewegen wollen, wie **Dr. Markus Richter** vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erklärte.

In Zukunft will sich das NExTPanel mindestens zweimal im Jahr treffen, um sich über aktuelle Projekte auszutauschen. Dabei wollen die Experten zunächst im behördlichen Kreis bleiben, zielgerichtet aber auch externe Akteure einbeziehen. Der Behörden Spiegel als Medienpartner wird zukünftig regelmäßig über die Aktivitäten des Netzwerks NExT berichten.

Siegertrophäe des Start-up-Pitchs

Fotos: Dombrowsky

Premiere: Start-up-Pitch mit digitalen Ideen für die Verwaltung 4.0

Eine Premiere auf dem Digitalen Staat 2018 stellte der Austausch von und mit jungen innovativen Unternehmern und der öffentlichen Verwaltung dar, mit dem Ziel, mit oftmals unkonventionellen Ideen von Start-ups der Verwaltung neue, bisweilen ungewohnte und durchaus innovative Wege aufzuzeigen.

Auf dem Digitalen Staat 2018 waren daher erstmals auch Start-ups mit von der Partie, um der Behördenwelt ihre (bisweilen von langen „bürokratischen" Traditionen und Erfahrungen unbelasteten) Ideen und Lösungen rund um die Verwaltungsmodernisierung und -Digitalisierung vorzuführen. Als besondere Präsentationsfläche bot sich den jungen Unternehmen dazu der Start-up-Pitch.

Dabei durfte jedes zur Teilnahme berechtigte Start-up einen Vertreter auf eine Bühne schicken, der sein Produkt für die Kongressteilnehmer aus dem Öffentlichen Dienst vorstellen und erklären konnte. Der Pitch fungierte als Brücke zwischen der oft traditionell und bewahrend eingestellten Verwaltung und den disruptiv ausgerichteten Jungunternehmen.

Ein Beispiel für die im Pitch vorgestellten Möglichkeiten der digitalen Verwaltung war ein selbsternannter Online-Marktplatz für Kommunalfinanzierungen. Auf dem Portal mit dem Namen "Commnex" können sich Kommunen kostenfrei registrieren und Ausschreibungen einstellen, um Bankkredite deutschlandweit transparent vergleichen zu können. Die Plattform sieht sich dabei als Schnittstelle zwischen Kommune und Bank, die die Ausschreibung an die Finanzinstitute weiterleitet und interessierte Banken mit der ausschreibenden Stadt oder Gemeinde verbindet.

Der Tag 2 des „Digitalen Staats 2018"

Der 2. Kongresstag begann mit einer vielbeachteten Keynote von **Dr. Johannes Ludewig,** Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrates, Berlin. Mit seinem Thema: *„Den digitalen Staat bewusst gestalten – Rechts- und Verwaltungsvereinfachung als Grundbedingung einer erfolgreichen Digitalisierung"* wies er zunächst auf die Defizite der vergangenen Legislaturperiode hin, in der in Sachen Digitalisierung nichts Entscheidendes erreicht wurde – außer der Verabschiedung des OZG im August 2017, also kurz vor Ende der Wahlperiode. Im aktuellen Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sei aber der Begriff „Digitalisierung" ca. 90 Mal enthalten, was zur Hoffnung berechtige, dass in der nun anstehenden Legislaturperiode des Bundestages Versäumtes nachgeholt und Notwendiges für die Zukunft angegangen werde.

Die neue Aufwertung der Digitalisierung im Gesamtstaat, in ihrer Führung nun angesiedelt im Bundeskanzleramt, nannte er eine „erfolgversprechende Struktur", ebenso wie die zu errichtende Digitalagentur und die Bereitstellung von 500 Mio. Euro zum weiteren Ausbau digitaler Infrastruktur.

Zur Registerbereinigung – vom NKR initiativ angestoßen – wünschte er sich einen Bund-Länder-Kommunalpakt, um das Thema und Ziel „Once-Only" auch mit Blick auf die zu klärenden Datenschutzfragen koordiniert und gemeinsam anzugehen. Mit der im letzten Jahr vertagten gesetzlichen Vereinfachung der Datenweitergabe – für das Ziel „Once-Only" von zentraler Bedeutung – habe man leider ein ganzes Jahr für notwendige Lösungen im Sinne von Bürgern/-innen und Unternehmen verloren.

Angesichts der bislang ernüchternden Ergebnisse im

Dr. Johannes Ludewig, Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrates, bei seinem eindrucksvollen Appell für die Umsetzung des „Once-Only-Prinzips"

Podiumsdiskussion zu vollautomatischen Verwaltungsprozessen in der Zukunft *Foto: Dombrowsky*

„Die Customer Experience als Pflichtaufgabe sollten wir zunächst ordentlich erfüllen und die Vollautomatisierung ist dann die Kür." Roland Jabkowski

Normenscreening mit Blick auf die Vorgabe und den Abbau von Schrifterfordernissen im digitalen Zeitalter forderte er die *Umkehr der Beweislast.*

Ohne Beweislastumkehr kein wirklicher Schriftformabbau

Die Regel im digitalen Zeitalter müsse ein Verfahrensrecht – nach Möglichkeit standardisiert – ohne Schriftformerfordernis sein, nur im Ausnahmefalle solle dies noch vorgesehen werden. Eine nochmalige systematische Normenüberprüfung müsse dies als Voraussetzung festlegen und in der Konsequenz ein vollständiges Außerkrafttreten der Schrifterfordernisse mit einem Zeithorizont statuieren. Nur im Ausnahmefalle wäre sodann ein Schriftformerfordernis neu zu begründen und ggf. zu implementieren.

Grundsätzlich unterstützte er die Forderung des Landkreistages nach Einführung eines *„E-Gov-TÜV"* für die Ministerialebene als Leitfaden für die Erstellung von Gesetzentwürfen, die die Ressorts in die Lage versetzen sollte, sie zukünftig von Anfang an zur späteren digitalen Umsetzung zu konzipieren.

Auf die in der EU und auch in Großbritannien gepflegte gesetzgeberische Art, neue, ausformulierte Gesetzentwürfe erst dann zu produzieren, wenn es zuvor auf der Basis von Eckpunktepapieren ausreichend Gelegenheit gegeben habe, zu diskutieren und unterschiedliche Aspekte offen und frühzeitig einzubringen, wies er als positives Beispiel auch für den deutschen Gesetzgebungsprozess besonders hin.

Über vollautomatisierte Prozesse der Verwaltung, zum vollautomatisierten Verwaltungsakt der Zukunft diskutierten **Roland Jabkowki,** Co-CIO des Landes Hessen, **Dr. Martin Deeg,** IT-Systemhaus der Bundesagentur für Arbeit, **Dr. Matthias Flügge,** Fraunhofer FOKUS als Moderator, **Dr. Markus Richter,** Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, **Dr. Kay Ruge,** Deutscher Landkreistag und **Thomas Langkabel,** Microsoft.

Dr. Martin Deeg, Leiter des IT-Systemhauses bei der Bundesagentur für Arbeit (BA), plädierte für eine Einplanung von automatisierten Prozessen schon bei der Konzeption von Verwaltungsdiensten. Der Fokus solcher Konzepte müsse dabei auf der Kundenperspektive liegen; der Kunde wolle die Dienstleistungen sofort, jederzeit und überall nutzen können. Als Basis für solche Dienste sieht er ein auf Medienbruchfreiheit und Ende-zu-Ende ausgelegtes Prozesssystem.

Roland Jabkowski erweiterte die definierten Grundlagen um die Einführung des jetzt diskutierten Once-Only-Prinzips: „Die Customer Experience als Pflichtaufgabe sollten wir zunächst ordentlich erfüllen und die Vollautomatisierung ist dann die Kür", so der Hessische Co-Cio. In Hessen sei für die Implementierung dieser Basisprinzipien das Projekt der *„digitalen Modellbehörde"* ins Leben gerufen worden, um Grundlagen für die digitale Verwaltungsarbeit zu entwickeln. Als grundsätzliches Ziel forderte er eine Implementierung von Künstlicher Intelligenz (KI) und Automatisierung, wo immer es möglich sei.

Er verwies dazu auch auf den antragslosen automatischen Kindergeldprozess in seiner österreichischen Heimat, in der solche, vollständig elektronisch ablaufenden, Verfahren Lebenslage-bezogen absolut üblich und akzeptiert seien.

„Auch wenn durch neue Techniken und Prozesse Fehler passieren; sie sind schließlich auch dazu da, sie zu beheben und aus ihnen für die Zukunft zu lernen." Dr. Markus Richter

Die vertrauens-
würdige E-Akte
mit TR-Resiscan
und TR-ESOR
CEYONIQ
Technology
A KYOCERA GROUP COMPANY
Digitalisierung anpacken!
E-Akte und E-Akte-Basisdienst für Bund, Länder und Kommunen.
ceyoniq.com/government | government@ceyoniq.com
+ 49 521 9318 1000

Mehr Mut zur Veränderung und Fehler sind zum Lernen da

Dr. Markus Richter, Abteilungsleiter für Infrastruktur und IT beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), sprach sich in der Diskussion vor allem dafür aus, mutiger zu werden, "auch wenn durch neue Techniken und Prozesse Fehler passieren; sie sind schließlich auch dazu da, sie zu beheben und aus ihnen für die Zukunft zu lernen." Gleichzeitig forderte er aber auch systematische Schulungen, weil die Sachbearbeiterebene sich nicht nur auf automatische Systeme verlassen dürfe, denn die Verantwortung verbleibe schließlich beim Menschen. Bei Fragen mit Ermessensspielraum sehe der gültige Rechtsrahmen ohnehin keinen Einsatz automatisierter Systeme vor. Den dafür notwendigen, aktiv zu gestaltenden und zu führenden Change-Prozess in den Verwaltungen mahnte er ausdrücklich an, ebenso wie die notwendige Algorithmen-Transparenz, auch die notwendige Diskussion zu Missbrauchsgefahren, damit das notwendige Vertrauen der Nutzer erreicht und sichergestellt werden könne.

„Wenn man den Bot in einer App nutzt, könnte er ja beispielsweise per Push-Nachricht auch daran erinnern, wenn die Verlängerung von Reisepass oder Personalausweis ansteht." Sören Müller

Dr. Christian Knebel, Geschäftsführer publicplan, und Johannes Rosenboom, Vice President Business Development and Marketing bei Materna, zum Thema GovBots

Foto: Dombrowsky

Künstliche Intelligenzen als Entscheidungsunterstützung in der Verwaltung

Künstliche Intelligenzen sind nach seiner Auffassung im Kern Entscheidungsunterstützungssysteme, die durch besondere Qualitätsmerkmale transparent gekennzeichnet sein müssten. Als Beispiel nannte er das Dialekterkennungssystem des BAMF, das die Authentifizierung und das weitere Verfahren zur Anerkennung von Asylbewerbern und anderen Migranten zielführend und sicher unterstützen und gewährleisten könne.

Eine Automatisierungslösung, die heute schon in vielen Kommunen und auch Bundesländern genutzt wird, stand in der weiteren Diskussion: Der *„GovBot"*. Die Software aus dem Hause des Düsseldorfer Unternehmens publicplan dient als Chat-Angebot für die Bürger und kann in so gut wie jedes digitale Umfeld implementiert werden, sei es eine Webseite, eine App oder eine Facebook-Präsenz der Behörden. Der Bürger kann in einem Chat-Fenster mit einer Künstlichen Intelligenz in Kontakt treten und Fragen zu behördlichen Anliegen stellen.

GovBot „Botty" hilft den Bürgern schon in Bonn

So kann das Bonner Angebot „Botty" beispielsweise den aktuellen Rheinstand anzeigen oder zur Auswahl von Wunschkennzeichen genutzt werden. Auch Services wie die Regularien für einen neuen Personalausweis können abgefragt werden, inklusive Terminvereinbarung im Bürgerbüro. Die Software arbeitet dabei auf Basis von Datenbanken, Open Data und behördlichen Angeboten wie dem Zuständigkeitsfinder. Die kommunalen Bots sind auch in der Lage, den Bürger bei fremden Zuständigkeiten direkt an die für ihn passende Stelle weiterzuleiten.

Dr. Christian Knebel, Geschäftsführer von publicplan, und **Johannes Rosenboom,** Vice President Business Development and Marketing Businessline Government bei Materna, wollen den GovBot gemeinsam fit für die digitale Zukunft machen.

In einem zum Leitthema gemeinsam ausgerichteten Fachforum präsentierte **Sören Müller,** Materna, einige Möglichkeiten, mit denen der GovBot in Zukunft erweitert werden könnte: „Wenn man den Bot in einer App nutzt, könnte er ja beispielsweise per Push-Nachricht auch daran erinnern, wenn die Verlängerung von Reisepass oder Personalausweis ansteht." Auch für den internen Einsatz bei Behörden könne der Bot genutzt werden, zum Beispiel zur Führung von Mitarbeitern durch bestimmte Vorgänge oder zum Einlernen neuer Mitarbeiter. Für generelle Erklärungen könnte der Bot auch Videos integrieren, um intern und extern Sachverhalte leichter verständlich zu machen.

Thomas Langkabel, Microsoft , mahnte die ausdrückliche Öffnung der Verwaltungen für die neuen Themen um Chatbots und KI – die im Übrigen durchaus auch differenziert betrachtet werden müssten – an; sie sei zur Akzeptanz und für die möglichen Nutzungspotenziale unverzichtbar. Schließlich stehe die Technik dafür im Einsatz im 24/7-Modus stets zur Verfügung, notwendige Investitionsaufwände seien

überschaubar. Er wies in diesem Zusammenhang und als gelungenes Beispiel auf Berufswahlspots der Bundesagentur für Arbeit auf YouTube hin, die eine Art „Selbsterkundungstool" mit Empfehlungen für die Arbeitssuchenden beinhalteten. Solche Tools könnten die Arbeit der Berufsberater im persönlichen Austausch wesentlich erleichtern und für alle Beteiligten beschleunigen.

Wissensdatenbank 115 weiter nutzen und in neue Technik einbinden

Die Verknüpfung der vorhandenen Datenbanken u. a. zum einheitlichen Ruf 115 mit den Techniken und dem Ausbau von Chatbots forderte **Dr. Kay Ruge,** Deutscher Landkreistag.

Susanne Diehm, Leiterin Public Services & Healthcare und Mitglied der Geschäftsleitung bei SAP Deutschland, erläuterte die Notwendigkeit von Innovationen für die Verwaltung der Zukunft.

Sie verwies als Beispiel auf einen neuen Sprachassistenten im ERP-System ihres Unternehmens, auch auf die Notwendigkeit, in Zeiten Künstlicher Intelligenz die Veränderungspotenziale von Arbeit, Lernen, Arbeitszeiten pp. in Betriebsvereinbarungen zu regeln, wie dies bei SAP erfolgt sei. Man brauche im Unternehmen wie in der öffentlichen Verwaltung in Zeiten von Blockchain, Smart Cities, KI pp. eine konsistente Gesamtstrategie, um im eigenen Hause Vertrauen, Sicherheit und Offenheit für die Zukunft der Institution, aber auch für jeden Einzelnen zu gewährleisten.

„Digitalisierung ist mehr als der Einsatz neuster Technologien, sie ist die größte Herausforderung", betonte sie. Dieser Feststellung müsse eine gesellschaftliche Debatte über die Auswirkungen des digitalen Wandels folgen. Es zeige sich bei vielen in der Bevölkerung bereits eine Überforderung angesichts der Häufung von elektronischen (Service-)Angeboten. Hinzu komme, dass verschiedenste Studien von einer umfangreichen Freisetzung der menschlichen Arbeitskraft zugunsten der Automatisierung ausgingen. Andere Studien hingegen, wie beispielsweise das Weißbuch „Arbeiten 4.0" des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, sprächen von einer relativen Aufhebung des Stellenwegfalls durch neu geschaffene Stellen in anderen Branchen. Auch dieses Spannungsfeld gelte es offen und ehrlich zu diskutieren.

„Statt Staat 4.0 haben wir nur 1.8"

Wie wird sich die Arbeitswelt durch die Digitalisierung verändern? Diese Frage diskutierten u. a. **Dr. Ralf Kleindiek** und **Thomas Langkabel** sowie **Dr. Ralph Bürk, Dr. Georg Thiel,**

Prof. Dr. Hilmar Schneider, Moderatorin **Dr. Petra Wolf,** Kapitän zur See **Roland Obersteg** und **Frank Dethlefsen**.

Die Erwartungshaltung an die Arbeit sei inzwischen eine andere, konstatiert Staatssekretär a. D. Dr. Ralf Kleindiek. Für diese Erwartungen gelte es Angebote zu machen, um als Arbeitgeber konkurrenzfähig zu bleiben. Dabei gehe es längst nicht mehr um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies zeige sich auch im Bundesfamilienministerien (BMFSFJ). Dessen Dienstanweisung zum mobilen und flexiblen Arbeiten werde von über 90 Prozent der Beschäftigten genutzt. Auch von denen, die keine Kinder oder pflegebedürftige Angehörige hätten. Zuvor habe jeder Mitarbeiter eine Resilienz-Schulung besuchen müssen.

„Anstelle von einem Staat 4.0 haben wir nur eine Version 1.8", so die Einschätzung von **Thomas Langkabel.** Die Arbeitsweisen seien zum Teil veraltet, Tätigkeitsbeschreibungen noch sehr archaisch, Telearbeitsplätze vielerorts quotiert. Es herrsche immer noch die Anwesenheitskultur. Stattdessen forderte er einen Wandel von der Input- zur Output-Orientierung. Dies gelinge, wenn zu 100 Prozent über Zielvereinbarungen geführt werde, wofür eine Vertrauenskultur essenzielle Voraussetzung sei.

„Digitalisierung ist mehr als der Einsatz neuester Technologien, sie ist die größte Herausforderung."

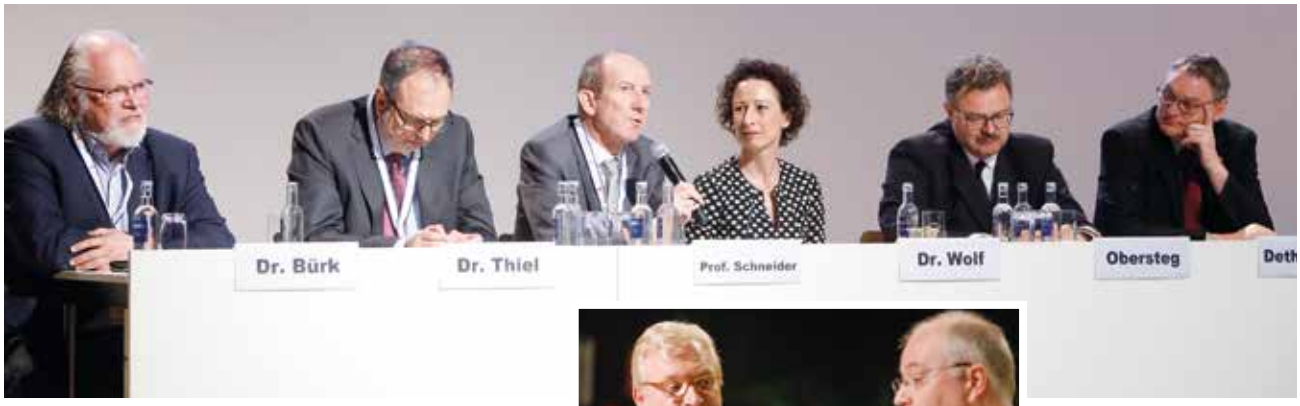
Susanne Diehm

Susanne Diehm, Leiterin Public Services & Healthcare, Mitglied der Geschäftsleitung bei SAP Deutschland

Foto: Dombrowsky

Führungskräfte: digitale Kompetenzen zukünftig unverzichtbar

Günther Schmitz, Vizepräsident des Deutschen Patent- und Markenamts, forderte für die konsequente Digitalisierung öffentlicher Services als elementaren Bestandteil die elektronische Akte. Zu einem digitalen Geschäftsprozessmanagement



Podiumsdiskussion zur Veränderung der Arbeitswelt durch die Digitalisierung *Fotos: Dombrowsky*

Dr. Ralf Kleindiek, Staatssekretär a. D. (li.) und Thomas Langkabel, Microsoft Deutschland, zur Arbeit 4.0

gehöre auch, dass sämtliche Führungskräfte und Mitarbeiter über digitale Kompetenzen verfügten. Hier bestehe noch großer Nachholbedarf in der Aus- und Weiterbildung.

Digitalisierung, demografischer Wandel, wachsender Fachkräftemangel und damit verbunden steigende Konkurrenz um verfügbare Talente stünden für die Zukunft im besonderen Fokus von Arbeitswelten 4.0, so der Beitrag zum *„Reskilling"* von **Dr. Anna Wiesinger** und **Dr. Matthias Daub,** McKinsey & Company.

Der Staat als Arbeitgeber und seine Behörden als Dienstleister für den Bürger, so ihre Einschätzung, hätten in dieser sich verändernden Welt eine besondere Vorbildrolle. Auf dem Weg zur Digitalisierung der Verwaltung müsse das vorhandene Personal für die digitale Zukunft fit gemacht, aus- und weitergebildet werden.

Im Kern müsse vor allem die Stärkung der Weiterbildung stehen: Aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktlage würden die benötigen Fähigkeiten nicht nur über neue Mitarbeiter aufgebaut werden können. Vielmehr müssten neue, relevante Fähigkeiten auch in der vorhandenen Belegschaft entwickelt werden. Dies gelte vor allem im Bereich digitaler, aber auch für kommunikative Kompetenzen, wenn sich Tätigkeiten stärker hin zu Beratungsaufgaben entwickelten.

Arbeit 4.0 in Zukunft: Mitarbeiter stärken, weiterbilden und wertschätzen

Jeder Mitarbeiter müsse zielgerichtet aus- und weitergebildet werden – das Stichwort dazu heiße: *„Reskilling"*. Dazu brauche es passende Angebote von Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte. Erfahrungen aus der Privatwirtschaft zeigt, dass auch vergleichsweise kurzfristige, konzentrierte Maßnahmen (sogenannte Bootcamps) spezifische Fähigkeiten vermitteln könnten – eine Neuausrichtung für den Einzelnen setze keinen entsprechenden Hochschulabschluss voraus. Mindestens ebenso wichtig sei die gezielte Motivation und Vorbildfunktion durch die Führungskräfte – für jeden Einzelnen müsse der Wert der Weiterbildung gestärkt werden und regelmäßige Qualifizierung eine Selbstverständlichkeit werden.

Die Themenfelder um die Arbeitswelten 4.0 – so die Referenten – hätten das Potenzial – und die Notwendigkeit – auch in den Behörden Spiegel-Kongressen der kommenden Jahre eine zentrale Rolle zu spielen.

Aktueller Trendreport Digitaler Staat: der Weg zur digitalen Organisation!

Den Schlusspunkt des Kongresses setzte – mit vielen Expertenbeiträgen und -Einschätzungen für die digitale Zukunft der öffentlichen Verwaltung in Deutschland – die Präsentation des **„Trendreports Digitaler Staat".**

Auf dem Weg zur digitalen Organisation der öffentlichen Ver-waltung 2030

Marcel Hölterhoff, Prognos, stellte den in Kooperation mit dem Behörden Spiegel erstellten Bericht in seiner mittlerweile 3. Ausgabe vor.

Er konzentriert sich auf vier Kernbereiche der digitalen Verwaltungsmodernisierung.

> **„Anstelle von einem Staat 4.0 haben wir nur eine Version 1.8.“**
>
> Thomas Langkabel

Auf die Organisation, das Personalmanagement, die Führungskultur und die strategische Steuerung:

Auf dem Weg zur digitalen Organisation – neue Arbeits- und Steuerungsformen für die öffentliche Verwaltung 2030

Um den Praxisbezug der Dokumentation noch weiter zu verstärken, wurden für die Erstellung des Reports erneut zahlreiche Gespräche mit Experten aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft geführt. Mit Blick auf die Organisation sei es wichtig, so u. a. der Bericht, Silos aufzubrechen und die Vernetzung zu fördern, dazu bedürfe es einer konsequenten Nutzerorientierung. Zudem müsse die Organisation gezielt entsprechende Räume für Innovationen öffnen.

Im Zentrum der Herausforderungen zum Personalmanagement stehe eine strategische Personalentwicklung, die heute noch vorhandene Zugangsbarrieren systematisch senke und zudem kompetenzorientiert angelegt sei. Im Ergebnis müsse auf dieser Grundlage eine flexible, selbstbestimmte Arbeitsorganisation entwickelt und an vielen Stellen in Bund, Ländern und Kommunen implementiert werden.

Daraus müssten sich zwangsläufig auch veränderte Anforderungen an die Führungskultur bzw. „Digital Leadership“ in der digitalen Organisation und der Begleitung des Transformationsprozesses durch ein entsprechendes Change-Management ergeben. Hier gelte es, so die Autoren des Berichts, auch beim Führungsnachwuchs Kompetenzaufbau zu betreiben und sicherzustellen, dass den Führungskräften auch angemessene „Zeit für Führung“ eingeräumt werde.

Digitale Technologien böten letztlich auch ein neues und großes Potenzial für die ziel- und wirkungsorientierte strategische Steuerung. Im Trendreport wird dies u. a. anhand eines Best-Practice-Beispiels der Digitalisierung mit wirkungsorientierter Steuerung in Österreich aufgezeigt.

Auf der Grundlage der Betrachtungen und Erkenntnisse werden in der Publikation abschließend Handlungsempfehlungen

Marcel Hölterhoff, Prognos AG, bei der Vorstellung des Trendreports Digitaler Staat *Foto: Dombrowsky*

entwickelt, die die öffentlichen Verwaltungen auf ihrem Weg zur digitalen Organisation Hilfen, Anregungen und Ideen vermitteln und sie dorthin unterstützen sollen.

Der Trendreport kann hier kostenlos heruntergeladen werden:
www.digitaler-staat.org/trendreport

Baden-Württemberg 4.0

Die Themen des Kongresses

Am 3. Juli 2018 zum zweiten Mal in Stuttgart

Ein Jahr Digitalisierungsstrategie digital@bw
Stefan Krebs, CIO/CDO der Landesregierung Baden-Württemberg

Innovation organisieren
Jürgen Fritsche, Geschäftsleitung Public Sector msg systems

Interaktiver Haushalt – digital, transparent, einfach
Ulrich Kiedaisch, Stadtkämmerer der Stadt Ludwigsburg
Kai Petersen, Geschäftsführer der IKVS Interkommunale Vergleichs-Systeme

Die „Digitale Zukunftskommune" – Projektvorstellung der Gewinner des Ideenwettbewerbs
Moderation: Dr. Natalia Jaekel, Leiterin der Stabsstelle für Digitalisierung, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg
Ragnar Watteroth, Leiter des Dezernats Finanzen und Beteiligungen, Landratsamt Karlsruhe
Sabine Meigel, Leiterin der Geschäftsstelle Digitale Agenda, Stadt Ulm
Martin Berhalter, Geschäftsstelle Living LaB, Stadt Ludwigsburg
Willi Wendt, Teamleiter Urban Data und Resilience, Fraunhofer IAO

Die Umsetzung von Digitalisierungsstrategien – was sind die Erfolgsfaktoren? Welche Hürden sind zu nehmen? – Erfahrungen aus der Praxis (offene Diskussionsrunde mit dem Publikum)
Moderation: Guido Gehrt, Leiter der Bonner Redaktion des Behörden Spiegel
Stefan Krebs, CIO/CDO der Landesregierung Baden-Württemberg
Dr. Christine Brockmann, Geschäftsführerin der Metropolregion Rhein-Neckar
Edgar Buhl, Kanzler der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd
Michael Seipel, Partner bei Cassini Consulting

Weitere Themen in den Fachforen des Kongresses

Online-Portale – die Gesichter der Verwaltung zu Bürgern und Unternehmen im 4.0-Zeitalter

- Moderation: Marco Brunzel, Leiter Digitalisierung und E-Government, Metropolregion Rhein-Neckar
- Stephan Jaud, Leiter des Referats E-Government, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg
- Prof. Dr. Jörn von Lucke, Direktor des Lehrstuhls für Verwaltungs- und Wirtschaftsinformatik, Zeppelin Universität Friedrichshafen
- Karsten Krumm, Digitale Strategie & IT-Governance, Personal- und Organisationsamt Stadt Konstanz
- Rüdiger Czieschla, Stabsstelle IT-Business-Architektur, Stadt Freiburg
- Liliana Sendler-Kortenkamp, Referentin Prozess-management, Duale Hochschule Baden-Württemberg

Smart and Open City – mit gutem Beispiel voran

- Moderation: Gudrun Heute-Bluhm, Oberbürger-meisterin a. D., Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Städtetag Baden-Württemberg
- Dr. Nicolas Sonder, Rechtsanwalt und Senior Manager KPMG Law Rechtsanwaltsgesellschaft
- Oliver Rack, Stadt Heidelberg
- Prof. Dr. Robert Müller-Török, Professor für E-Govern-ment, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
- Bernd Simon, Director Business Development Public Services, SAP

Cyber-Sicherheit – Risiken im Griff behalten

- Moderation: Reinhard Tencz, Stabsstelle für Digitalisierung, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg
- Moritz Huber, Stabsstelle für Digitalisierung, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg
- Jochen Wellhäußer, Chief Information Security Officer (CISO) der Landesverwaltung Baden-Württemberg
- Dr. Markus Schumacher, Geschäftsführer Virtual Forge und SAP-Sicherheitsexperte
- Robert Kamrau, Director Europe North – EUNO, Alcatel-Lucent Enterprise
- Carsten Kestermann, Senior Manager EU Public Policy, Amazon Web Services

VUCA und der öffentliche Sektor – wie wir den digitalen Wandel gestalten
(Partnerforum Digitalakademie Baden-Württemberg)

- Moderation: Frank Ulmer, Kommunikationsbüro Ulmer
- Dr. Jutta Lang, Generalsekretärin Führungsakademie BW
- Steffen Braun, Mitglied Direktorium Fraunhofer IAO
- Bertil Kilian, Zweckverband ITEOS
- Jan Tiessen, Senior-Projektleiter im Bereich Organisation & Umsetzungsberatung, Prognos AG
- Dr. Natalia Jaekel, Leiterin Stabsstelle für Digitalisierung, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg

Digitale Verwaltung Ende-zu-Ende gedacht … und umgesetzt

- Moderation: Prof. Dr. Birgit Schenk, Professorin für Verwaltungsmanagement/E-Government, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
- Dr. Daniela Oellers, Leiterin der Stabsstelle „Projekt Landeseinheitliche E-Akte“, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg
- Stefan Rauner, Bereichsleiter Produkte und Märkte, Governikus
- Gerhard Rempp, Senior Manager, KPMG Wirtschafts-prüfungsgesellschaft
- Christoph Sprich, Absolvent der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, Landratsamt Tübingen

„Smarte“ Digitalisierung in Gemeinden und Regionen

- Moderation: Marco Brunzel, Leiter Digitalisierung und E-Government, Metropolregion Rhein-Neckar
- Dr. Christian Bartelt, Institute for Enterprise Systems, Universität Mannheim
- Boris Schmitt, Verband Region Rhein-Neckar (VRRN)
- Sebastian Almer, Geschäftsführer DUALITY Beratungs-GmbH
- Stefan Kondmann, 1 & 1 Versatel GmbH

IT-Konsolidierung bei Staat und Kommunen

- Moderation: N.N., Verwaltung
- Christian Leinert, Präsident IT Baden-Württemberg (BITBW)
- William Schmitt, Geschäftsführer KIVBF – Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken
- Ansgar Kückes, Chief Architect Public Sector, Red Hat
- Jürgen Breithaupt, Senior Solutions Consultant, T- Systems International
- Prof. Dr. Peter Parycek, Leiter des Kompetenzzentrums Öffentliche IT (ÖFIT)
- Michael Seipel, Partner bei Cassini Consulting

So bleibt der Bürger bei der Stadt! - Mit der richtigen kommunalen Plattform eigene und privatwirtschaftliche Dienstleistungen bündeln und zentral bereitstellen

- Stefan Walter, msg systems – „Die kommunale Digitalplattform DIPKO – wie mit Open Innovation neue kommunale Angebote generiert werden können“
- Axel Drengwitz, msg systems – „Innovativ durch Agilität – wie sich Organisationen anpassen können, um am Ball zu bleiben“
- Tobias Frevel, „Disruptive Auswirkungen auf Stadtwerke – Was wir mit einer kommunalen Digitalplattform machen wollen und wie mit Open Innovation neue kommunale Angebote generiert werden können“

„Baden-Württemberg 4.0“

Die Digitalisierung von Kommunen, Land und Verwaltung aktiv gestalten

Im Hotel Maritim kamen am 03.07.2017 insgesamt 420 Teilnehmer/-innen zur 2. Auflage des noch jungen Behörden Spiegel-Kongresses in Stuttgart zusammen.

Im Jahr 2017 hatte die Landesregierung Baden-Württemberg ihre Digitalisierungsstrategie digital@bw auf den Weg gebracht, die das Land in den nächsten Jahren zu einer digitalen Leitregion in Deutschland und Europa machen soll. Zu den sechs Themenschwerpunkten dieser Strategie zählt an zentraler Stelle auch die Digitalisierung der Verwaltung im Land und in den Kommunen.

Der Kongress „Baden-Württemberg 4.0“, vom Behörden Spiegel in enger Kooperation mit der Stabsstelle für Digitalisierung im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg veranstaltet, begleitet diesen Prozess und will zusätzliche Impulse setzen.

Der Kongress ist das jüngste „Kind“ in den Digitalisierungskongressen des Behörden Spiegel und setzt deren erfolgreiche Tradition im Süden der Republik, gemeinsam mit dem Zukunftskongress Bayern in München, jetzt auch in Stuttgart fort. Auf den damit aktuell jetzt vier etablierten und zunehmend nachgefragten Plattformen – gemeinsam mit dem „Digitalen Staat“ in Berlin sowie „e-nrw“ in Düsseldorf/Neuss – befruchten sich Länder- und Kommunen weit über Landes- und Regionalgrenzen hinaus. Die Kongresse setzen gegenseitig / vielseitig interessante Leitplanken und innovatorische Akzente zur bundesweit alternativlosen Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen in allen „Etagen“ des föderalen Staates und der einzelnen Bundesländer. Ein Jahr nach der Ankündigung durch den Landesbeauftragten für Informationstechnologie, CIO/CDO **Stefan Krebs,** auf dem Kongress des Jahres 2017 und der anschließenden Verabschiedung der Digitalisierungsstrategie für das Land Baden-Württemberg bot dazu der Kongress im Jahre 2018 eine gute Gelegenheit für eine erste Zwischenbilanz.

www.bw-4-0.de

Information und Diskussion in der Stuttgarter Reithalle, Austausch und Networking auf hohem Niveau

Fotos: Bildschön GmbH, Scheyhing

In seinem Grußwort zum Kongress zeigte **Dr. Thomas Strobl,** Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration des Landes Baden-Württemberg, als Schirmherr des Kongresses die wesentlichen Leitmaximen – mit besonderem Blick auf die Bedeutung der Digitalisierung in den Kommunen des Landes – wie folgt auf:

„Die Digitalisierung verändert die Welt – und das in einem noch nie dagewesenen Tempo. Ein Beispiel ist das Smartphone: Es ist gerade einmal erst elf Jahre jung und steckt damit eigentlich noch in den Kinderschuhen. Aber trotzdem tragen wir mit dem Smartphone praktisch seit 2007 die ganze Welt in unserer Hosentasche. Bundespräsident Roman Herzog sagte in seiner berühmten Ruck-Rede, dass die Fähigkeit zur Innovation über unser Schicksal entscheidet. Mit unserer ressortübergreifenden Digitalisierungsstrategie digital@bw packen wir in Baden-Württemberg ganz im Sinne von Roman Herzog Innovationen mutig und entschlossen an. Mir als Digitalisierungsminister ist wichtig: Wir wollen Baden-Württemberg vom Exportweltmeister zum Innovationsweltmeister weiterentwickeln und damit die Zukunftsfähigkeit unseres Landes auch in der digitalen Welt sichern. Bereits ein Jahr nach dem Start unserer ressortübergreifenden Digitalisierungsstrategie digital@bw zeigen wir, dass wir in Baden-Württemberg die Herausforderungen des digitalen Wandels zügig und kraftvoll angehen. Viele Projekte aus der Digitalisierungsstrategie wurden und werden umgesetzt und können von den Menschen in Baden-Württemberg konkret genutzt werden. Wir gestalten den digitalen Wandel in all seinen Facetten: Von A wie autonomes Fahren bis Z wie Zukunftskommune.

Der Kongress des Behörden Spiegel „Baden-Württemberg 4.0“ wirft ein Schlaglicht auf eines der zentralen Schwerpunktthemen aus der Digitalisierungsstrategie: die „digitale Zukunftskommune“ und eine moderne Verwaltung 4.0. Denn die Digitalisierung kann uns nur gelingen, wenn wir den Men-

„Bereits ein Jahr nach dem Start unserer ressortübergreifenden Digitalisierungsstrategie digital@bw zeigen wir, dass wir in Baden-Württemberg die Herausforderungen des digitalen Wandels zügig und kraftvoll angehen."

Dr. Thomas Strobl

schen den konkreten Nutzen der Digitalisierung aufzeigen. Dabei haben unsere Kommunen eine Schlüsselrolle: Sie sind der Ort, an dem die Menschen leben und arbeiten. In den Städten und Gemeinden, in unserem direkten Lebensumfeld, werden die Veränderungen durch die Digitalisierung am schnellsten spürbar.

Deshalb fördern wir als Landesregierung vier digitale Modellstädte und einen Landkreisverbund auf ihrem Weg zu „Digitalen Zukunftskommunen". Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land mit einer modernen Verwaltung kommunizieren, die ihr Leben komfortabler und damit einfacher macht. Allen Mitwirkenden und Gästen wünsche ich auf Ihrem Kongress einen spannenden Tag, einen guten, informativen Austausch und inspirierende Eindrücke."

In seinem Eröffnungsbeitrag hob CIO/CDO Stefan Krebs den in Baden-Württemberg besonderen und engagierten Weg des Landes unter dem gewählten Rubrum „Verwaltung 4.0" hervor: „Zur Umsetzung unserer Digitalisierungsstrategie will Baden-Württemberg insgesamt eine Milliarde Euro in die Hand nehmen, rund die Hälfte davon fließt in den Ausbau der digitalen Infrastruktur. In den kommenden zwei Jahren sollen ca. 70 ganz konkrete Projekte mit insgesamt 300 Millionen Euro gefördert werden. Neben zentralen Handlungsfeldern wie Gesundheit, Wirtschaft 4.0 und Start-ups oder der intelligenten Mobilität ist auch die digitale Verwaltung eine der zentralen Aufgaben und Herausforderungen in der digitalen Zukunft."

„Die Digitalisierung kann uns nur gelingen, wenn wir den Menschen den konkreten Nutzen der Digitalisierung aufzeigen. Dabei haben unsere Kommunen eine Schlüsselrolle: Sie sind der Ort, an dem die Menschen leben und arbeiten." Dr. Thomas Strobl

Dr. Thomas Strobl, Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration des Landes Baden-Württemberg, Schirmherr des Kongresses *Foto: Laurence Chaperon*

70 Konkrete Projekte mit 300 Mio. Euro Fördervolumen

Die Landesregierung habe großes Vertrauen in den Ideenreichtum und die Handlungsstärke der baden-württembergischen Gemeinden, Städte und Landkreise. Anstatt ausschließlich eigene Lösungen zu entwickeln, setze das Land mit Förderprogrammen und Wettbewerben gezielt Anreize in der Fläche, damit dort eigene Ansätze mit lokalen und überregionalen Partnern erprobt und ggf. erfolgreich umgesetzt werden können. Dass in Baden-Württemberg in 83 % des Landes schnelles Internet mit mindestens 50 Mbit/s schon jetzt zur Verfügung stehe, erleichtere die Umsetzung der digitalen Strategie, weiterer Ausbau sei geplant.

Die um ca. ein Drittel gegenüber dem Vorjahr gestiegene Teilnehmerzahl von 420 Gästen würdigte er ausdrücklich als großen Erfolg des noch jungen Kongresses. Er wies aber auch darauf hin, dass es angesichts der ja ca. 1.100 Städte und Gemeinden, die es in Baden-Württemberg gebe, noch erhebliches Steigerungspotenzial gebe. Er gab seiner Hoffnung und Erwartung Ausdruck, dass alle Kommunen im Land jetzt erkennen mögen, dass auch für sie die „Digitalisierung nicht mehr weggehe" und es sich in jedem Falle lohne, sich auf diesem Kongress zu den Herausforderungen und Chancen „schlau zu machen" und den gegenseitigen Austausch zu suchen.

Er berichtete im Weiteren, dass die Landesregierung zum einen über die genannten 70 Projekte in ressortübergreifender Umsetzung 2018/2019 hinaus zum anderen die Einführung von jeweils zwei jährlich fortzuschreibenden Digitalisierungsberichten festgeschrieben habe. Die Fördervolumina bezifferte er für 2018/2019 auf 265 Mio. Euro, weitere 58,7 Mio. Euro seien verfügbar; insgesamt seien bis 2021 eine Mrd. Euro geplant.

Jährlich zwei Digitalisierungsberichte für Baden-Württemberg

Inhaltlich stehen dabei Projekte und Themenfelder wie Smart City – Digitale Zukunftskommune@bw, Digitalakademie@bw, Future Communities 4.0, Digitale Zukunftsdörfer@

E-Government ist besser als sein Ruf!

Mehr als die Hälfte aller Bürger in Deutschland möchte Behördengänge online erledigen, so eine aktuelle Umfrage des Bitkom. Bislang sind viele Länder und Kommunen jedoch längst nicht so weit, wie der Digitalindex der EU-Kommission belegt. Ganz so schlecht wie sein Ruf ist E-Government hierzulande aber gar nicht.

Zwei Drittel der Deutschen sind der Meinung, die meisten Behördengänge könnten problemlos auch online erfolgen, so die Bitkom-Umfrage. Sie wollen ihren Wohnsitz via Internet an- oder ummelden, das Fahrzeug zulassen oder ihren Personalausweis beantragen. Wichtiger Treiber, diese Erwartungen zu erfüllen, ist das Onlinezugangsgesetz (OZG). Es verlangt, dass alle Behörden hierzulande ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über ein Verwaltungsportal anbieten. Es geht also nicht mehr um die Kür, Digitalisierung ist zur Pflicht geworden. Das hat die öffentliche Hand längst erkannt, es herrscht ein großer Wille zu Veränderung und Digitalisierung – einziges Hindernis ist meist der Perfektionswille und die hohe Komplexität in Verwaltungsprozessen. Ein bisschen mehr Pragmatismus täte dem E-Government in Deutschland gut.

Wünsche der Bürger sind zentral

Fakt ist, dass es bereits viele digitale Angebote gibt, diese aber oft nicht bekannt genug oder zu wenig kundenorientiert sind. Behörden müssen also umdenken und ihre Online-Angebote stärker an den Wünschen der Bürger ausrichten. Diese wollen Lösungen, mit denen sie ihre Online-Behördengänge schnell und bequem abwickeln können – am besten per App und mit möglichst wenigen Klicks. Wichtig dabei ist, dass diese Apps zeitnah verfügbar sind. Genau hier liegt durch die langen Entwicklungszeiten von IT-Projekten die größte Herausforderung. „Nicht selten sind Systeme schon beim Start veraltet", drückte es der Chef des Bundeskanzleramts Helge Braun auf dem PITS-Fachkongress 2018 treffend aus.

Mehr Agilität und Mut zur Veränderung

Warum aber funktioniert das, was Unternehmen seit Jahren schaffen, in der Verwaltung noch nicht? Neben der Einhaltung hoher Sicherheitsanforderungen braucht es für diesen Schritt Mut zur Veränderung – sowohl technologisch als auch organisatorisch. Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass dies am besten gelingt, wenn die Digital-Teams der Behörden durch erfahrene Partner aus der Digitalwirtschaft ergänzt werden.

Um schnellere Entwicklungszeiten zu realisieren, haben sich agile Entwicklungsmethoden bewährt – insbesondere der Ansatz der DevOps, bei dem eine enge Zusammenarbeit von Entwicklung (Development) und Betrieb (Operations) für mehr Geschwindigkeit sorgt. Denn in solchen Teams gibt es keine klare Trennung der Verantwortlichkeiten von Entwicklern und IT-Betrieb – sie arbeiten eng zusammen und tragen gemeinsam die Verantwortung für ein Projekt. Der Vorteil ist, dass Änderungen kontinuierlich vorgenommen werden können und Feedback direkt für Optimierungen im Sinne des Anwenders genutzt wird. Für diese Entwicklungsweise ist ein Umdenken erforderlich: Behörden dürfen nicht den Anspruch haben, dass alles immer sofort perfekt funktioniert, sie müssen sich darauf einlassen, dass während des Betriebs eine kontinuierliche Weiterentwicklung erfolgt.

Lücke zwischen Bürger und Verwaltung digital füllen

Diesen großen Schritt muss keine Behörde allein gehen, denn Praxiserfahrungen gibt es zuhauf. Computacenter kennt durch jahrelange Projekterfahrungen in der öffentlichen Verwaltung die Anforderungen von Behörden und Bürgern genau und hat ausgewiesene Experten für Themen wie DevOps & Co. So unterstützt der IT-Dienstleister die öffentliche Verwaltung dabei, die Wünsche der Bürger besser zu erfüllen und E-Government zu einem besseren Ruf zu verhelfen.

Autor: Manfred Lieske, Direktor Öffentliche Auftraggeber und Mitglied der Geschäftsleitung, Computacenter AG

bw: Hotspot ländlicher Raum ebenso im Fokus wie die smarte Justiz-Förderung, das Finanzamt der Zukunft, E-Government: service-bw Portal für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung.

Die vier für Baden-Württemberg definierten Schwerpunkfelder seien mit den Themen Forschung, Energie, Netzausbau und Datensicherheit zu umschreiben und festgelegt.

Zwischen Karlsruhe und Pforzheim sei auch z. B. aktuell eine Teststrecke für autonomes Fahren in Betrieb, eine Technologie, die die Landesregierung in Zukunft in die Fläche bringen wolle, ebenso wie die derzeit in einer Testphase befindliche medizinische Telebehandlung. Ein nach Einschätzung des CIO/CDOs insgesamt beispielhafter Weg eines Bundeslandes, gesamtkonzeptionell die Digitalisierung der gesamten Lebensverhältnisse kooperativ mit den dazu notwendigen Partnern, insbesondere den baden-württembergischen Kommunen, den Spitzenverbänden und dem jüngst als Ergebnis erfolgreichen und beispielhaften Fusionsbemühens entstandenen neuen gemeinsamen IT-Dienstleister ITEOS als Anstalt des öffentlichen Rechts zu gestalten.

Stefan Krebs, Landesbeauftragter für Informationstechnologie, ist in Personalunion CIO/CDO des Landes Baden-Württemberg. *Foto: Bildschön GmbH, Scheyhing*

Innovation organisieren

Jürgen Fritsche, Geschäftsleitung Public Sektor msg systems, widmete sich in seinem Beitrag dem – scheinbar antagonistischen – Begriffspaar „Innovation organisieren": Nicht die Technik sei innovativ, sondern ihre Anwendung, wobei es insbesondere um Organisation und Prozesse gehe. Er berichtete dazu über neue Formen zur Innovationssteigerung: Ideenlabore, Design-Thinking-Workshops als Startpunkte zu „Ideentrichtern" für Erfindungen, Diffusion pp. Sein besonderer Hinweis galt dabei auch der Tatsache, dass solch neue Formen kreativer und kooperativer Arbeit insbesondere die dafür notwendige Infrastruktur benötigten. So, wie für das Auto und seine jahrzehntelange Entwicklungsgeschichte die Straßen erforderlich waren/sind, ist für das Smartphone heute und in Zukunft die Netzleistungsfähigkeit und der Netzausbau unverzichtbar.

Am Beispiel der im US Bundesstaat Delaware installierten Unternehmensgründungsplattform und -Routine zeigte er sehr anschaulich auf, dass dort innerhalb eines Tages eine Unternehmensgründung soweit möglich sei, dass der Geschäftsbetrieb auf gesicherter und öffentlich garantierter (Mindest-)Plattform sicher und effizient möglich sei. Ein Beispiel für ein am Standort Deutschland zukünftig notwendiges positives und gesamtkonzeptionell weiterentwickeltes Gründungsklima, wenn man bedenkt, wie lange in bundesdeutschen Routinen und verteilten Strukturen Gründungen heute noch nach „bürokratischer Manier" ablaufen.

Zum Thema „Interaktiver Haushalt – digital, transparent, einfach" trugen **Ulrich Kiedaisch,** Stadtkämmerer der Stadt Ludwigsburg und **Kai Petersen,** Geschäftsführer der IKVS Interkommunale Vergleichssysteme vor.

Der „Interaktive Haushalt" ist ein Kernbestandteil der **„Digitalen Agenda Ludwigsburg – ein Hebel für die Ziele des Stadtentwicklungskonzepts".**

Darin stehe die Schaffung digitaler Angebote für Bürger und Touristen, Unternehmen und Vereine sowie die städtische Verwaltung ebenso im Fokus wie die Digitalisierung von Prozessen und Organisationen der Stadtverwaltung. Im Weiteren gehe es darum, interne Verwaltungsabläufe und die externe Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen effizienter und qualitativer gestalten zu können und mittelfristig Synergien zu erzielen.

Ebenso gehe es um die transparente und komfortable Nutzung von kommunalen und öffentlichen Daten über städtische Infrastrukturen, Ressourcen und aggregierte Informationen, um die Auslastung von Infrastrukturen intelligenter und damit effizienter zu steuern.

Der „Interaktive Haushalt" als Informations- und Steuerungsmedium

Dazu stehe der „Interaktive Haushalt" als besonderes gelungenes Beispiel. Das Projekt ist mit der Firma IKVS erarbeitet worden, die Haushaltsdaten liegen auf den Servern der Firma in Deutschland, in der eigenen Kommune sei dazu keine weitergehende eigene Software nötig, wie Kai Petersen vom Projektpartner ausführte. Er wies darauf hin, dass sein Unternehmen bereits 600 Kommunen deutschlandweit als Kunden verzeichnen könne. Der „Interaktive Haushalt" der Stadt Ludwigsburg ist über den Link oben rechts als Beispiel offener und komfortabler Information und Datennutzung für Bürger/-innen und Unternehmen aufrufbar:

www.ludwigsburg.de/,Lde/start/stadt_buerger/interaktiver+haushalt.html

Die „Digitale Zukunftskommune" – Projektvorstellung der Gewinner des Ideenwettbewerbs stand in der folgenden Podiumsdiskussion unter Leitung von **Dr. Natalia Jäckel,** Leiterin der Stabsstelle für Digitalisierung, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration im Fokus:

Anfang Mai wurden durch Baden-Württembergs Innen- und Digitalisierungsminister Thomas Strobl die Sieger des Landeswettbewerbs "Digitale Zukunftskommune@bw" vorgestellt. Vier Städte (Heidelberg, Karlsruhe, Ludwigsburg und Ulm) und ein Landkreisverbund werden in der Folgezeit zu „Digitalen Zukunftskommunen" ausgebaut. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Wettbewerbs 50 weitere Kommunen ausgewählt, die zukünftig auf ihrem Weg ins digitale Zeitalter unterstützt werden sollen. Insgesamt nimmt das Land dafür 7,6 Millionen Euro in die Hand. Drei der Gewinner stellten auf dem Kongress ihre kommunalen Digitalisierungsvorhaben eindrucksvoll vor.

Landeswettbewerb „Digitale Zukunftskommune@bw"

Ludwigsburg setzt seit Jahren auf eine nachhaltige und ganzheitliche Stadtentwicklungsstrategie. Die digitale Veränderung auf allen Ebenen hilft der Kommune dabei, diese Ziele schneller zu verwirklichen. Dies zeigt sich etwa bei der digitalen Behördenhelferin „L2B2" oder beim lernfähigen Verkehrsleitrechner, der permanent das Verkehrsaufkommen überwacht und daraufhin die Ampelschaltung optimiert.

Im Innovationsnetzwerk „Living LaB" kooperiert die Stadt Ludwigsburg mit Partnern aus Wirtschaft, Industrie und Forschungseinrichtungen und entwickelt auf Basis dieser Zusammenarbeit vielfältige Ideen für Innovationen in der Kommune, so **Rangnar Watteroth.** Es sei wichtig, Informati-

Die „Digitale Zukunftskommune" – Projektvorstellung der Gewinner des Ideenwettbewerbs unter Moderation von Dr. Natalia Jäckel

Foto: Bildschön GmbH, Scheyhing

Mit uns bleibt
Ihr Budget
im grünen Bereich.

Gebrauchte Software für Behörden
www.lizenzdirekt.com

PS: Viele handeln mit Software.
Wir handeln in Ihrem Interesse.

FACHKONGRESS 2.–3. April 2019, Berlin

DIGITALER STAAT

Digitale Staatskunst ▪ Digitale Wirtschaft ▪ Digitale Daseinsvorsorge

SAVE THE DATE 2019

DIGITALER STAAT
2.–3. APRIL 2019
KOSMOS, KARL-MARX-ALLEE 131A, BERLIN

Zum Fachkongress „Digitaler Staat" treffen sich jährlich in Berlin Innovateure, Modernisierer und Trendsetter um Digitalisierung von Staat, Verwaltung und Gesellschaft voranzutreiben.

Der zweitägige Kongress wird von der Fachzeitschrift Behörden Spiegel gemeinsam mit zahlreichen Partnern durchgeführt und ist eine Leitveranstaltung zu diesem Themenkomplex. Entscheidungsträger und Experten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft widmen sich an beiden Tagen intensiv den tiefgreifenden Herausforderungen die die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung mit sich bringt.

Die begleitende Fachausstellung und verschiedene Sideevents bieten zudem die Möglichkeit, sich umfassend über Angebote für die Digitale Verwaltung zu informieren sowie Netzwerke zu knüpfen und zu pflegen.

www.digitaler-staat.org

Schirmherren 2019

Dorothee Bär
Staatsministerin im Bundeskanzleramt für Digitalisierung

Hans-Henning Lühr
Staatsrat bei der Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen und Vorsitzender des IT-Planungsrats 2019

www.facebook.com/digitalerstaat

twitter #digistaat

www.instagram.com/digitaler_staat

Themenpartner

DEUTSCHER LANDKREISTAG · IT-Planungsrat · Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat · Bundesamt für Migration und Flüchtlinge · FITKO · Kompetenzzentrum Öffentliche IT · Fraunhofer FOKUS · NExT · Initiative D21 · zeppelin universität zwischen Wirtschaft Kultur Politik · prognos

Eine Veranstaltung des Behörden Spiegel

> **„Vernetzung und Zusammenarbeit untereinander müssen organisiert werden und schon im Vorfeld muss ein klares gemeinsames Verständnis über konkrete Zielsetzungen definiert werden“** Dr. Christine Brockmann

onen ständig breit zu streuen, um die Bürger mitzunehmen, erklärte **Martin Berhalter** von der Geschäftsstelle „LivingLaB“ in Ludwigsburg. Die einzelnen Digitalisierungsprojekte sind in der Stadt in einer “Smart City Cloud” miteinander vernetzt. Ein zentrales Vorhaben der nächsten Zeit ist die Entwicklung eines datensicheren digitalen Bürgerservices, der notwendige Verwaltungsvorgänge, etwa bei der Geburt eines Kindes, digital abbilden soll.

Das Ziel eines „Landratsamts 4.0” verfolgt man ausdrücklich im **Landkreis Karlsruhe,** ebenfalls einer der Sieger des Wettbewerbs, gemeinsam und in Kooperation mit den Landkreisen Biberach, Böblingen, Konstanz und Tuttlingen. Die Umstellung auf elektronische Verwaltungsprozesse ist auch dort in vollem Gange. Eines der zentralen Vorhaben ist aktuell der Auf- bzw. Ausbau des Serviceportals, worüber ca. 2.000 verschiedene Dienste rund um den Arbeitsplatz abgerufen bzw. beantragt werden können. Derzeit verzeichnet das Portal bereits über 100.000 Anfragen und Anliegen im Jahr. Gemeinsam haben die Landkreise ein E-Learning-Projekt gestartet, um bestehende Fort- und Weiterbildungsangebote zu ergänzen.

Ein Erfolgsfaktor von Digitalisierungsprozessen liege für den Landkreis Karlsruhe als Landratsamt 4.0 auch darin, mit neuen Angeboten möglichst frühzeitig an den Start zu gehen und – anders als die bislang gelebte Praxis – eine Produktivsetzung bei 90 Prozent zu wagen.

Bürger- und Nutzerorientierung einerseits sowie das Zusammenbringen von Menschen aus unterschiedlichen Fachrichtungen: Dies waren zwei zentrale Punkte der digitalen Agenda der **Stadt Ulm,** die **Sabine Meigel** den Teilnehmern näherbrachte. Grundvoraussetzung für den Erfolg eines solchen Ansatzes seien der Abbau von Silodenken, eine querschnittsorientierte Herangehensweise und eine Bottom-up-Entwicklung aus der Stadtgesellschaft heraus. Auf dieser Grundlage könne es dann gelingen, den Bürgern und Unternehmen integrierte digitale Angebote zu machen.

Die „Digitalen Zukunftskommunen“ werden auf ihrem Weg vom Fraunhofer-Institut IAO begleitet, das den Auftrag zur Begleitforschung erhalten hat. Die wissenschaftliche Betreuung der Gewinnerkommunen soll durch einen kontinuierlichen Wissensaustausch zwischen den Kommunen sowie deren fachliche Beratung gekennzeichnet sein. Weiterhin soll Fraunhofer IAO einen Leitfaden zur Erstellung ganzheitlicher kommunaler Digitalisierungsstrategien entwickeln, wie **Willi Wendt,** Teamleiter Urban Data und Resilience bei Fraunhofer IAO, berichtete.

Die Fachforen der Session I und II waren mit ihren hochaktuellen Themen weiterer besonderer Anziehungspunkt für die Kongressteilnehmer – im Einzelnen ergeben sie sich aus dem Programmflyer.

Besonders hingewiesen sei an dieser Stelle darauf, dass Deutschland im internationalen Vergleich als ein Land mit höchster analoger Sicherheit und ihren Strukturen pp. gilt, dies aber im digitalen Bereich vergleichsweise nicht der Fall ist. Die digitale Sicherheit stehe auf der aktuellen Agenda ganz oben, so Stefan Krebs, CIO/CDO des Landes, der auf dieses Manko besonders hinwies und erklärte , dass sich Baden-Württemberg diesem Problem mit verstärkter Zusammenarbeit von Landeskriminalamt und BSI intensiv stellen wolle. Dazu gehöre auch, Start-ups besonders zu fördern, die sich den Zielen von Cyber-Abwehr besonders widmeten; dies auch mit der aktuell vereinbarten und aufgebauten BSI-Zweigstelle in Stuttgart.

IT-Sicherheit reiche in Zukunft nicht mehr als Organisationsabteilung der öffentlichen Verwaltung aus, sondern es müsse ein „ISMS“, ein „integriertes Sicherheitsmanagement System“ entwickelt werden: Die IT-Sicherheit sei das „Damoklesschwert“ über dem Standort Deutschland, der „Faktor Mensch“ als „Sicherheitsanforderung“ müsse im Rahmen eines „Social Engeneerings“ in den besonderen Fokus genommen werden.

Erfolgreiche IT-Fusion: ITEOS als AöR seit Anfang

Podiumsdiskussion: „Die Umsetzung von Digitalisierungsstrategien – was sind die Erfolgsfaktoren? Welche Hürden sind zu nehmen? Erfahrungen aus der Praxis“

Foto: Bildschön GmbH, Scheyhing

Juli 2018 am Start

Die Zentralisierung der Rechenzentren in Baden Württemberg hob insbesondere **William Schmitt,** Vorstandsvorsitzender ITEOS, AöR, Stuttgart / Karlsruhe Stv. Vorstandsvorsitzender VITAKO besonders hervor. Die neue Anstalt hatte mit dem 01.07.2018 just wenige Tage vor dem Kongress ihren Betrieb aufgenommen; mit ihrer Potenzialbündelung und Konzentration der bislang vier Rechenzentren in Baden-Württemberg sei mit dieser partnerschaftlich organisierten Fusion mit 2-jährigem Vorlauf Beispielhaftes auch für andere Bundesländer gelungen. Den Abschluss des Kongresses bildete die Podiumsdiskussion unter dem anspruchsvollen Titel: *„Die Umsetzung von Digitalisierungsstrategien – Was sind die Erfolgsfaktoren? Welche Hürden sind zu nehmen? Erfahrungen aus der Praxis".*

Auf dem Podium diskutierten (v.l.n.r.) **Michael Seipel,** Partner bei Cassini Consulting, **Guido Gehrt,** Leiter der Bonner Redaktion des Behörden Spiegel, Stefan Krebs, CIO/CDO der Landesregierung Baden-Württemberg, **Edgar Buhl,** Kanzler der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, sowie **Dr. Christine Brockmann,** Geschäftsführerin der Metropolregion Rhein-Neckar, untereinander und mit dem Publikum über

> **„Ohne eine Verwaltung 4.0 gibt es auch keine Industrie 4.0, von Bildung und Medizin ganz zu schweigen."** Dr. Christine Brockmann

die Chancen und Herausforderungen bei der Umsetzung von Digitalisierungsstrategien.

Die neue Macht von Software, Big Data und Künstlicher Intelligenz (KI) war ein zentraler Bezugspunkt in der Diskussion; mit ihren gewaltigen Chancen aber auch mit dem für manch einen bedrohlich wirkenden Potenzial.

Die noch „verbesserungsfähigen" Designstrukturen öffentlicher Portallösungen – angesichts komfortabler und akzeptierter privater Portale von Google und Co. – gehören nach Einschätzung der Diskussionsteilnehmer ebenfalls auf die Digitale Agenda der Zukunft, sollen sie ihren Nutzen wirklich für Bürger/-innen und Unternehmen am Standort entfalten: Öffentliche Portale müssten flotter und chicer werden – so die Anforderungen dazu.

Experimentierklausel und „Dehnung" von Vorschriften notwendig

Stefan Krebs, CIO/CDO des Landes Baden-Württemberg, unterstrich deutlich, dass die digitalen Erfolgsfaktoren für die öffentlichen Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen in der gemeinsamen und arbeitsteiligen Strategie zur Schaffung des Portalverbundes auf Basis des Onlinezugangsgesetzes liegen.

Mit gleicher Energie und Kooperationsbereitschaft treffe das auch auf die Authentifizierung durch die Servicekonten in der föderalen Zusammenarbeit zu, die nutzerorientiert und standardisiert unterschiedliche Vertrauens- und Handlungsfunktionen bereitstellen müssten.

Er forderte, dazu auch verstärkt Experimentierklauseln zu schaffen, auch die so von ihm formulierte „Dehnung" von Vorschriften im digitalen Zeitalter sei unerlässlich.

Dr. Christine Brockmann, Geschäftsführerin der Metropolregion Rhein-Neckar, mahnte in der Diskussion an, dass Innovation kein Selbstläufer sei, sondern stattdessen dringend vom Staat organisiert werden müsse: "Vernetzung und Zusammenarbeit untereinander müssen organisiert werden und schon im Vorfeld muss ein klares gemeinsames Verständnis über konkrete Zielsetzungen definiert werden." In der Praxis werde noch viel zu häufig aneinander vorbeigeredet.

Ohne Verwaltung 4.0 keine Industrie 4.0

Gleichzeitig sprach sie sich für eine Nutzerzentrierung aus, damit Angebote auch tatsächlich genutzt würden. Durch die Einbindung von Bürgern/-innen und Unternehmen schon in der Entwicklung bekomme man ein viel besseres Bild davon, was wirklich wichtig sei und welche Funktionen vielleicht nicht wirklich benötigt würden. Grundsätzlich sei eine digitalisierte Verwaltung aber zwingend umzusetzen.

"Ohne eine Verwaltung 4.0 gibt es auch keine Industrie 4.0, von Bildung und Medizin ganz zu schweigen", so Brockmann und damit brachte sie die Anforderungen am Standort Deutschland, am Standort Baden-Württemberg auf den Punkt.

Ausblick

Der Kongress wird 2019 am 4. Juli wieder in Stuttgart stattfinden und die Themenpalette des Jahres 2018 weiterführen. Die in Baden-Württemberg jetzt von der Landesregierung festgelegten halbjährlichen Digitalisierungsberichte werden die hohe Aktualität der Digitalisierung im Bundesland für jedermann erkennbar auf der Tagesordnung halten.

Der **Landeswettbewerb "Digitale Zukunftskommune@bw"** wird weitere Kommunen ermutigen, sich mit eigenen Ideen den Herausforderungen und Wünschen von Bürgern/-innen und Unternehmen am Standort Baden-Württemberg zu stellen; die von der Landesregierung bereitgestellten Fördermittel für den weiteren Breitbandausbau werden das – beispielgebend auch für andere Bundesländer – massiv unterstützen.

Führen in der digitalen Arbeitswelt

Praxisseminare des Behörden Spiegel 2018/2019

Foto: ©peshkova, stock.adobe.com

Behörden Spiegel | Aus der Praxis für die Praxis
Kompetenz für Fach- und Führungskräfte

Zukunftsfähige Personalpolitik in Zeiten von Demografie, Digitalisierung und Wertewandel

Das Seminar beschäftigt sich mit den Herausforderungen des demografischen Wandels, der Digitalisierung und der Veränderungen von Werten und Führungskultur. Aufgezeigt werden Spannungsfelder, Handlungserfordernisse und Gestaltungsoptionen für die Bereiche Führung, Personal- und Organisationsmanagement. Im Fokus stehen Motivation, Gesundheit und Beschäftigungsfähigkeit der Beschäftigten ebenso wie die Leistungsfähigkeit der Behörden.

Think digital: Digitalisierung der Verwaltung und Auswirkungen auf die Führung

Was bedeutet die Digitalisierung für die öffentliche Verwaltung als Arbeitsplatz und was bedeutet sie für die Aufgabe als Führungskraft in der Behörde? In diesem Seminar sollen diese Themen in den Fokus gerückt werden und gemeinsam mit Ihnen die Erfolgsfaktoren und Grenzen für die Gestaltung Ihres Arbeitsbereiches in der Verwaltung als guter Arbeitgeber in der digitalen Welt diskutiert werden. In den einzelnen Themenblöcken werden Praxisbeispiele präsentiert und anschließend auf ihre Praxistauglichkeit hin diskutiert.

Design Thinking: Wie wollen wir morgen führen?

Design Thinking ist eine neue Methode, die von vielen Unternehmen und Verwaltungen angewandt wird, um bei komplexen Problemen schnell zu innovativen Lösungen zu kommen, und zwar spielerisch, lösungsoffen, adressatenorientiert und an einem Tag. In diesem Workshop erarbeiten Sie sich konkrete, für Sie relevante Antworten unter anderem zur Frage: Digitale Transformation, Verwaltung 4.0, agile Verwaltung – alle reden davon, dass sich viel ändert: Was bedeutet das für die Führungskräfte und für ihre Art, zu führen?

Werteorientierte Führung durch den digitalen Wandel

Die Arbeitswelt 4.0 bringt laufende Veränderungen in zunehmender Geschwindigkeit und damit einhergehend zahlreiche Entscheidungserfordernisse mit sich. Gerade Verwaltungen stehen damit vor großen Herausforderungen, sind sie doch auf Beständigkeit und Sicherheit bedacht. Wertebewusste, klare Führung unterstützt hier als roter Faden und schafft feste Orientierungspunkte für Sie und Ihre Beschäftigten. Die in diesem Seminar erarbeiteten Ergebnisse können von den Teilnehmenden künftig im Arbeitsalltag eingesetzt und ausgebaut werden.

Agile Methoden zum Management von IT-Projekten

Der Vorteil agiler Methoden – eine schnelle, flexible Entwicklung, bei der Kundenwünsche jederzeit berücksichtigt werden können – kommt insbesondere bei komplexen Projekten zum Tragen. Also bei Projekten, bei denen die fachlichen und technischen Anforderungen zu Beginn gar nicht vollständig beschrieben werden können oder bei denen im Projektverlauf Anforderungsänderungen zu erwarten sind. Das Seminar liefert einen Überblick zu den wesentlichen Grundlagen des agilen Projektmanagements.

Führen in digitalisierten Verwaltungsstrukturen: von der Regelorientierung zum Digital Mindset

Auf Basis von empirisch basierten Fallstudien, von Gruppendiskussionen und durch Übungen wird in diesem Seminar die Rolle der Führungskräfte bei der Digitalisierung analysiert und hinterfragt. Ziel ist es, ein Führungsverständnis zu erarbeiten, das den Anforderungen der Digitalisierung gerecht wird. Hierbei sollen eigene Positionen der teilnehmenden Führungskräfte überdacht und Strategien entwickelt werden, wie ein verändertes und neues Führungsverhalten in die digitale Welt übertragen werden kann.

Termine und Orte sowie weitere Informationen und Anmeldung unter:
www.fuehrungskraefte-forum.de

Schlaglichter für die Digitale Agenda 2019

Ein kleines Themenglossar...

Ein Blick in die digitale (Nah-)Zukunft sei an dieser Stelle schließlich noch stichwortartig – und auch an mancher Stelle zugespitzt – erlaubt, natürlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit und mit dem Hinweis, dass der Behörden Spiegel als Herausgeber dieses Almanachs, IVM² als inhaltlich Verantwortlicher und Begleiter des Projekts sowie diejenigen Partner, die mit ihrer Präsentation diese Ausgabe unterstützt haben, für Anregungen, Kritik und Ideen zum nächstjährigen Almanach „Deutschland Digital 2020" dankbar sind. Als zentrale Themen werden die nachfolgenden Schlaglichter sicher auch die digitalen Kongresse in Deutschland erreichen...

Agile Agenda digital ist das, was es noch in zu wenigen Kommunen und Verwaltungen aktuell gibt. Die Erkenntnis, dass die Digitalisierung „nicht mehr weggeht" und komplett alle Lebensverhältnisse und -umstände in Zukunft prägen wird, verlangt auch von der Verwaltung neue Denk- und Handlungsschemata.
Agile Verwaltungen der Zukunft in wertschätzender gemeinsamer und ergebnisorientierter Zusammenarbeit sind angesagt und unverzichtbar. Wie man das in der immer noch „preußisch geprägten" öffentlichen Verwaltung in Deutschland macht, darüber lohnt es sich, an vielen Stellen miteinander zu sprechen!

Bürokratieabbau wird ohne Beweislastumkehr bei der Überprüfung von Rechtsvorschriften auf Digitalisierungspotenziale und -möglichkeiten gelingen! Nicht der „Digitalisierer" muss beweisen, dass es im digitalen Zeitalter in Zukunft z. B. ohne Unterschriftserfordernis geht. Beweisen muss derjenige, der aus dem analogen Zeitalter die Verantwortung und die „Änderungsherrschaft" besitzt, er muss beweisen, dass „seine" Regelung im vorhandenen (analogen) „Zustand" auch in Zukunft so noch erforderlich ist.
Dazu müssen Gesetz-, Verordnungs- und Vorschriftengeber verbindliche Fristen setzen, mit denen die „analoge Regelung" ersatzlos entfällt, wenn ihre Notwendigkeit im digitalen Zeitalter nicht neu vom „Verursacher" nachgewiesen werden kann.
Die „Düsseldorfer Entfesselungsimpulse 2006" (s. zu Buchstabe „E") enthielten bereits diese unverzichtbare Umkehr der Beweislast...

Chatbots werden auch in der öffentlichen Verwaltung zunehmend thematisiert und Eingang finden (müssen) – Die Verwaltung vor allem in den Kommunen wird ohne solche – intelligente, maschinelle – Unterstützung ihre Dienstleistungen für Bürger/-innen und Unternehmen an den Standorten nicht mehr in gewohnter Qualität und Umfang erfüllen können. Sich dazu umzuschauen, wie dies bereits im „Leben außerhalb der öffentlichen Verwaltung" funktioniert, kann nicht schaden und hilft ggf. bei der Implementierung eigener Lösungen...

Demografie mit all ihren Konsequenzen wird und muss sehr kurzfristig ein zentraler Treiber zur weitergehenden Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung werden. Nur wenn es gelingt, wesentliche Services der Verwaltung intern und extern in die „digitale Ära" zu befördern, bleibt sie zukünftig wirklich leistungsfähig, Die demografische Veränderung wird nicht erst in fünf Jahren zum Problem, sie ist es heute schon; wer das nicht heute schon auch mit strategischen und operativen Ideen und Potenzialen der Digitalisierung angeht, wird in fünf Jahren ein „Trümmerfeld" erleben!

Entfesselung im digitalen Zeitalter – das ist auch eine Fortführung der von der NRW-Landesregierung 2018 begonnenen Initiative – ggf. mit Rückgriff auf die „Düsseldorfer Entfesselungsimpulse 2006", hier sind sie zu finden: *http://www.ivmhoch2.de/resources/Entfesselungsimpulse+2006.pdf*
Schon 2006 gab es darin u. a. die Idee der Beweislastumkehr, die der Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrates, Dr. Johannes Ludewig, in seinem Statement auf dem Behörden Spiegel-Kongress „Digitaler Staat 2018" vehement gefordert hat – auf den Hinweis dazu in diesem Almanach zum Kongress in Berlin sei verwiesen.

Führung 4.0 wird ein "Zauberwort" der Zukunft im digitalen Zeitalter werden; nur wenn die "Obersten Etagen" in Bund, Ländern und Kommunen mit Offenheit, Wagnis- und Risikobereitschaft die digitale Zukunft und ihre Potenziale angehen, sind sie Vorbild für die Mannschaft und können sie auf dem Weg mitnehmen und für's „Digitale" begeistern.

GovBots werden die Chatbots in der öffentlichen Verwaltung sein, die lästige Routinen für Bürger/-innen und Unternehmen automatisieren können (müssen). Die Mitarbeiter/-innen in der Verwaltung können (und müssen) sich in Zukunft um anspruchsvollere Aufgaben kümmern. GovBots, deren Entwicklung und Implementierung bieten ein interessantes neues Kooperationsfeld von öffentlicher Verwaltung und Start-ups.

Hackathons werden zunehmend Verbreitung und Aufmerksamkeit finden; sie können helfen, gewohnte "Trampelpfade aus der analogen Welt" sinnvoll und nutzerorientiert zu transformieren. „Digitalen Talenten" kann (muss) so der Weg und die Chance eröffnet werden, sich lösungsorientiert zu entfalten.

Investition in die IT-Entwicklung soll auch zu Kosteneinsparungen und Effizienzgewinnen führen, jedenfalls gilt das mittelfristig und vor allem im Zusammenhang mit dem Ausscheiden eines Großteils der öffentlich Beschäftigten in den Ruhestand. Aktuell wird sie allerdings zunächst zu weiteren Finanzmitteln und zusätzliche Budgets auf allen Stufen der föderalen Staatsebenen führen (müssen) – Digitalisierung zum „Nulltarif" ist nicht möglich!

Künstliche Intelligenz wird eines der „Zauberwörter" im Jahr 2019 heißen. Zukunftsszenarien, wie sich der Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) auf die Verwaltung auswirken könnte, hat das Kompetenzzentrum Öffentliche IT (ÖFIT) jüngst schon in einer vielbeachteten Studie untersucht. Orientiert an M2M-Kommunikation aus der Industrie 4.0, mit selbstlernenden, sich optimierenden Algorithmen als Problemlösungen in Standardsituationen, kann KI in den kommenden Jahren, wenn sie in der Verwaltung flächendeckend Einzug hält, zu Effizienz- und Effektivitätssteigerungen, zu schnelleren und kundenorientierten Ergebnissen führen. Dies alles auch mit Blick auf damit verbundene Sorgen und Ängste, mit Blick auf die Demografie und die in den nächsten Jahren ausscheidenden Mitarbeiter/-innen der öffentlichen Verwaltung.

Landesweite Digitalisierungsoffensiven sind in den Bundesländern mittlerweile in bedeutsamem Umfang auf den Weg gebracht worden. Sei es durch die E-Government-Gesetze oder / und die Förderungsaktivitäten z. B. für die Modellkommunen auf Bundesebene oder in den Bundesländern, z. B. in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Dass damit – und zusätzlich aktuell auch verstärkt durch die Terminvorgaben des OZG – die digitalen Stakeholder enger und effizienter zusammengerückt sind, macht Hoffnung, dass die „Digitalnation Deutschland" ihren internationalen Mittelfeldplatz im EU-weiten Digital Monitoring demnächst „nach oben" verlassen kann…

MENTALE Transformation – als Begriff auf "e-nrw 2016" von IVM² geprägt – macht deutlich, dass der Erfolg digitaler Veränderung und Transformation von den Köpfen der Menschen in der öffentlichen Verwaltung abhängt und geprägt wird. Mitarbeiter/-innen und Führende müssen Digitalisierung als gemeinsamen Nutzen begreifen und miteinander gestalten.

Nationale Alleingänge werden im digitalen Zeitalter der Zukunft weitgehend eher der Vergangenheit angehören. Die EU-Datenschutzgrundordnung und die europäischen Vorgaben zur E-Rechnung belegen das deutlich. Gegenseitige Lerneffekte zum „digitalen Status-quo" innerhalb der EU in den einzelnen Mitgliedsstaaten sollten dazu befruchtend wirken. Nicht neuer zentraler Bürokratie, sondern dem wettbewerblichen Austausch von Ideen und Systemen in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU und der damit verbundenen Annäherung / Standardisierung gehört die Zukunft!

Onlinezugangsgesetz – Das **OZG** hat sich als dringend notwendiger „Turbo" der Digitalisierung in Deutschland entwickelt. **„Once Only"** heißt der zentrale Kernpunkt des jetzt „gesetzlich auferlegten" bundesweiten Portalverbundes. Dem Erschrecken in den Verwaltungen auf Bundes-, Länder- und Kommunalebenen in Bezug auf den verbindlichen Termin, zum Jahresende 2022 (alle!) Verwaltungsdienstleistungen elektronisch erbringen zu müssen, ist die mittlerweile hoch getaktete Bereitschaft gefolgt, sich diesem Ziel ernsthaft zu stellen. Die im IT-Planungsrat verabredeten prioritären Dienste und Leistungen können (müssen) dazu übergeordnete Richtschnur sein. Sie werden allerdings die konkrete örtliche Befassung mit den Vorgaben des OZG in den Kommunen und ihren kommunalen IT-Dienstleistern nicht ersetzen.

Poweruser und „Quotenbringer" in der digitalen Welt – vor allem in den Kommunen – sind die Unternehmen am Standort, nicht der/die einzelne Bürger/-in, die im Durchschnitt nur ca. 1,4 Mal im Jahr ins eigene Rathaus müssen. Schließlich ziehen sie nicht jede Woche um, melden nicht täglich Kinder in der Schule oder in der Kita an und brauchen nicht jedes Jahr einen neuen Ausweis… Unternehmen haben demgegenüber den „zig-fachen" Servicebedarf von

Verwaltungen, der im globalen Wettbewerb – gerade mit Blick auf mittelständische Weltmarktführer der deutschen Industrie – wichtige Bedeutung hat. Das muss sich im Fokus der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung sehr viel deutlicher spiegeln, als dies bislang der Fall ist!

Rechtsstaatlichkeit und Sicherung der Sozialsysteme pp. bleibt der Anspruch der öffentlichen Verwaltung in Deutschland auch in der digitalen Zukunft. Darüber hinaus muss sie sich aber auch als unverzichtbares Glied der Wertschöpfungskette am (noch führenden Industrie-) Standort Deutschland „fühlen", positionieren und optimieren. Das heißt auch, dass sie sich nicht nur verfahrens-, sondern insbesondere ergebnisorientiert aufstellen und handeln muss. Gerade diese Funktion ins Visier zu nehmen, ist zentrale Herausforderung für die Sicherung von „Made in Germany" im globalen Wettbewerb, der in den kommenden Jahren noch an Schärfe zunehmen wird. Hier gilt es für die Zukunft in der digitalen Verwaltung auch und besonders darauf zu achten, dass vor allem die Unternehmen mit möglichst medienbruchfreien Services „beliefert" werden und nicht unnötig „unkoordinierte und/oder ressortbegrenzte" individuelle Vorgaben „aushalten" und bewältigen müssen.

ServiceKonto ist seit ca. drei Jahren ein zentrales Thema. Prof. Dr. Andreas Engel, IT-Leiter der Stadt Köln und Geschäftsführer des KDN – Dachverband der Kommunalen IT-Dienstleister in NRW – hat dies als seinen „Traum" auf „e-nrw 2015" postuliert: Dass jede(r) Bürger/-in, jedes Unternehmen ein solches elektronisches Konto besitzt, von dem aus sie, eindeutig identifiziert und authentifiziert und aus jeder Online-Anwendung heraus, öffentliche Services auf unterschiedlichem Vertrauensniveau in Anspruch nehmen können. Dass die Realisierung und das „Ausrollen der Idee in die Fläche" besser gelingt als beim neuen Personalausweis und der De-Mail bleibt zu hoffen und vorrangige Aufgabe der aktiv daran Beteiligten; das OZG hat mit seiner Vorgabe des Portalverbundes das Thema schließlich weiter beflügelt; es ist „allen Schweiß der Edlen" wert.

Triebfeder im digitalen Zeitalter für den Standort Deutschland muss ganz wesentlich der schärfer werdende globale Wettbewerb sein. Der immer noch stark und industriegeprägte Standort Deutschland wird unser aller Wohlstandsgrundlage nur bleiben können, wenn das, was mit Industrie 4.0, mit Verwaltung 4.0, mit Arbeit 4.0 und vielen anderen „4.0-Initiativen" im IoT-Zeitalter prägend verbunden ist, mit Entschlossenheit konsequent angegangen wird. Ohne die Verwaltung 4.0 wird es am Standort Deutschland Industrie 4.0 nicht nachhaltig erfolgreich geben, auch das ist mittlerweile weitgehender Konsens der „Digital Leader" in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Verwaltung.

Unternehmen am Standort Deutschland: An den vielen kommunalen Standorten kann und muss die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung Kosten- und Servicevorteile konkret anbieten und realisieren. Die kommunalen und staatlichen digitalen Stakeholder müssen das ausdrücklich im Sinne medienbruchfreier Services in den besonderen Fokus nehmen und mit hoher Priorität realisieren. In den Kommunen braucht es jetzt dazu einen zielgerichteten Diskurs von Politik und hauptamtlicher Verwaltung, damit auch für diesen – standortprägenden – Teil der Digitalen Agenda vor Ort entsprechende Ressourcen bereitgestellt werden.

Verwaltung 4.0 – als erste Korrespondenzinitiative zu Industrie 4.0 unmittelbar nach der CeBIT 2013 von IVM² ins Leben gerufen, hat sich im „regulären" Sprachgebrauch der Reformer und Akteure nach fünf Jahren als Leitrubrum und zur Definition gesamtkonzeptioneller Verwaltungsmodernisierung im digitalen Zeitalter durchgesetzt. Definition, Sichtweisen und Komponenten finden sich u. a. hier: *http://www.ivmhoch2.de/Verwaltung40.html*.

Wirtschaftsförderung 4.0 muss die Zielmarke an der Schnittstelle von (insbesondere kommunaler) Verwaltung zu den Unternehmen am Standort werden. Nur wenn die Digitalisierung „auf Augenhöhe" gemeinsam von Wirtschaft und Verwaltung geschieht, sich auch gegenseitig befruchtet und organisiert, werden digitale Chancen zu schnelleren und kostengünstigeren Services realisierbar. Die Akteure der Wirtschaftsförderung müssen sich proaktiv in die „Digitalen Agenden" in den Kommunen vor Ort „einmischen" und den Fokus kommunaler Dienstleistungen auf die Unternehmen am Standort mit ihren zahlreichen Ansprüchen richten.

Die „X-te Lösung" der Personalwerbung und -attraktivität der öffentlichen Verwaltung in der digitalen Zukunft wird für die „Generation Y" und erst recht für die „Generation Z" nicht ausreichen. Flexibilität und neue Offenheit in den Karrierekonditionen, agile Arbeitsformen, wettbewerbsorientierte Bezahlung, flexible Arbeits- und Kommunikationsformen pp. werden zunehmend an Bedeutung gewinnen und notwendig werden, sollen Staat und Kommunen das notwendige und hochqualifizierte Personal in digitaler Zeit für sich gewinnen; „Employer Branding" ist für die öffentliche Verwaltung mit all ihren Chancen und attraktiven Aufgaben und Entfaltungsformen angesagt!

Maßgeschneidert
ein Bürgerportal nach Ihren Bedürfnissen

Bürgerportale finden heute in vielen Kommunen ihren Einsatz. Sie sind Bestandteil digitalisierter Kommunen und aktives Bindeglied zu ihren Bürgern. Die Einsatzmöglichkeiten eines Portals sind vielfältig. Sie reichen von der Beantragung einer Personenstandsurkunde bis hin zu Gewerbeanmeldungen.

Mit citkoPortal stehen alle kommunalen Dienstleistungen in einem einheitlichen Look-and-Feel dem Bürger zur Verfügung. Anträge können von Zuhause aus rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr eingereicht werden. Darüber hinaus ist die Anbindung an das neue Servicekonto.NRW bei unserem Produkt bereits integriert.

citkoPortal unterstützt Kommunen, die gesetzlichen Anforderungen im Bereich E-Government zu erfüllen.

Sie wählen das was zu Ihren Bedürfnissen passt!

Möchten Sie eine schnelle, einfache Umsetzung eines Bürgerportals ohne viel Drumherum? Kein Problem! Unsere Basisversion lässt sich innerhalb von 28 Tagen in Ihrem Haus einrichten. Für die Beantragung von Personenstandsurkunden mit Schnittstelle zu Autista, Melderegisterauskünften oder z.B. OWI-Anhörungen gibt es bereits fertige Basispakete die in Ihr Portal integriert werden können.

Natürlich gibt es für alle Services ein standardisiertes E-Payment.

Ein Auszug aus den Basispaketen:

- Einfache Meldebescheinigung
- Einfache Melderegisterauskunft
- Gewerbeanmeldung
- An- und Abmeldung von Hunden
- Beantragung von melderechtlichen Bescheinigungen
- Statusabfrage für beantrage Pässe
- Beantragung von Personenstandsurkunden
- Anträge auf Sondernutzung
- Anmeldung von Sperrgut
- Ideen- und Beschwerdemanagement
- Beantragung von Bewohnerparkausweisen
- Beantragung von Reitkennzeichen
- Bürgeranfragen

Was citkoPortal so besonders macht

Wir richten uns stets nach den Bedürfnissen unserer Kunden. Mit dem Baukastenprinzip ist es ganz einfach, genau das Produkt zu bekommen, dass Sie sich für Ihre Kommune wünschen. Hierfür stehen Ihnen die Module:

- citkoPortal**BASIS**
- citkoPortal**ADDON**

zur Verfügung.

Bei citkoPortal**BASIS** handelt es sich um die erste Stufe, die mit verschiedenen Basispaketen (beispielsweise Basispaket Einwohnerwesen uvm.) nach Ihren Wünschen zusammengestellt wird.

Falls Sie ganz individuelle Wünsche haben, bieten wir Ihnen auch hier eine Lösung: citkoPortal**ADDON**. Hier werden auf Ihre Kommune zugeschnittene Services von unseren Entwicklern neu programmiert oder vorhandene Entwicklungen auf Sie zugeschnitten.

SIT
Sonnenblumenalle 3
58675 Hemer
Telefon: +49 2372 5520-0
https://twitter.com/SuedwestfalenIT
www.sit.nrw

Ansprechpartner
Daniel André Hörnig
Telefon: +49 2372 5520-217
hoernig@citkomm.de

Unternehmensindex

Unternehmen	Branche	Seite
BWI	IT-Dienstleister Bund	**58**
Ceyoniq Technologie	Hersteller E-Akte	**56**
Computacenter	IT-Infrastruktur	**66**
Datev	Software	**26**
Fabasoft	E-Government	**61**
Kompetenzzentrum Öffentliche IT von Fraunhofer FOKUS	Erforschung und Entwicklung der öffentlichen IT	**20**
GiroSolution	E-Government	**19, 59**
Governikus	IT-Sicherheit	**18**
ITK-Rheinland	IT-Dienstleister Kommune	**80**
Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	IT-Dienstleister Kommune	**2**
Lizenz Direkt	Gebrauchtsoftware	**69**
Materna	IT-Dienstleister	**53**
msg systems	IT-Dienstleister	**11**
Operational Services	IT-Dienstleister	**13**
Oracle	Informationstechnik	**50**
Robotron	Software	**67**
SIMSme Business by Deutsche Post	Mobile Kommunikation	**33**
SIT	Kommunale IT- Dienstleistung	**77**
Sparkassen in Nordrhein-Westfalen	Finanzdienstleister	**19, 59**
T-Systems	Digitaldienstleister	**15**
Verimi	Digitale Identitäten	**34, 79**
Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm	Fachinformation	**29**

Den sicheren Zugang für neue Nutzer ab sofort vereinfachen?

Das macht Verimi

Verimi kommt

JETZT PARTNER WERDEN

Verimi ist die große europäische Identitäts-plattform, die Nutzern einen einfachen und sicheren Zugang zu Ihrem Online-Angebot ermöglicht.

Bieten Sie Ihren Kunden an, sich ab jetzt über Verimi zu registrieren, reduzieren Sie damit Eintrittsbarrieren und steigern Sie die Conversion.

verimi.com

verimi
Mein digitales Ich

Sie möchten das Anmelden von Kindern in Kitas so einfach wie möglich machen?

Der Kita-Navigator

Das Online-Tool für Betreuungsplätze und Kindertageseinrichtungen

www.itk-rheinland.de
kitasupport@itk-rheinland.de

ITK RHEINLAND
IT für Kommunen